

Grün wirkt!

***Unser Wahlprogramm
2002 - 2006***



www.gruene.de

Das Wahlprogramm wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 4. – 5. Mai 2002 in Wiesbaden beschlossen.

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel.: 030.28442.0
Fax: 030.28442.210
Email: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de

Koordination: Kompakt-Medien, Berlin.
Satz und Layout: m2-network, Berlin.
Druck: Roto Stalling, Blumberg.
Juni 2002

Inhalt

Präambel	7
8 für 8: Sie haben die Wahl	8
1. Ökologische Modernisierung	10
1.1. Lebenswerte Umwelt	11
Klima schützen: Weg von Öl, Kohle und Atom hin zu Sonne und Wind	11
Umwelt schafft Arbeit	12
Ein Land für die Sonne: Ausstieg aus der Atomenergie – Einstieg ins Solarzeitalter	13
Städte und Regionen nachhaltig entwickeln	15
Verkehrswende: Grüne Welle für Bus und Bahn	16
Ökologische Finanzreform: die sozial-ökologische Marktwirtschaft durchsetzen	18
Natur- und Landschaftsschutz	20
Die Wälder schützen	21
Elektromog minimieren	22
Kreislaufwirtschaft fördern – Müll vermeiden	22
Europäische und internationale Umweltpolitik	23
1.2. Wirksamer Verbraucherschutz, Gesunde Ernährung, Neue Landwirtschaft	24
Politik mit dem Einkaufskorb	24
Verbraucherrechte stärken: Wissen, was drin ist	25
Die neue Landwirtschaft: gesunde, sichere und schmackhafte Lebensmittel	25
Ländliche Räume stärken	27
Agrarsubventionen reformieren	27
Tiere schützen	27
Die neue Landwirtschaft: den Welthunger bekämpfen	28
2. Soziale und wirtschaftliche Erneuerung	29
2.1. Mehr Arbeitsplätze, Soziale Sicherheit, Wirtschaftliche Erneuerung	30
Umwelt schafft Arbeit	31
Abbau der Arbeitslosigkeit	31
Selbstbestimmtes Leben im Alter	33

Soziale Grundsicherung einführen	34
Transparenz statt Korruption	35
Privathaushalte und kleine und mittlere Unternehmen entlasten	36
Kleine und mittlere Unternehmen fördern – Kultur der Selbständigkeit stärken	37
Wirtschaften in der Wissensgesellschaft	38
Mitarbeiterbeteiligung stärken	38
Fairen Wettbewerbsrahmen schaffen	38
Lohnnebenkosten senken – Sozialversicherungen weiterentwickeln	39
Solidarische Gesundheitspolitik für die Zukunft	40
Behindertenrecht weiterentwickeln	42
Selbstbestimmung und Grundrechte in der Pflege sichern	42
Haushalt konsolidieren und in die Zukunft investieren	43
Die Kommunen stärken	43
Die Finanzen neu ordnen	44
Fairer Steuerwettbewerb in Europa und weltweit	44
2.2. Kinderfreundliches Land	45
Kinder haben Rechte	45
Pluralität der Lebensentwürfe: Auf die Kinder kommt es an	46
Vereinbarkeit von Kindern und Beruf verbessern – Kinderbetreuung flächendeckend ausbauen	46
Kinderbetreuung aufwerten, Bildungsauftrag ernst nehmen	47
Schule als Lebensort – Konsequenzen aus der PISA-Studie ziehen	48
Kinderarmut bekämpfen – Kindergrundsicherung schaffen	48
Leistungen für Kinder bündeln, Kinderkasse einführen	49
Unser Land braucht einen Kindergipfel	49
2.3. Gute Bildung, Verantwortliche Forschung, Lebendige Kultur	49
Eine neue Bildungsreform starten	50
Lebensbegleitendes Lernen	51
Schule und kulturelle Vielfalt	51
Qualität der Hochschulen verbessern	51

Wissenschaft als Beruf	52
Demokratie und Engagement fördern	53
Mehr Geld für Bildung und Forschung	53
Aktive Forschungspolitik für Mensch und Umwelt	54
Kultur ist Lebenselixier der Gesellschaft	55
2.4. Selbstbewusstes Ostdeutschland	56
Vom Osten lernen	57
Für ein solidarisches Gesamtdeutschland	57
Arbeitsplätze für Ostdeutschland	57
Die ostdeutsche Wohnungswirtschaft stützen	58
Medizinische Versorgung verbessern	58
Die boomende Umweltbranche für Ostdeutschland nutzen	59
Forschungs- und Bildungsschwerpunkt Ostdeutschland	59
Eine Perspektive für die Jugend	59
Für Toleranz und demokratisches Miteinander	60
Chancen der Osterweiterung	60
3. Gesellschaftliche Demokratisierung	61
3.1. Lebendige Demokratie	62
Einwanderungsland Deutschland gestalten	62
Bürgerrechte und Demokratie ausbauen	64
Datenschutz und Sicherheit im Cyberspace	65
Neue Drogenpolitik	66
Diskriminierung beseitigen	67
Gleiches Recht für Schwule und Lesben	67
Rechtsextremismus entschieden bekämpfen	68
Freiheit und Sicherheit	69
Korruption bekämpfen	69
Politisches Strafrecht liberalisieren – Geheimdienste reformieren	70
3.2. Die Hälfte der Macht den Frauen	71
Chancengleichheit und Karriere	72
Frauen und Gesundheit	73
Selbstbestimmungsrecht der Frau	74
Fortpflanzungsmedizin	74
Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe	75
Frauenrechte sind Menschenrechte	75

4. Gerechte Globalisierung und Europäische Demokratie	77
4.1. Gerechte Globalisierung	79
Ökologische Modernisierung und internationale Umweltpolitik	80
Gerechter Welthandel und Agrarwende	80
Internationale Entwicklungsziele verfolgen – Mehr politische Beteiligung für den Süden	81
Entwicklung braucht Entschuldung	82
Menschenrechte schützen – Demokratie und Frieden fördern	82
Entwicklungszusammenarbeit stärken	83
4.2. Europäische Demokratie	83
Die europäische Integration vertiefen	84
Erweiterung vorantreiben	85
Europäische Außen- und Sicherheitspolitik	85
Südosteuropa stabilisieren	85
4.3. Dauerhafter Frieden	86
Die Vereinten Nationen stärken	86
Bundeswehr reformieren – die Wehrpflicht beenden	87
Abrüstung vorantreiben	88
Index	89

Präambel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei der ökologischen Modernisierung, der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung und der gesellschaftlichen Demokratisierung. Wir stehen für eine aktive und präventive Friedenspolitik, die die internationalen Zusammenhänge beachtet. Wir sind die Partei der europäischen Demokratie. Wir wollen die Globalisierung sozial gerecht und umweltverträglich gestalten. Wir haben seit unserer Gründung viel Bewegung in unser Land gebracht. Wir haben ökologische Verantwortung und den Gedanken der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft verankert. Unsere Gesellschaft ist weltoffener, unsere Demokratie ist lebendiger und Bürgerrechte sind gestärkt worden. Die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern hat durch uns deutliche Fortschritte erlebt. Mit der Regierungsbeteiligung 1998 haben wir Verantwortung übernommen und konnten den Reformstau der Regierung Kohl in vielen Punkten auflösen: Atomausstieg, Energiewende und Klimaschutz, Einstieg in die Neue Landwirtschaft, Stärkung der Verbraucherrechte, das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das Gesetz zur Teilzeitarbeit, das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen, die internationale Stärkung der Menschenrechte, das Gewaltschutzgesetz, die eingetragenen Partnerschaften für Schwule und Lesben, Haushaltskonsolidierung, Kindergelderhöhung und Rentenreform. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren der Reformmotor der letzten vier Jahre.

Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte. In ihrer Wechselbeziehung bilden diese Grundwerte den Kern des bündnisgrünen Politikverständnisses. Der Wert der Ökologie verpflichtet uns zur nachhaltigen Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der die Menschen eine konkrete Chance haben, ihr Leben selbst zu gestalten – in Selbstbestimmung, frei von Bevormundung. Als eine dem Wert der Gerechtigkeit verpflichtete Partei kämpfen wir für die sozialen Rechte der Schwächsten und eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Unsere Vorstellung von erweiterter Gerechtigkeit geht allerdings über traditionelle Verteilungspolitik hinaus. Grüne Politik steht auch für Teilhabe an Arbeit, Bildung und Demokratie, für Generationengerechtigkeit, für Geschlechtergerechtigkeit und für Internationale Gerechtigkeit. Als eine der Demokratie verpflichtete Partei setzen wir uns ein für starke Bürgerrechte, ein demokratisches Europa und die Stärkung der

Parlamente. Bei der nächsten Bundestagswahl entscheiden Sie über die Grundausrichtung der deutschen Politik. Einer „Deutschen Leitkultur“ der Union mit einem überkommenen Rollenverständnis von Mann und Frau stellen wir eine Haltung der Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit entgegen. Wir brauchen eine Politik, die der Vielfalt der Lebensformen gerecht wird. Wir wollen eine aktive Reformpolitik zugunsten des Lebens mit Kindern. Gegen Stoibers Ausgrenzungspolitik stellen wir die Vision einer weltoffenen und multikulturellen Demokratie. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Integration. Der neoliberalen Diskriminierung sozial Schwacher durch die FDP halten wir eine sozial gerechte Politik entgegen. Soziale Fragen wollen wir gemeinsam lösen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik der ökologischen, sozialen und demokratischen Erneuerung.

8 für 8: Sie haben die Wahl

Am 22. September 2002 entscheiden Sie darüber, ob ökologische und soziale Modernisierungspolitik in Deutschland fortgesetzt wird. Wir wollen mehr als 8 Prozent der Stimmen erreichen und damit die Richtung der Modernisierung in Deutschland grün bestimmen. 8 Punkte stehen im Zentrum unserer Politik für die nächste Legislaturperiode:

- Raus aus der Atomkraft und weg vom Öl durch Energie aus Sonne und Wind
- Gesundes Essen – mehr Verbraucherschutz und Neue Landwirtschaft
- Kinder stärken – Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut, bessere Kinderbetreuung, sowie eine Bildung, die Selbstbestimmung ermöglicht
- Mehr Arbeitsplätze – Ökologisches Wirtschaften, Reform der sozialen Sicherungssysteme und neue Arbeitsmarktpolitik
- Das Einwanderungsland gestalten – Integration fördern und BürgerInnenrechte sichern
- Die Hälfte der Macht für Frauen
- Die Globalisierung gerecht gestalten – weltweit ökologische und soziale Regeln setzen
- Mehr Mitbestimmung für die BürgerInnen – Stärkung der europäischen Demokratie

Die Bundestagswahl 2002 wird nicht zwischen SPD und CDU entschieden. Keine der großen Parteien wird unser Land allein regieren. Wir stehen dafür, dass soziale und ökologische Politik fortgesetzt wird und dass

nicht schwarzer Rückschritt oder gelbe Rücksichtslosigkeit unser Land regieren. Grün kämpft dafür, dass Erneuerung statt großkoalitionärem Stillstand unser Land prägt. Grün kämpft dafür, dass sich Gerechtigkeit statt neoliberaler Ellbogenpolitik durchsetzt. Wer die strukturkonservative PDS wählt, stärkt in Wahrheit Stoiber und schwächt damit ökologische und soziale Modernisierungspolitik, das ist mit Bündnisgrün nicht zu machen. Wir kämpfen für eine deutliche Stärkung des grünen Gewichts und wollen die erfolgreiche rot-grüne Politik fortsetzen. Mit einer Politik der ökologischen, sozialen und demokratischen Erneuerung haben wir in der Koalition der Modernisierung eine Richtung gegeben. Nur Ihre Stimmen für die GRÜNEN schützen unser Land vor CDU/CSU und FDP.

Sie haben die Wahl.

1. Ökologische Modernisierung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei der Ökologie. Seit unserer Gründung 1980 haben wir gemeinsam mit der Ökologiebewegung den Umweltgedanken in der Gesellschaft verankert. Durch die rot-grüne Regierung seit 1998 haben wir die ökologische Modernisierung entscheidend vorangebracht: Wir haben wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen. Der Atomausstieg und die weltweit beispielhafte Förderung Erneuerbarer Energien öffnen den Weg in das solare Zeitalter. Die neue Landwirtschaft sorgt für gesunde und sichere Nahrungsmittel. Das neue Naturschutzgesetz beendet den 20-jährigen Stillstand auf Bundesebene.

Ökologie gehört zu unseren Grundwerten. Wir orientieren uns am Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, wie es 1992 von den Vereinten Nationen auf dem Umweltgipfel in Rio definiert wurde. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN denken wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange zusammen. Eine Politik, die den Schutz der Umwelt als nachrangig ansieht, ist nicht nur ökologisch falsch, sondern auch ökonomisch und sozial kurzfristig. Unsere Politik der Nachhaltigkeit beugt internationalen Konflikten um die Ressourcen unserer Erde vor.

Es gibt viel zu tun. Wir verteidigen die Belange der Umwelt und das Recht kommender Generationen auf eine lebenswerte Welt konsequent gegen andere Interessen. Nur mit einer breiten ökologischen Bewegung und einer starken ökologischen Partei ist Deutschland zukunftsfähig: Ohne unsere Politik gibt es keine Strategie weg von Öl, Kohle und Atom, hin zur Sonne und zur Energieeinsparung. Nur mit uns gibt es einen Weg hin zu einer neuen Landwirtschaft und zu einem konsequenten Tiererschutz. Wir können unsere Umwelt nur bewahren, indem wir die heutigen Industriegesellschaften nachhaltig verändern. Ökologische Modernisierung und ökonomische Vernunft sind miteinander vereinbar, denn Umweltschutz schafft zusätzliche und dauerhaft sichere Arbeitsplätze.

Am 22. September 2002 entscheiden Sie: Entweder es gibt einen Rückfall in die alte Politik der ökologischen Blindheit. Oder Sie stärken mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine konsequente Politik der ökologischen Modernisierung.

1.1. Lebenswerte Umwelt

Umwelt- und Naturschutz steht im Mittelpunkt einer verantwortlichen Politik für mehr Lebensqualität, Generationengerechtigkeit und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes braucht es Anstrengungen in allen Politikfeldern. Die auf unsere Initiative von der Bundesregierung erarbeitete nationale Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir in den nächsten Jahren konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Hierzu bedarf es in allen Handlungsfeldern klarer Indikatoren und überprüfbarer Ziele: Der Verbrauch natürlicher Ressourcen muss gesenkt werden. Umweltfreundliches Verhalten wollen wir durch bessere Information, Umweltaudits und ökonomische Anreize für mehr ökologische Effizienz erleichtern.



Klima schützen: Weg von Öl, Kohle und Atom hin zu Sonne und Wind

Klimaschutz ist die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit – gleichzeitig eine große Chance für Innovation und Arbeitsplätze. Umweltfreundliche Technologien, die unser Klima schonen, werden dringend benötigt. Wer national umweltfreundliche Technologien und Energien fördert, hat auch im Export die Nase vorn. So wollen wir die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Klimaschutz weiter vorantreiben. Denn die Herausforderung bleibt: Schon durch den heutigen Anteil der Klimagase in der Atmosphäre kommt es zu schwerwiegenden Klimaänderungen. Der Temperaturanstieg ist messbar, der Meeresspiegel steigt, Wüsten breiten sich aus, Stürme und Überschwemmungen nehmen weltweit an Zahl und Heftigkeit zu. Gleichzeitig verschärfen sich Konflikte um Rohstoffe, vor allem um Erdöl und Erdgas, mit der Ressourcenverknappung weiter. Die weltweite Einführung Erneuerbarer Energien, res-

sourcenschonender und effizienzsteigender Techniken ist somit auch eine der wichtigsten Strategien für eine friedliche und global gerechte Welt.

Entschlossenes Handeln ist national und international gefragt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, dass das nationale Klimaschutzziel von 25 Prozent weniger CO₂-Ausstoß bis 2005 gegenüber den Werten von 1990 weiter umgesetzt und fortentwickelt wird. Im Rahmen der EU hat sich Deutschland verpflichtet, seine Emissionen bei allen relevanten Treibhausgasen bis 2012 um 21 Prozent zu reduzieren. Wir sind von diesem Ziel nur noch ganze 2,3 Prozent entfernt. Unser Ziel bis 2010 ist daher, alle Treibhausgase um mindestens ein Drittel zu senken.

Darüber hinaus braucht der Klimaschutz weitere intensive Anstrengungen. Deshalb werden wir das nationale Klimaschutzprogramm weiterentwickeln und zusammen mit einer umweltgerechten Energie-, Verkehrs-, Abfall- und Agrarpolitik die Grundlage für die weitere Absenkung der Gase, die den Treibhauseffekt verursachen, legen. Für die nächste Verpflichtung des Kyoto-Protokolls sind deutliche Minderungen der klimaschädlichen Emissionen nötig. Wir werden uns dafür einsetzen, dass besonders die Industriestaaten, aber auch die Schwellenländer ihren Beitrag dazu leisten. Deutschland und die Europäische Union müssen mit dem guten Beispiel einer anspruchsvollen Zielsetzung und wirksamer Instrumente vorangehen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die zügige Einführung des Emissionshandels. Ziel muss es sein, dass Europa seinen Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent senkt. Wir wollen bis 2020 die CO₂-Emissionen in Deutschland um 40 Prozent gegenüber 1990 senken. Nur mit einer Politik, die uns systematisch von Kohle und Öl unabhängig macht und aus der Atomkraft aussteigt, erreichen wir diese Klimaschutzziele. Unsere Alternative lautet: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Wer unsere Lebensgrundlagen wirksam schützen will, darf nicht nur vom Klimaschutz reden, sondern muss auch handeln. Wir wollen den in dieser Legislaturperiode begonnenen Kurs in eine solare Energieversorgung, eine ökologische Verkehrspolitik und der ökologischer Finanzreform fortsetzen, weiterentwickeln und das Tempo beschleunigen.

Umwelt schafft Arbeit

Ökologie schafft wirtschaftliche Dynamik und Arbeitsplätze. Die Energiewende ist das Paradebeispiel für das, was wir unter ökologischer Modernisierung verstehen. Statt bestehende, umweltschädliche Strukturen fortzuführen, setzen wir auf innovative, umweltschonende Tech-

nologien. Das ist wirtschaftlich sinnvoll, weil es den Unternehmen internationale Wettbewerbsvorteile sichert. Das ist sozial, weil Hunderttausende neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Das ist ökologisch sinnvoll, weil wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Wir wollen die ökologischen Pioniermärkte weiterhin besetzen und ökologische Produkte auf dem Markt etablieren. So schreiben wir mit grünen Ideen schwarze Zahlen.

Ein Land für die Sonne: Ausstieg aus der Atomenergie – Einstieg ins Solarzeitalter

Mit der ersten grünen Regierungsbeteiligung im Bund haben wir die Energiewende eingeleitet. Die Weichen sind gestellt für den Ausstieg aus der Atomenergie und den Einstieg ins Solarzeitalter. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und verschiedene Förderprogramme haben bei den regenerativen Energien einen Boom ausgelöst, Tausende neue Arbeitsplätze sind entstanden, und Deutschland ist nun Weltmeister bei der Windkraftnutzung. Die Energieeinsparverordnung und das Förderprogramm Altbau modernisierung erschließen die hohen Einsparpotenziale im Wohnungsbau. Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK) fördert die Effizienz.

Klare gesetzliche Regelungen und finanzielle Anreize sollen bei Industrie und Gewerbe für einen effizienten und sparsamen Umgang mit Energie sorgen. Gefördert werden sollen auch energiesparende Haushaltsgeräte und innovative Bautechnologien genauso wie Energieeinsparung in Mittelstand und Handwerk. Auch die Forschung für Erneuerbare Energien und Energieeinsparung muss verstärkt werden.

Vor uns liegt eine neue Herausforderung: Die Hälfte der Kraftwerkskapazitäten muss in den nächsten 10 – 15 Jahren ersetzt werden. Nur mit uns gibt es eine weitere Offensive für die Zukunft: Die energiepoliti-



schen Instrumente – wie das Energieeinspargesetz, das Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz und die Energieeinsparverordnung - werden wir sachkundig und engagiert verbessern und weiterentwickeln. Unser Ziel ist die Verdopplung des Anteils an Erneuerbaren Energien bis 2006. In der nächsten Legislaturperiode sollen erste Offshore-Windparks ans Netz gehen. Alle Erneuerbare Energien, Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme sollen gefördert werden. Dazu gehört auch die Herstellung von Treibstoffen aus Biomasse. Und wir wollen den Marktdurchbruch für die Brennstoffzelle.

Eine ökologische europäische Politik benötigt eine ausgewogene zukunftsorientierte Energiepolitik. Die althergebrachten Subventionsmechanismen über EGKS [Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl] für Kohle und EURATOM [Europäische Atomgemeinschaft] für Atom müssen abgebaut und durch Mechanismen zur Förderung von Erneuerbaren Energien und zu effizientem Energieverbrauch abgelöst werden.

Durch eine Exportoffensive für Erneuerbare Energien sollen diese jungen Branchen ein neues Standbein bekommen. Zusammen mit der Kraft-Wärme-Kopplung stärkt das eine dezentrale Energieversorgung. Ein fließender Übergang vom atomaren und fossilen ins solare Zeitalter wird so möglich. Dabei gewinnen die kleinen Akteure; Landwirte werden zu Energiewirten, und die Wertschöpfung verbleibt in den Regionen.

CDU/CSU und FDP wollen den eingeleiteten Atomausstieg rückgängig machen. Nur mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Ausstieg aus der Atomkraft innerhalb der gesetzlichen Regelungen beschleunigt zu Ende gebracht. Nur mit uns werden ab 2003 die ersten Kraftwerke abgeschaltet. Nur mit den Grünen wird es den Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung 2005 geben. Nur mit uns wird der Stopp innerdeutscher Atomtransporte nach Ahaus und Gorleben umgesetzt.

Für den vorhandenen Atommüll brauchen wir ein verantwortliches nationales Entsorgungskonzept. Im Mittelpunkt steht für uns die Suche nach einem neuen, relativ besten Endlager in tiefen geologischen Formationen. Die Schaffung von Tatsachen wie der Inbetriebnahme von Schacht Konrad oder eine Wiederaufnahme von Erkundungen in Gorleben vor Abschluss eines solchen Verfahrens lehnen wir entschieden ab. Für Stilllegungsverfahren von Endlagern fordern wir eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung und eine Offenlegung aller sicherheitsrelevanten technischen Unterlagen. In der nächsten Legislaturperiode werden wir diese Suche auf der Grundlage von wissenschaftlichen Sicherheitskriterien und in einem von Beginn an transparenten Verfahren einleiten. Ein Verschieben des Atommüllproblems in andere Länder und

auf kommende Generationen lehnen wir ab. Für die Entsorgungsrückstellungen der Atomindustrie wollen wir eine Regelung, die sicherstellt, dass sie für die zugeordneten Aufgaben zur Verfügung stehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung haben immer darauf hingewiesen, dass Atomkraftwerke und Zwischenlager nur unzureichend gegen Flugzeugabstürze gesichert sind. Nach den Terroranschlägen vom 11.09.2001 kann das Szenario eines Flugzeugabsturzes auf ein Atomkraftwerk nicht mehr als vernachlässigbares Restrisiko abgetan werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, Atomkraftwerke, die älterer oder unsicherer Bauart sind, schneller als geplant abzuschalten.

Und nur mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine kohärente Umsetzung des Atomausstiegs auch im Bereich der Außenwirtschaftsförderung möglich.

Städte und Regionen nachhaltig entwickeln

Wir wollen die Entwicklung unserer Städte und Regionen ökologisch und nachhaltig gestalten. Städte und Regionen wollen wir als vitale Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsstandorte stärken und Flächenverbrauch eindämmen. Innenentwicklung hat Vorrang vor Außenentwicklung. In der nächsten Wahlperiode werden wir weitere Schritte unternehmen, damit Wohnen bezahlbar bleibt und die Lebensqualität in den Städten und Siedlungsräumen verbessert wird.

Die Städte müssen als Wohnort wieder attraktiver und kinderfreundlicher werden, um der Stadtflucht junger Familien entgegenzuwirken. Mit der Reform der Eigenheimzulage wollen wir die Eigentumsbildung im Siedlungsbestand deutlich besser stellen, die Neubauförderung regional differenzieren und neue Wohnungsgenossenschaften verstärkt fördern.

Die anstehende Planungsrechtsnovelle und die Reform der Grundsteuer müssen Anreize zum sparsamen Umgang mit Boden geben und Baupotenziale im Siedlungsbestand mobilisieren. Brachen und Recyclingflächen sollen vorrangig nutzbar gemacht werden. Darum setzen wir uns für eine bundespolitische Initiative zur Eindämmung des Flächenverbrauchs ein.

Wir setzen uns ein für eine Stärkung der Regionen und für eine eigenständige regionale Finanz- und Planungshoheit. So sollen umweltgerechte Verkehrsentwicklungsplanungen und an Zielen der Region orientierte Siedlungs- und Freiraumentwicklungen gefördert werden.

Den notwendigen Strukturwandel in Ostdeutschland wollen wir aktiv gestalten. Mit dem Programm „Stadtumbau Ost“ haben wir im Jahr 2002 die Initiative dazu ergriffen. Wir wollen dieses Programm in enger Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Ländern, den Kommunen und der Wohnungswirtschaft weiterentwickeln. Die sozialen und ökonomischen Probleme und beginnender Leerstand in einigen westdeutschen Städten und Regionen erfordern aber auch hier neue Konzepte für den Stadtumbau.

Die Qualität des Wohnens und der Wohnumgebung muss in vielen Stadtteilen und Siedlungen verbessert werden – für Kinder ebenso wie für die älter werdende Stadtgesellschaft. Dazu gehören schadstofffreie Wohnungen, attraktive Grün- und Freiflächen, weniger Lärm und Unfallgefahren, bessere Schulen, Spiel- und Sportangebote und wohnungsnaher Dienstleistungen. Bei der Planung von Wohnungen und Wohnumfeld sind veränderte Familienverhältnisse und Haushaltsformen ebenso zu berücksichtigen wie die Lebens- und Arbeitsweise von Familien und Frauen. Die Wohnungs- und Städtebauförderung und das von der rot-grünen Regierung aufgelegte Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ soll auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Wohnungs- und Städtebaupolitik müssen dabei ressortübergreifend zusammengeführt werden.

Verkehrswende: Grüne Welle für Bus und Bahn

Wir wollen das Mobilitätsbedürfnis von Frauen, Männern und Kindern umwelt- und fahrgastfreundlich gestalten. Viele Menschen sind beruflich auf Mobilität angewiesen und wollen privat nicht auf die Freiheiten eines leistungsfähigen Verkehrssystems verzichten. Gleichzeitig wird der Verkehr einen entscheidenden Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz leisten müssen. Dabei setzen wir auf die Kombination von Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung von der Straße auf Bus, Bahn und Rad sowie auf weniger umweltschädigende Antriebe für Autos und deren intelligente Nutzung im Car Sharing. Mobilität braucht Angebotsvielfalt – von der Einkaufsmöglichkeit um die Ecke bis zu fließenden Übergängen zwischen den Verkehrsmitteln. Deswegen treten wir für eine Stärkung des Umweltverbundes von Bahn, öffentlichem Nahverkehr, Taxi, Fahrrad und Fußgängerinnen und Fußgängern ein. Das Potenzial von Straßen- bzw. Stadtbahnen als kostengünstiges und sehr leistungsfähiges Verkehrsmittel wollen wir nutzen. Mehr Sicherheit im Straßenverkehr ist auch eine wichtige Voraussetzung für eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Mit der Angleichung der Bundesmittel für Straßen- und Schienenbau haben wir einen wichtigen Schritt in Richtung Chancengleichheit für die Bahn getan. Diese Weichenstellungen werden wir mit Nachdruck fortsetzen. Für den Einsatz der Mittel im Verkehrsbereich muss insgesamt gelten: Sanierung des Bestands bzw. Ausbau geht vor Neubau. Der Schutz der Umwelt, vor allem der wenigen noch unzerschnittenen Naturräume, muss bei allen Entscheidungen, auch bei grenzüberschreitenden/europäischen Projekten, ein zentrales Kriterium sein. In diesem Sinn wollen wir den Bundesverkehrswegeplan ausrichten, die Schiene stärken und die Bürgerbeteiligung ausbauen. Subventionen jeglicher Art für Großprojekte dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen für ökologisch sinnvolle Verkehrsträger führen.

Bahnfahren muss billiger werden. Deshalb wollen wir wie im Nahverkehr auch im Fernverkehr den Mehrwertsteuersatz halbieren. Das senkt den Fahrpreis und bringt mehr Verkehr auf die Schiene. Wir erwarten von der Deutschen Bahn, dass sich die von uns durchgesetzte neue Prioritätensetzung zugunsten der Schiene in mehr Kundenfreundlichkeit und einem Bekenntnis zum Erhalt der Bahn auch in der Fläche niederschlägt. Die Bahn darf sich nicht nur als Verkehrssystem verstehen, das die großen Städte verbindet. Auf die Anbindung der Region kommt es an – sowohl beim Personen- als auch beim Güterverkehr. Wir wollen der Bahn Dampf machen und die Struktur so verändern, dass echter Wettbewerb auch auf der Schiene möglich wird. Durch die Einführung der LKW-Maut wollen wir die Verlagerung von Gütertransporten auf die Bahn fördern und die Straßen entlasten. Mit dem Beschluss zum behutsamen Ausbau der Donau haben wir gezeigt, dass sich die Verlagerung von Güterverkehr auf die Binnenschifffahrt im Einklang mit der Umwelt gestalten lässt. Diesen Weg wollen wir u.a. an Elbe und Havel fortsetzen. Dabei gilt der Grundsatz, die Schiffe an die konkreten Transportbedürfnisse und an die Ökologie der Flüsse anzupassen und nicht umgekehrt.

Auch in der nächsten Legislaturperiode wollen wir die umweltfreundlichen Verkehrsträger und den intelligenten Verbund der verschiedenen Verkehrsmittel stärken. Im Straßenverkehr wollen wir schärfere Abgasstandards, vor allem beim Diesel, und Abbau der Lärmbelastungen an Straße und Schiene durchsetzen. Für Diesel-PkWs muss wie für LKWs der Partikel-Filter die Regel werden. Die Fortschritte bei der Luftreinhaltung und bei der Senkung des Flottenverbrauchs z. B. durch die Durchsetzung des schwefelfreien Kraftstoffs wollen wir weiter ausbauen. Dazu gehört ein Aktionsprogramm zur Förderung des Drei-Liter-Autos, erdgasbetriebener Fahrzeuge, der neuen Technologie Brennstoffzelle und

des solaren Wasserstoffes. Mit der Umsetzung des in dieser Legislaturperiode erarbeiteten „Masterplan Fahrrad“ werden wir die Stellung des Verkehrsmittels Fahrrad deutlich stärken. Unser Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs bis 2010 zu verdoppeln. Kinder brauchen Vorrang: Verkehrsregeln und -planungen müssen sich an ihren Bedürfnissen orientieren. Tempolimits auf Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen sowie Tempo 30-Zonen in Wohngebieten leisten einen wesentlichen Beitrag, Unfallzahlen und Emissionen zu verringern. Durch eine Änderung der Straßenverkehrsordnung wollen wir Inline-Skatern eigenständige Rechte zuschreiben. Das für die Gesundheit wichtige Gehen soll durch sichere, attraktive Fußwege gefördert werden.

Zur Bekämpfung des Lärms an Straßen, Schienen und Flughäfen wollen wir wirksame, den Erkenntnissen der Lärmwirkungsforschung entsprechende Flug- und Verkehrslärmgesetze. Für Flughäfen wollen wir Nachtflugverbote. Wir setzen uns ein für verstärkte Programme zur Lärmsanierung sowohl an Verkehrswegen als auch an den Fahrzeugen. Den innerdeutschen Flugverkehr wollen wir mittel und langfristig weitgehend auf umweltverträgliche Verkehrsmittel verlagern. Vom öffentlich geförderten Verkehr auf Straße und Schiene erwarten wir, dass er die Lärm-minderung durch den Einsatz der heute verfügbaren Technik schon vor neuen gesetzlichen Maßnahmen als seine Verpflichtung begreift. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Ausschreibungen von Verkehrsleistungen ambitionierte Lärm- und Abgasstandards zwingend vorgegeben werden. Der weiter stark anwachsende Flugverkehr wird immer mehr zu einer der größten weltweiten Klimabelastungen. Wir wollen durch Verbesserung der Bahnangebote, intelligente Kooperation der Flughäfen, die Möglichkeiten globaler Informationsvernetzung und die Förderung von umweltverträglichem Tourismus ökologisch umsteuern.

Ökologische Finanzreform: die sozial-ökologische Marktwirtschaft durchsetzen

Wer die Zukunft unserer Kinder sichern will, braucht die Ökologisierung unserer Marktwirtschaft. Deshalb halten wir am eingeschlagenen Weg der ökologisch-sozialen Modernisierung unseres Steuer- und Abgabensystems fest. Dazu gehören zum einen ein gerechteres Steuersystem, das vor allem kleine und mittlere Einkommen und Unternehmen entlastet, und niedrigere Lohnnebenkosten. Zum anderen wollen wir an der Ökosteuer festhalten, sie weiterentwickeln und in eine ökologische Finanzreform einbetten. Durch die Weiterentwicklung des Gedankens, natürliche Ressourcen zu besteuern, wollen wir das Potenzial zur Einspa-

rung der Rohstoffe und damit zur Schonung der Umwelt optimal ausschöpfen.

Allen Anfeindungen zum Trotz ist es richtig, den Faktor Umwelt zu belasten und den Faktor Arbeit zu entlasten. Das Prinzip, Energie zu besteuern und so die Lohnnebenkosten zu senken und Anreize für Energiesparinvestitionen zu schaffen, ist anerkannt. Wir wollen, dass Kilowattstunden und nicht Menschen arbeitslos werden. Die Ökosteuer hat schon jetzt über 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, entlastet die Rentenkasse allein im Jahr 2002 um 14 Milliarden Euro oder 1,5 Beitragspunkte und leistet durch die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 7 Millionen Tonnen pro Jahr einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Erste Lenkungswirkungen sind bereits zu verzeichnen: ÖPNV und Bahn vermeiden Zuwächse, der Spritverbrauch und die Straßenverkehrsleistung gehen zurück, die Nachfrage nach Effizienztechnologien und sparsamen Autos ist deutlich gestiegen.

Wir wollen die Lenkungswirkung der Ökosteuer weiter verbessern. Erneuerbare Energien sowie Busse und Bahnen wollen wir vollständig von der Ökosteuer befreien. Die bisherigen Ausnahmetatbestände werden wir überprüfen und schrittweise abbauen. Wir wollen, dass auch das produzierende Gewerbe durch geeignete Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung eines Energiemanagements oder einer Energieanalyse, seinen Beitrag zum sparsameren Umgang mit Energie leistet. Bei der Entscheidung über weitere Erhöhungsschritte ab 2004 werden wir die soziale Verträglichkeit insbesondere für Menschen ohne Erwerbseinkommen und die dann geltende Höhe der Energiepreise berücksichtigen. Auch in der nächsten Legislaturperiode halten wir an der Aufkommensneutralität der Ökosteuer fest: Jeder eingenommene Euro fließt durch niedrigere Lohnnebenkosten, den Ausgleich sozialer Härten oder durch die Förderung umweltschonenden Verhaltens wieder zurück.

Neben der Ökosteuer bildet der Abbau umweltschädlicher Subventionen die zweite Säule einer ökologischen Finanzreform. Das deutsche Steuer- und Finanzsystem enthält eine Fülle ökologisch schädlicher und widersinniger Subventionen und Regelungen. So leistet beispielsweise die derzeitige Ausgestaltung der Entfernungspauschale der Zersiedlung und der Trennung von Wohn- und Arbeitsort Vorschub. Mit dem Ab- bzw. Umbau umweltschädlicher Subventionen kann ein wichtiger Beitrag zur Verknüpfung von nachhaltiger Finanz- und Umweltpolitik geleistet werden. Dazu gehört die Abschaffung der Steuerfreiheit von Flugbenzin auf EU-Ebene. Die Kohlesubventionen wollen wir bis spätestens 2010 schritt-

weise abbauen und in den betroffenen Regionen Perspektiven für zukunftsfähige Arbeitsplätze eröffnen. Die Stilllegungen von Zechen sind diesem AuslaufszENARIO anzupassen. Bei Genehmigung und Abbau sind ökologische und soziale Schäden zu minimieren. Die Rechte der vom Bergbau Betroffenen wollen wir gesetzlich stärken. Subventionen in der Landwirtschaft wollen wir umlenken für naturnahe Produktion und artgerechte Tierhaltung.

Durch die ökologische Finanzreform wollen wir finanzielle Spielräume für den Ausbau ökologischer Investitionen insbesondere für eine Nahverkehrsoffensive für den ländlichen Raum, einen Altlastensanierungsfonds zur Mobilisierung von innerstädtischen Brachflächen und ein Altbausanierungsprogramm zur Senkung des Heizenergieverbrauchs schaffen.

Natur- und Landschaftsschutz

Um den Natur- und Landschaftsschutz weiter voranzubringen und die biologische Vielfalt nachhaltig zu sichern, werden wir gemeinsam mit unseren Landtagsfraktionen das neue Bundesnaturschutzgesetz mit Leben erfüllen.

Die Naturschutzgroßprojekte des Bundes werden wir sichern und nötigenfalls ausbauen. Den naturnahen Tourismus werden wir verstärkt fördern, denn er trägt zur Sicherung wertvoller Naturpotenziale bei und stärkt die regionale Wirtschaftsentwicklung.

Wir wollen allen heimischen Arten ausreichende Lebensräume sichern. Hierzu ist die zügige Realisierung eines großflächigen Biotopverbundes ein wichtiger Schritt. Für besonders gefährdete Arten sollen spezielle Artenschutzprogramme aufgelegt werden.

Mit der Entwicklung konkreter Steuerungsinstrumente wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren, so wie es die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vorsieht. Der Einsatz von Landwirten für den Natur- und Landschaftsschutz muss sich stärker lohnen. Für die biologische Vielfalt stellen auch die an unterschiedliche Standortverhältnisse angepassten heimischen Kulturpflanzenarten und Nutztierassen ein wertvolles Erbe dar, das es zu erhalten gilt. Hierzu wollen wir innovative Projekte der Zusammenarbeit von Naturschutz und Landwirtschaft in- und außerhalb von Schutzgebieten unterstützen.

Mit einem konkreten Handlungsprogramm wollen wir dem Ziel, den Landschaftsverbrauch von derzeit 129 ha/Tag bis zum Jahr 2020 auf 30 ha/Tag und damit um 75% zu reduzieren, einen wichtigen Schritt näher kommen. Entscheidend hierbei wird unter anderem sein, ob es gelingt

durchzusetzen, dass der innerstädtischen Entwicklung zukünftig Vorrang vor dem Bauen auf der grünen Wiese eingeräumt wird. In diesem Zusammenhang wollen wir steuerliche Anreize für die Altlastensanierung und anschließende bauliche Nutzung innerstädtischer Brachflächen schaffen.

Zur Sicherung des nationalen Naturerbes in den neuen Bundesländern haben wir bedeutende Möglichkeiten für die Übernahme von Flächen durch Länder und Verbände geschaffen. Diese gilt es jetzt zu nutzen. Eine Bundesstiftung Natur oder ein verstärktes Engagement der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) können dabei eine entscheidende Rolle spielen. Die Zuständigkeit der DBU wollen wir vom Finanz- auf das Umweltministerium übertragen.

Im Streit um ehemals militärisch genutzte Flächen wie in der Kyritz-Ruppiner Heide (Land Brandenburg) stehen wir auf der Seite der Menschen und der Natur und engagieren uns für die Erhaltung unwiederbringlicher Naturreichtümer durch nachhaltige zivile Nutzung, z.B. den sanften Tourismus.

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung wollen wir die Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen in der Bevölkerung erhöhen. Naturschutz macht nicht an Grenzen halt. Wir wollen die Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 und internationaler Naturschutzabkommen vorantreiben sowie die Biodiversitätskonvention mit Leben erfüllen.

Das Jagdrecht muss so modernisiert werden, dass es den Anforderungen des Arten-, Tier- und Naturschutzes entspricht.

Wir wollen den Erhalt und die Wiederherstellung unserer Flüsse und Flussauen als saubere Wasserquellen und naturnahe Lebensräume, zur Erholung und als Rückhalteräume bei Hochwasser.

Die Meere in ihrer Artenvielfalt und ihrer ökologischen Funktion sind ein einzigartiges Naturerbe. Wir machen uns daher für einen umfassenden internationalen Meeresschutz stark. Nötig sind großflächige Schutzgebiete zur Bewahrung der Fischpopulationen und ein internationales Verbot besonders schädlicher Fischereipraktiken. Wir wollen eine saubere und sichere Nord- und Ostsee, deshalb muss dort die Einleitung gefährlicher Stoffe so rasch wie möglich auf Null gebracht werden; die Sicherheitsstandards für Schiffe müssen deutlich verschärft werden.

Die Wälder schützen

Der Wald hat eine herausragende ökologische Funktion für unsere Lebensqualität, die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Mit einer konse-

quenten Politik der Luftreinhaltung, einer anderen Landwirtschafts- und Verkehrspolitik muss das weiterhin bedrohliche Waldsterben gestoppt werden. Wir wollen dem internationalen Forst-Zertifikat FSC (Forest Stewardship Council) in Deutschland zum Durchbruch verhelfen, da es ökologische, ökonomische und soziale Kriterien gleichermaßen berücksichtigt. Wir wollen die schädlichen Abgase senken, unsere Wälder erhalten und die letzten Urwälder bewahren. Der Futtermittelanbau für unsere Intensivtierhaltung führt zur Vernichtung von Tropenwald. Millionen von Hektar werden gerodet und zum Großteil für den Anbau genetisch veränderter Organismen genutzt. Wir stehen hier international am Scheideweg bei der Frage, wie wir unsere Lebensgrundlagen organisieren wollen. Die Neue Landwirtschaft, die wir in unserem Land umsetzen wollen, leistet somit ein Beitrag zum Schutz der Tropenwälder.

Elektrosmog minimieren

Die Sorgen um mögliche Schäden durch Elektrosmog nehmen wir ernst. Deswegen begrüßen wir, dass die Forschung in diesem Bereich intensiviert worden ist. Die Belastung der Bevölkerung muss kontinuierlich überprüft werden. Wir werden darauf achten, dass die abgeschlossene Selbstverpflichtung von der Industrie umgesetzt wird: Es soll ein Messkataster der Strahlungsimmission erstellt werden, das die tatsächliche Gesamtbelastung zeigt. Wir stehen für Transparenz und verbindliche Bürgerbeteiligung bei der Errichtung neuer Anlagen. Durch ein Label für strahlungsarme Handys und weitere Maßnahmen wollen wir versuchen, zu einer niedrigeren Strahlungsintensität bei den Endgeräten zu kommen. Wir setzen uns für eine Senkung der Grenzwerte für elektromagnetische Strahlung durch den Mobilfunk ein und orientieren uns dabei am vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitsschutz. Dies gilt insbesondere im Umkreis von Schulen und Krankenhäusern. Bei so genannten niedrigfrequenten Strahlungen im Zusammenhang mit Starkstromleitungen sind zusätzliche Schutzvorkehrungen zu treffen.

Kreislaufwirtschaft fördern – Müll vermeiden

In der Abfallpolitik setzen wir auf Vermeidung und bessere Verwertung. Produkte und Produktionsprozesse müssen so umgestaltet werden, dass sie dem Leitbild einer nachhaltigen Wirtschaft gerecht werden: gesundheits- und umweltverträglich, langlebig und reparaturfreundlich. Am Ende ihres Lebenszyklus sollen umweltbelastende Produkte wie z.B. Autos oder Elektronikgeräte von den Produzenten zurückgenommen und wiederverwertet werden.

Wir wollen die Produktionsprozesse nach den Prinzipien des produktionsintegrierten Umweltschutzes und der Ressourcenschonung reformieren.

Um die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen wieder zu erhöhen, werden wir ab 2003 ein Dosenpfand einführen. Mit dem Dosenpfand unterstützen wir auch die wirtschaftlichen Interessen der mittelständischen Betriebe und sichern regionale Arbeitsplätze.

Mit der Neufassung der TA Siedlungsabfall, der Anhebung der Standards für mechanisch-biologische Behandlungsanlagen und der Abfallablagerungsverordnung ist es uns in der ablaufenden Legislaturperiode gelungen, ökologisch wichtige Verbesserungen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft einzuleiten. Die Deponierung von Abfällen wollen wir insgesamt deutlich reduzieren.

Die nicht verwertbare Abfallmenge wollen wir durch gezielte Förderung abfallarmer Technologien und recyclingfreundlicher Produkte weiter reduzieren. Die Entsorgung der trotzdem entstehenden Reststoffe, vor allem der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle, bedarf in Zukunft einer strengeren Regelung.

In den kommenden Jahren wollen wir verstärkt Initiativen ergreifen, die sowohl national als auch auf EU-Ebene zu beobachtenden Fehlentwicklungen in Richtung bloßer Scheinverwertung von Abfällen weiter einzudämmen und gleichzeitig eine möglichst hochwertige Verwertung von Abfällen durchzusetzen. In diesem Zusammenhang streben wir auch eine Novellierung der Klärschlammverordnung an.

Europäische und internationale Umweltpolitik

Bei der Erweiterung der EU wollen wir darauf achten, dass die Beitrittsländer nicht zu ökologischen Dumpingregionen werden. Deutschland soll seine politischen, administrativen und technologischen Fähigkeiten helfend zur Verfügung stellen, damit bei der Luft- und Wasserreinhaltung rasch beispielsweise EU-Standards erreicht werden. In den letzten vier Jahren war die rot-grüne Koalition vor allem mit dem Abtragen gesetzgeberischer Altlasten der Vorgängerregierung beschäftigt. Ob im Naturschutz oder bei der UVP – zahlreiche EU-Umweltrichtlinien mussten nachträglich umgesetzt werden, um drohenden EU-Strafen zu entgehen. In den kommenden vier Jahren wollen wir dafür sorgen, dass Deutschland wieder Motor und Vorreiter europäischer Umweltpolitik wird.

Im internationalen Rahmen muss sich Umweltpolitik zunehmend mit den Folgen der Globalisierung auseinandersetzen. Deshalb brauchen

wir einen institutionalisierten Anwalt globaler Gerechtigkeit für den Bereich Umweltschutz und Ökologie, der auch der Welthandelsorganisation Paroli bieten kann. Unsere Perspektive ist, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zu einer Weltumweltorganisation fortzuentwickeln. Hierzu bedarf es auch der Entwicklung internationaler Finanzierungsinstrumente. Die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter durch Luftverkehr und Schifffahrt kann nicht ohne Entgelt für die Nutzer sein. Die Export- und Außenwirtschaftsförderung beispielsweise durch Hermes-Bürgschaften wollen wir stärker am Prinzip der Nachhaltigkeit ausrichten. Ihr gesamtes Instrumentarium muss unter ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Kriterien überprüft und reformiert werden. Im Vergabeverfahren muss durch frühzeitige Information von Parlament und Öffentlichkeit Transparenz gewährleistet sein. Umweltschutz darf dabei kein Instrument zur wirtschaftlichen und sozialen Ausgrenzung armer Länder sein.

1.2. Wirksamer Verbraucherschutz, Gesunde Ernährung, Neue Landwirtschaft

Wir stehen für eine moderne Verbraucherpolitik: Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher durchsetzen: das Recht auf Sicherheit, das Recht auf Information, das Recht auf Wahlfreiheit und das Recht, Gehör zu finden. Damit stärken wir die Verbraucherinnen und Verbraucher in der sozialen Marktwirtschaft.

Politik mit dem Einkaufskorb

Verbraucherpolitik ist immer globale Politik. Produktion, Verarbeitung und Verbrauch liegen wegen der internationalen Warenströme, der internationalen Arbeitsteilung und falscher Subventionen oftmals weit auseinander. Deshalb gilt es, den Rechten der Verbraucherinnen und Verbraucher grenzüberschreitend Geltung zu verschaffen. Gleichzeitig ist es wichtig, den Verbrauchern die Wahlfreiheit über die Beschaffenheit eines Produktes zu sichern. Sie müssen beispielsweise wissen, ob sie Waren aus Kinderarbeit kaufen, und bei Finanzdienstleistungen über Einsatz und Wirkungen der für ihre Dienstleistung angelegten Gelder informiert werden. Dies schließt den Herstellungsprozess, das Ursprungsland sowie das Anbau- oder Zuchtverfahren mit ein. Die Verbraucher sollen frei entscheiden können, ob sie soziale und ökologische Verantwortung übernehmen wollen. Der Verbraucher muss wissen, wo, wie und mit welchem Umweltrisiko der von ihm bezahlte Strom

produziert wird. Deshalb treten BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN für eine europaweite gesetzliche Regelung zur Stromkennzeichnung ein. Inhalt und Herstellung von Produkten müssen transparent und klar gekennzeichnet sein.

Verbraucherrechte stärken: Wissen, was drin ist

Mit dem Verbraucherinformationsgesetz haben wir die Tür zu Informationen für die Verbraucher über Beschaffenheit und Herstellung von Gütern geöffnet. Wir haben mit dem Entwurf dieses Gesetzes das Ende der Verschwiegenheitsphilosophie der Behörden eingeläutet. Wir wollen, dass diese Informationspflicht auch auf die Wirtschaft erweitert wird und für alle Güter und auch alle Dienstleistungen gilt. Von Lebensmitteln bis Sportbekleidung, von Teddybären bis Möbeln: Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, was drin ist und wie die Produkte entstanden sind.

Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts einer modernen Regierung betrifft. Auch Rente, Gesundheitswesen und Pflege müssen sich an den Verbrauchern ausrichten. Wir wollen bessere Dienstleistungen für die Verbraucher auch bei der Telekommunikation, der Gas-, Wasser- und Stromversorgung, bei der Bahn und dem öffentlichen Personennahverkehr.

Wir wollen die Institutionen der Verbraucher und den staatlichen Rahmen zur Durchsetzung ihrer Rechte stärken. Dies gilt insbesondere für die Stiftung Warentest und die unabhängige Verbraucherberatung.

Die neue Landwirtschaft: gesunde, sichere und schmackhafte Lebensmittel

Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wissen, was auf ihren Tisch kommt. Wir wollen einen gesundheitlich vorsorgenden Verbrau-



cherschutz, der den Menschen garantiert, sichere Lebensmittel zu konsumieren. Chemie, Gentechnik und Antibiotika gehören nicht in Lebensmittel. Unser besonderes Augenmerk gehört den Kindern. Weil gesunde Ernährung und das Wissen darüber wichtig ist für ihre körperliche Entwicklung und die Bewusstseinsbildung, haben wir mit Ernährungskampagnen für die Kleinsten in den Kitas angefangen. Hier werden wir weitermachen. Die Gesundheit der Menschen geht vor wirtschaftliche Interessen. Wir haben die Trendwende in der Landwirtschaftspolitik eingeleitet. Nach Jahren, in denen in der Agrarpolitik Quantität vor Qualität ging, ein Lebensmittelskandal auf den nächsten folgte und Tiere nicht als Lebewesen, sondern allzu oft als Gebrauchsgüter behandelt wurden, gilt jetzt „Klasse statt Masse“. Das ist gut für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch gut für die vielen Bäuerinnen und Bauern, die von der BSE-Krise in ihrer Existenz bedroht waren, obwohl sie sich selbst nichts haben zu Schulden kommen lassen.

Wir wollen unsere Lebensgrundlage, die Herstellung unserer Lebensmittel, weiter konsequent neu organisieren. Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Produktionsweise. Der ökologische Landbau hat hierbei eine Vorreiterrolle. Deshalb wollen wir ihn weiter stärken. Wir wollen 20 Prozent Ökolandbau in zehn Jahren. Durch das neu eingeführte Bio-Siegel können sich die Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst entscheiden. Wir wollen auch die Perspektiven der konventionellen Landwirtschaft verbessern, sie immer stärker an den Zielen des naturnahen Landbaus sowie der artgerechten Tierhaltung ausrichten und sie im Wettbewerb stärken.

Wir wenden uns gegen die schleichende Einführung der Gentechnik in die Ernährung und die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen. Gentechnische Veränderungen sind in der Landwirtschaft und in Lebensmitteln nicht notwendig, stellen aber ein unkalkulierbares Risiko für Mensch und Umwelt dar. Für uns steht die Wahlfreiheit der Landwirte und Verbraucher an erster Stelle. Es muss künftig weiter möglich sein, gentechnikfreie Lebensmittel zu produzieren und zu kaufen. Wir fordern eine europaweit klare Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel und von gentechnisch verändertem Saatgut. Abstands- und Haftungsregelungen sollen Nachbarn und Natur vor den Auswirkungen gentechnisch veränderter Organismen schützen und die Verursacher eventueller Schäden haftbar machen.

Ländliche Räume stärken

Gesunde Lebensmittel gibt es nicht gegen, sondern nur mit den Bäuerinnen und Bauern. Landwirtschaft ist mehr als die Produktion der „Mittel zum Leben“. Wir wollen die multifunktionale Landwirtschaft stärken, denn Landwirte sind heute auch Energiewirte und Dienstleister. Sie bieten den Menschen Erholung, sie pflegen die Kulturlandschaft und leisten damit einen großen Dienst an der Gesellschaft. Dafür müssen sie auch von ihr entlohnt werden. Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft stärken und „ausgeräumte“ Landschaften verhindern. Die Infrastruktur im ländlichen Raum muss verbessert werden. Wir wollen besonders für Frauen und Jugendliche die Erwerbsmöglichkeiten dort ausbauen. Wir wollen die Wertschöpfung in den Regionen halten. Für die Neue Agrarpolitik gilt immer und weltweit: Regional ist erste Wahl! Wir werden in der nächsten Legislaturperiode den Ansatz des Wettbewerbs „Regionen aktiv“ fortsetzen und ausbauen. Regionale Vermarktung und ökologische Landwirtschaft sichern und schaffen Arbeitsplätze.

Agrarsubventionen reformieren

Um die neue Landwirtschaft umzusetzen, unsere vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten und den ländlichen Raum zu fördern, brauchen wir eine Neuausrichtung der Agrarsubventionen. Dafür werden wir uns sowohl bei der so genannten Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder als auch bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU einsetzen. Nur so können wir gleichzeitig den Schutz unserer Böden, unseres Wassers und unserer Tiere verbessern sowie eine verbrauchergerechte Produktion erreichen, die Einkommen und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sichert.

Im Rahmen der EU-Osterweiterung müssen wir den Beitrittsländern eine neue Perspektive geben: Stärkere Förderung regionaler Verarbeitung und Vermarktung, umwelt- und tiergerechter Produktion, erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe sowie des ländlichen Tourismus im Rahmen der zweiten Säule der Agenda 2000. Alle können sich so in einer erweiterten EU auf eine nachhaltige Landwirtschaft und die Anforderungen der WTO einstellen.

Tiere schützen

Wir wollen eine Landwirtschaft, die Hand in Hand mit Umwelt-, Natur- und Tierschutz geht. Das neue Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz muss in allen relevanten Bereichen konsequent zur Verbesserung des

Tierschutzes genutzt werden. Nach dem Beschluss zur Abschaffung der Käfighaltung von Legehennen setzen wir uns für vergleichbare Verbesserungen der Tierhaltung aller anderen landwirtschaftlich genutzten Tiere, auch in der EU ein. Unser Ziel bleibt die Abschaffung der EU-Subventionen von Schlachtiertransporten und die Begrenzung der Tiertransporte auf maximal vier Stunden.

Wir wollen alle Möglichkeiten zur Reduzierung von Tierversuchen ausschöpfen. Dazu gehören u.a. die Novellierung von Gesetzen, die Tierversuche vorschreiben, sowie die Freigabe von bereits entwickelten tierversuchsfreien Testmethoden. Bei der Heimtierhaltung setzen wir uns dafür ein, dass Tiere artgerecht untergebracht und betreut werden.

Die Meere sind weitgehend leergefischt, die Bestände einiger Arten besonders gefährdet. Wir wollen eine Fischereiwirtschaft, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Dabei ist unsere Politik ausdrücklich Politik zum Schutz der Meeressäugetiere. Dies ist eine globale Aufgabe. Wir wollen auch im Fischereibereich ein Ökosiegel. Die Einleitung gefährlicher Stoffe in die Meere wollen wir weiter reduzieren.

Die neue Landwirtschaft: den Welthunger bekämpfen

Wir wollen ökologische und soziale Kriterien auch international bei der Welthandelsorganisation verankern. Wir wollen Exportsubventionen abschaffen und die Abschottung Europas für landwirtschaftliche Produkte aus so genannten Entwicklungsländern systematisch abbauen, ohne sie zu Anbaugebieten für transnationale Unternehmen zu degradieren. Es ist untragbar, dass 70 Prozent der mehr als 800 Millionen hungernden Menschen in den ländlichen Räumen leben, die hauptsächlich für die Lebensmittelproduktion zuständig sind. Dabei wollen wir auch in diesen Ländern die bäuerliche Landwirtschaft stärken und der Ernährungssicherung der eigenen Bevölkerung höchste Priorität einräumen. Wir wollen vor allem den Aufbau demokratischer Strukturen, das Recht des Zugangs zu Nahrung und Wasser, zu Land und zu hochwertigem Saatgut ohne Abhängigkeiten von den Großkonzernen sicherstellen.

2. Soziale und wirtschaftliche Erneuerung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Erneuerung. Bereits in der Opposition waren wir die Vorreiter in den zentralen Feldern der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Mit dem Eintritt in die Bundesregierung konnten wir gut vorbereitet mit den überfälligen Reformen beginnen. Wir haben einen Anfang bei der Entlastung von Kindern und Eltern gemacht, indem wir das Kindergeld – auch für die Kinder in Sozialhilfe – erhöht haben. Wir haben die Wende hin zum Abbau des Schuldenbergs vollzogen. Wir haben die Steuerreform auf den Weg gebracht und Privathaushalte und mittelständische Unternehmen spürbar entlastet. Wir haben in der Rentenreform die Interessen unserer Kinder stark gemacht und dabei den Einstieg in die eigenständige Alterssicherung der Frauen vollzogen. Und wir haben mit der Fortführung des Solidarpakts die finanziellen Grundlagen für die Weiterführung des Aufbaus Ost geschaffen. Mit der Einführung der Ökosteuer haben wir die ersten Schritte in eine ökologische Finanzreform begonnen, in der die Kosten für den Faktor Umwelt (natürliche Ressourcen) belastet und der Faktor Arbeit entlastet wird.

Gerechtigkeit ist einer unserer Grundwerte. Wir stehen für eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter, und das erfordert besonders eine Parteinahme für die sozial Schwachen. Unsere Vorstellung von Gerechtigkeit geht weiter als die der anderen Parteien. Wir stehen auch für Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechterge-



rechtigkeit und Internationale Gerechtigkeit. Die Generationengerechtigkeit schließt mit ein, dass wir den Generationen nach uns eine intakte Umwelt hinterlassen und die Nutzung der natürlichen Ressourcen auf ein Minimum reduzieren.

Es gibt viel zu tun. Wir werden die Ökologische Finanzreform konsequent fortsetzen. Wir werden die Lebenssituation von Kindern und ihren Eltern deutlich verbessern, da hier großer Nachholbedarf besteht. Die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat für uns höchste Priorität und wir werden weiter auf einer gerechten Reform des Arbeitsmarktes beharren. Wir wollen den Einstieg in eine soziale Grundsicherung, die ein Abrutschen der Menschen in Armut und Ausgrenzung verhindert. Die Haushaltskonsolidierung bleibt eine Daueraufgabe für eine Partei, die der Generationengerechtigkeit verpflichtet ist.

Am 22. September 2002 entscheiden Sie: Der kalten Politik des neoliberalen Ellbogens sowie der Reformverweigerung schwarz-roter Strukturkonservativer steht unsere Politik der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung gegenüber. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir die Lage der Kinder verbessern und durch unsere Politik mehr Menschen in Arbeit bringen.

2.1. Mehr Arbeitsplätze, Soziale Sicherheit, Wirtschaftliche Erneuerung

Hier haben wir noch nicht all das erreichen können, was wir uns 1998 vorgenommen hatten. Wir wollen die Möglichkeiten der Eigeninitiative erweitern, Erwerbslose ermutigen und gleichzeitig nachhaltige Formen der sozialen Sicherung einrichten.

Dreh- und Angelpunkt einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Deshalb stehen wir für eine Konsolidierung der Haushalte, eine Steuerentlastung der kleinen und mittleren Unternehmen, eine Senkung der Lohnnebenkosten und für den Ausbau von Bildung und Forschung. Um dieses auf Dauer zu gewährleisten ist auch in Zukunft ein handlungsfähiger Staat notwendig. Deshalb ist Sparen für uns kein Selbstzweck. Ein Anstieg der öffentlichen Förderung von Forschung, Entwicklung, ökologischen Innovationen, Bildung und Qualifizierung und die Verringerung der Finanznot der Kommunen sind wesentliche Elemente einer Politik für mehr Beschäftigung.

Umwelt schafft Arbeit

Ökologie schafft wirtschaftliche Dynamik und Arbeitsplätze. Durch das Erneuerbare Energiengesetz und die Ökosteuer sind in den letzten vier Jahren über 200.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Insgesamt gibt es bereits über 1,3 Millionen Öko-Arbeitsplätze in Deutschland. Bei Solar- und Windenergie haben wir einen weltweit beachteten Boom ausgelöst. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten. Wir wollen die ökologischen Pioniermärkte weiterhin besetzen und ökologische Produkte auf dem Markt etablieren. Dazu werden wir die Ökosteuer zu einer ökologischen Finanzreform weiterführen, die Forschungsförderung intensivieren und ökologische Standards erhöhen.

Abbau der Arbeitslosigkeit

Das drängendste wirtschaftspolitische Problem ist der Abbau der Arbeitslosigkeit. Im Zentrum einer solidarischen Reformpolitik muss die Orientierung am Ziel einer Vollbeschäftigung neuen Typs stehen, die für alle die Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten ermöglicht. Auf Massenarbeitslosigkeit lässt sich keine solidarische Gesellschaft aufbauen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit braucht es Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen Brücken in den ersten Arbeitsmarkt schlagen: Gezielte Lohnkostenzuschüsse und ein befristetes Einstiegsgehalt für Langzeitarbeitslose sind hier mögliche Wege. Statt einer flächendeckenden Subventionierung des Niedriglohnbereichs wollen wir die Sozialabgaben so gestalten, dass die in Deutschland künstlich errichtete Teilzeitmauer überwunden wird. Wir wollen die individuellen Eingliederungspläne mit den Arbeitssuchenden nach dem Konzept Fördern und Fordern ausbauen. Eine Verschärfung der Sanktionen lehnen wir ab. Notwendig ist außerdem die Gründung von Transfergesellschaften bei Personalabbau sowie die praktische Anwendung von Jobrotation, Jobsharing und Lebensarbeitszeitkonten.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und andere Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik sind besonders in Ostdeutschland weiterhin notwendig. Insbesondere für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, aber auch anderer am Arbeitsmarkt benachteiligter Gruppen sind öffentlich geförderte Beschäftigungen aus sozialpolitischen Gründen unabdingbar. Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sollten dabei mit Maßnahmen zu einer verbesserten Qualifizierung verzahnt sein, und öffentlich geförderte Beschäftigung sollte

mit anderen gesellschaftlichen Zielen wie ökologisches Wirtschaften und Förderung von sozialen Dienstleistungen verknüpft sein.

Vorrang hat für uns eine flexible und sozialverträgliche Arbeitszeitpolitik, die größere individuelle Wahlmöglichkeiten eröffnet und eine breitere Verteilung der Erwerbsarbeit ermöglicht. Wir haben durch das Teilzeitgesetz die Rahmenbedingungen deutlich verbessert. Wir wollen den Abbau von Überstunden und den Überstundenausgleich über Arbeitszeitkonten voranbringen, um Qualifikationsphasen, sogenannte „Sabbatzeiten“, Erziehungsarbeit oder lange Erholungspausen zu ermöglichen. Auch halten wir die Einführung von Tariffonds zum Jobsharing nach dem Modell der niedersächsischen Metallindustrie für einen sinnvollen Schritt. Wir wollen Teilzeitarbeit fördern, indem wir Altersteilzeit zu einem fünfjährigen, altersunabhängigen Förderanspruch für alle umwandeln und die Alterssicherung von Teilzeitbeschäftigten insgesamt verbessern. So können Arbeitszeitreduzierungen für Kindererziehung, Pflegearbeit, Qualifikation oder Erholungsphasen individuell und frei im Erwerbsleben geplant werden.

Um Arbeitslose schneller in Beschäftigung zu bringen und damit den Anteil Langzeitarbeitsloser zu reduzieren, brauchen wir eine neue Arbeitsvermittlung, die effektiv und schnell auf die Bedürfnisse von Arbeitslosen und Unternehmen reagieren kann. Eine intensivere Betreuung der Arbeitssuchenden bei der Kontaktaufnahme und den Bewerbungsgesprächen kann hohe Erfolge bei der Vermittlung in reguläre Beschäftigung erreichen. Dies setzt eine entsprechend veränderte Arbeitsweise der Arbeitsämter voraus, der Dienstleistungscharakter der Arbeitsvermittlung muss gestärkt werden.

Ein nachhaltiger Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist ohne eine gerechte Um- und Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit – gerade auch zwischen Männern und Frauen – nicht vorstellbar. Die Organisations- und Zeitstrukturen der Erwerbsarbeit müssen in der Weise neu definiert werden, dass sie Frauen und Männern gleichermaßen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern. Ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ muss deshalb von dem Regelfall ausgehen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neben der Erwerbsarbeit und dem Lebensanspruch auf regelmäßige arbeitsfreie Zeit Familienarbeit zu bewältigen haben. Teilzeitbeschäftigung muss finanziell attraktiver werden. Gerade im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen muss die Schwarzarbeit zurückgedrängt und müssen neue Potentiale erschlossen werden.

Als weiteres beschäftigungsförderndes Element wollen wir die nachgelagerte Besteuerung aller Sozialabgaben erreichen und auch die Einführung dynamischer, abgestufter Sozialversicherungsbeiträge prüfen, um die überproportionale Gesamtbelastung kleiner Einkommen zu verringern.

Qualifizierung und Weiterbildung sind wesentliche Mittel, um Arbeitslose wieder in Arbeit zu bekommen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon im Vorhinein vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Der von uns unterstützte Strukturwandel erfordert eine Verbesserung der Qualifikationsstruktur. Diesem wollen wir durch die Förderung der Qualifizierung der jetzt Erwerbstätigen und Arbeitslosen und einer Orientierung der Bildung auf diesen stattfindenden Strukturwandel begegnen.

Jugendliche ohne Schulabschluss oder ohne Ausbildungsplatz brauchen besondere Unterstützung. Die erfolgreichen Maßnahmen im JUMP-Programm werden fortgesetzt und wenn nötig um umlageorientierte Anreize und Förderungen ergänzt. Wir wollen Ausbildungsgänge als Bausteine konzipieren, die unterschiedlich zusammengesetzt werden können. Wir wollen zielgenaue Hilfen entwickeln. Weitere Modelle, wie z.B. Produktionsschulen nach dänischem Vorbild, sollen erprobt werden. Außerdem müssen wir die Jugendhilfe in die Schaffung von Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten einbeziehen. Gleichzeitig wollen wir mit einer neuen Bildungsreform für mehr Qualität und Chancengerechtigkeit in den Schulen sorgen und bestehende Defizite beseitigen, damit deutlich mehr Jugendliche gute Qualifikationen erreichen.

Die Qualität der berufsbezogenen Weiterbildung muss verbessert werden. Wir setzen uns für Lernmöglichkeiten am Arbeitsplatz und Lernbrücken in den Arbeitsmarkt ein. Auch die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sind hier in der Pflicht. Bei den öffentlich geförderten Maßnahmen fordern wir neue nachfrageorientierte Finanzierungselemente. Die Erstausbildung soll neu gestaltet, das lebensbegleitende Lernen gestärkt und die Abschlüsse weiteren Ausbildungsschritten und dem zusammenwachsenden Europa gerecht werden.

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Ältere Menschen werden mit ihren Erfahrungen im Erwerbsleben gebraucht. Statt einer Politik der Frühverrentung muss eine Kultur der Altersarbeit mit langfristigen und gleitenden Übergängen in den Ruhestand entwickelt werden. Wir wollen deshalb Altersteilzeit zukünftig nur noch fördern, wenn sie nicht dazu benutzt wird, ältere Arbeitnehmer in die Rente zu drängen oder Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Zur Teil-

habe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben gehört ein selbstbestimmtes Leben. Wir wollen ältere Menschen bei der Wissensvermittlung und beim Umgang mit den neuen Medien unterstützen. Ein differenziertes, auf die unterschiedlichen Lebenssituationen ausgerichtete Wohn- und Hilfeangebot gilt es zu fördern. Hierzu gehört auch ein generationsübergreifendes Zusammenleben zwischen Alt und Jung. Die Belange von älteren Menschen ausländischer Herkunft müssen mit einbezogen werden.

Soziale Grundsicherung einführen

Der Einstieg in eine soziale Grundsicherung ist eines unserer zentralen Reformprojekte für die nächsten vier Jahre. Die Sozialhilfe, als nachrangige Hilfeleistung konzipiert, wird den heutigen Anforderungen an eine soziale Grundsicherung nicht mehr gerecht. Für die Bekämpfung der auch heute noch herrschenden Armut ist ein Maßnahmenbündel notwendig, das sich aus der Verbesserung der materiellen Situation von Hilfebeziehenden sowie aktivierenden Angeboten zusammensetzt, die ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegenwirken. Dazu gehört die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung, die tatsächlich Armut verhindert. Die Leistungen müssen den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst und nach einem festen System (Statistikmodell) neu bemessen werden. Dabei muss auch berücksichtigt werden, was Menschen brauchen, um am kulturellen und politischen Leben teilzunehmen.

Die veränderte Arbeitswelt von heute erfordert eine zunehmende Bereitschaft zu Flexibilität und Mobilität – dieses aber kann von den Menschen nur erwartet werden, wenn sie gleichzeitig vor Armut geschützt und sozial abgesichert sind. Die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung stellt sicher, dass Menschen unbürokratisch Hilfe bei Armut, bei Arbeitslosigkeit, in anderen Notlagen oder beim Wechsel zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen und Weiterbildung bekommen können.

Die Grundsicherung fasst Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammen. Dabei wollen wir keine Umwandlung von Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe, sondern ein neues Leistungssystem. ArbeitslosenhilfebezieherInnen sollen nicht schlechter gestellt werden als bisher. Die Bezugsbedingungen der Grundsicherung sollen denen der Arbeitslosenhilfe angeglichen werden. Angesparte finanzielle Reserven zur Alterssicherung und privat genutztes Wohneigentum dürfen nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden.

Die Grundsicherung wird weitgehend pauschaliert gezahlt. Dies ist ein Beitrag zu mehr Rechtssicherheit und Transparenz. Bürgerinnen und Bürger können sich schnell und unkompliziert über ihre Ansprüche informieren, sie können und müssen eigenverantwortlich über ihre Ausgaben entscheiden. Die Ämter werden von bürokratischen Aufgaben entlastet. Damit können sie sich auf die Beratung der Bürgerinnen und Bürger konzentrieren und zu gleichberechtigten Partnern in einem lokalen Verbund von Netzwerken und Dienstleistungsunternehmen entwickeln. Regionale Unterschiede im allgemeinen Lebensbedarf, wie z.B. Wohnkosten, werden dabei berücksichtigt. Die Grundsicherung ist steuerfinanziert und wird die Kommunen finanziell entlasten.

Alle Berechtigten erhalten sozialen Schutz ohne Diskriminierung. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt wird verbessert. Alle Arbeitssuchenden werden berechtigt, an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilzunehmen. Für sie werden individuelle Eingliederungspläne erstellt – dabei ist sicherzustellen, dass Hilfestellung bei der Vermittlung geeigneter Tätigkeiten geleistet wird.

Eine Aktivierung der HilfebezieherInnen mit nachhaltiger Wirkung kann nur durch qualifizierte und individuelle Angebote geschaffen werden, nicht dadurch, dass mit dem Entzug der materiellen Grundlagen gedroht wird. Wer auf Grund von Handicaps oder seines Alters auf Unterstützung angewiesen ist, erhält einen erhöhten Grundsicherungsbeitrag. Eine Grundsicherung für Kinder stellt sicher, dass Eltern und Alleinerziehende mit geringem Verdienst nicht unter die Armutsschwelle geraten. Ihre persönlichen Spielräume – nicht zuletzt am Arbeitsmarkt – werden damit erhöht.

Voraussetzung für eine Politik der Armutsbekämpfung und eine zukunftsfähige soziale und wirtschaftliche Erneuerung ist eine kontinuierliche Sozial-, Armuts- und Reichtumsberichterstattung.

Transparenz statt Korruption

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für nachhaltige Antikorruptionspolitik. Der beste Schutz und die wirkungsvollste Prävention gegen Korruption und Korruptionsgefährdung sind Transparenz, Öffentlichkeit und Beratung in Konfliktfällen. Wir treten ein für Informationsfreiheitsgesetze auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, die den BürgerInnen weitest mögliche Akteneinsicht gewähren. Aufdeckung muss unterstützt werden. Korruption darf keinem gesetzlichen Geheimnisschutz unterliegen, Täterinnen und Täter dürfen nicht straffrei ausgehen. Unternehmen, Parteien und Verwaltung brauchen Antikorruptions-Leitlinien für ihr Han-

deln. Vollzugsdefizite, die bereits zu bisher bestehenden Transparenzregeln existieren, müssen regelmäßig durch die parlamentarischen Gremien untersucht und beseitigt werden.

Die Übertragung von Leistungen der öffentlichen Hand in Gesellschaften (scheinbar) privater Rechtsform hat in der bisherigen Praxis die politische Kontrolle erschwert und damit die Korruptionsgefährdung der Politik erhöht. Desinteresse bei der Wahrnehmung der Gesellschafterrechte haben Klüngel und mangelhafte Kontrolle den Weg bereitet. Wir wollen die demokratische Kontrolle und Transparenz auch auf diese Gesellschaften ausdehnen, deshalb müssen neue gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Die bisherigen Regelungen des Vergaberechtes wollen wir dahingehend überprüfen, inwieweit sie um Regeln zu so genannten Integritätspakten zu ergänzen sind.

Privathaushalte und kleine und mittlere Unternehmen entlasten

Gerechtigkeit und Transparenz stehen für uns im Mittelpunkt der Steuerpolitik. Wir haben mit unseren Steuerreformen die Privathaushalte und den Mittelstand nachhaltig entlastet. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Bis 2005 werden wir den Eingangssteuersatz von 25,9 im Jahr 1998 auf 15 Prozent gesenkt haben. Da die individuelle Leistungsfähigkeit im Steuersystem ihre Berücksichtigung finden muss, halten wir eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes über das beschlossene Recht hinaus nicht für geboten. Wir wollen Steuervergünstigungen weiter abbauen und auf diese Weise das Steuerrecht vereinfachen. Die Vereinfachung des Steuersystems ist Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit. Und wir wollen den Grundfreibetrag zur Steuerfreistellung des Existenzminimums auf 7.664 Euro weiter anheben, auch um Schwarzarbeit zurückzudrängen.

Wir wollen den Familien auch im Steuerrecht Vorrang einräumen. Wir wollen endlich unser Ziel eines für alle einheitlichen Kindergeldes erreichen. Damit können wir verfassungsfest die kindbezogenen Freibeträge überflüssig machen. Damit hätten wir endlich unser Ziel erreicht, dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert sein soll.

Wir wollen die Bekämpfung der Steuerhinterziehung weiter voranbringen. Über die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs hinaus wollen wir die Steuerhinterziehung auch bei Kapitaleinkommen und grenzüberschreitend eindämmen. Ein Schwerpunkt unserer Steuerpolitik wird auf der besseren Durchsetzung des Steuerrechts liegen. Denn Steuerhinterziehung stellt ein gigantisches verkehrtes Umverteilungsprogramm

dar: von Ehrlichen zu Unehrliehen, aber auch von Arm zu Reich. Sie widerspricht damit zutiefst unserem Verständnis von Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit; im betrieblichen Bereich verzerrt sie den Wettbewerb.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit bei der Vermögensbesteuerung. Für eine verfassungskonforme Vermögensteuer müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Daran wollen wir uns beteiligen. Wie dies geschehen kann, muss mit den Ländern ausgestaltet werden.

Die vom Bundesverfassungsgericht beanstandete unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Vermögensarten wollen wir durch eine Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer korrigieren.

Und wir wollen die Ökosteuer zu einer ökologischen Finanzreform weiterentwickeln. Auch in der nächsten Legislaturperiode halten wir an der Aufkommensneutralität der ökologischen Finanzreform fest. Jeder eingenommene Euro fließt durch niedrigere Lohnnebenkosten, den Ausgleich sozialer Härten oder durch die Förderung von umweltbewußten Verhalten wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurück.

Kleine und mittlere Unternehmen fördern – Kultur der Selbständigkeit stärken

Kleine und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe verbinden Kreativität und Vernunft, Eigeninitiative und Verantwortung. Sie schaffen 70 Prozent der Arbeits- und 80 Prozent der Ausbildungsplätze. Wir wollen bürokratische Hemmnisse für den Mittelstand abbauen, für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen und die Kultur der Selbständigkeit stärken.

Im Handwerk darf nicht länger die Meisterprüfung zwingende Voraussetzung für Selbständigkeit und Existenzgründung sein.

Wir wollen die Besteuerung von kleinen und mittleren Unternehmen im Verhältnis zu den Großunternehmen gerecht gestalten. Deshalb wollen wir die Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften künftig wieder so besteuern, dass es gerade den Kommunen zugute kommt.

Dazu gehört die Entbürokratisierung der 325-Euro-Jobs. Die bestehende Regelung belastet kleine und mittlere Unternehmen und verursacht unverhältnismäßig hohe Verwaltungskosten bei den Sozialversicherungen, Krankenkassen und den Finanzämtern. Außerdem halten wir kürzere Genehmigungsverfahren und einheitliche Fristen im Steuersystem für nötig. Dazu gehört eine sozial verantwortliche Reform der Ladenschlusszeiten. Der Sonntag gehört der Erholung und der Freizeit. Der Risikobereitschaft von Existenzgründerinnen und -gründern müs-

sen Angebote für eine zweite Chance im Falle des Scheiterns gegenüberstehen. Die gängige Förderpraxis muss spezieller auf die Nachfrage von Existenzgründerinnen ausgerichtet werden.

Wir wollen den lebenswichtigen Zugang mittelständischer Unternehmen zu Krediten und Beteiligungskapital verbessern. Dazu werden wir neue Instrumente bei den Förderbanken des Bundes entwickeln, damit es für die Banken wieder attraktiver wird, Klein- und Kleinstkredite zu vergeben. Einen lebendigen Beteiligungs- und Risikokapitalmarkt wollen wir durch die Schaffung von mehr Transparenz und Vertrauen auf den Kapitalmärkten und durch attraktive steuerliche Rahmenbedingungen gewährleisten.

Wirtschaften in der Wissensgesellschaft

In der Wissensgesellschaft entstehen neue Arbeitsplätze vor allem bei Forschung, Informationsverarbeitung, Kommunikation und wissensbasierten Dienstleistungen. Die menschlichen Fähigkeiten werden zum wichtigsten Produktionsfaktor. Dezentrale und vernetzte Strukturen werden kennzeichnend – auch innerhalb der großen Unternehmen. Das schafft neue Chancen für selbstbestimmtes Arbeiten und mehr Beschäftigung – aber auch Risiken und höheren Druck für die Menschen. Wir wollen deshalb verstärkt in Forschung und Bildung investieren und die sozialen Sicherungssysteme den neuen Bedingungen anpassen. Die Kategorie des „geistigen Eigentums“ muss in der Informationsgesellschaft neu gefasst werden. Die Potenziale der freien Software wollen wir fördern. Niedrige Zugangspreise zum Internet wollen wir durch Wettbewerb bei der Telekommunikation und die Stärkung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation gewährleisten.

Mitarbeiterbeteiligung stärken

Um den Besitz an Produktivvermögen in Deutschland gerechter zu gestalten, wollen wir die Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenskapital stärker fördern.

Fairen Wettbewerbsrahmen schaffen

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN haben die Umwandlung ehemaliger Monopolmärkte wie zum Beispiel Telekommunikation, Strom und Gas, Post und öffentlicher Personenverkehr immer aktiv unterstützt. Wettbewerb ist innovativer und effizienter als Monopole und nützt damit dem Verbraucher. Doch um eine hohe Wettbewerbsintensität zu ermöglichen, muss der Staat für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Neue und

kleine Akteure brauchen den diskriminierungsfreien Zugang, damit sie eine Chance haben.

Da die früheren staatlichen Monopolunternehmen auf den Märkten zumeist noch marktbeherrschende Stellungen haben, wollen wir effiziente Wettbewerbsbehörden mit der Fähigkeit schaffen, den Unternehmen unmittelbar geltende Auflagen zu erteilen. Bei Bahn und Energieversorgung wollen wir Netzbetrieb und Dienstleistungsangebot unternehmerisch entflechten. Wir wollen den Wettbewerb nutzen, um die am wenigsten umweltbelastende und sozial sinnvollste Lösung durchzusetzen. Doch Wettbewerb darf nicht zum Abbau von sozialen und ökologischen Standards führen. Deshalb müssen auf europäischer und nationaler Ebene die Hindernisse für die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Standards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen beseitigt werden.

Im Zuge von Globalisierung und Liberalisierung hat die Zahl der Fusionen in den letzten Jahren stark zugenommen. Dieser Konzentrationsprozess droht den Wettbewerb abzuwürgen. Den sich global zusammenschließenden Konzernen wollen wir global zusammenarbeitende Wettbewerbsbehörden als wirksame Kontrollinstanzen entgegenstellen. Wir unterstützen die EU-Kommission in ihrem Anliegen, die Zusammenarbeit der nationalen Kartellbehörden untereinander zu verbessern. Die in Deutschland mögliche Ministererlaubnis von Fusionen, die durch das Kartellamt nicht genehmigt wurden, soll künftig nur noch mit Zustimmung des Bundestages erteilt werden können.

Lohnnebenkosten senken – Sozialversicherungen weiterentwickeln

Wer neue Investitionen in Arbeitsplätze in Deutschland will, muss dafür sorgen, dass die hohen Lohnnebenkosten sinken. Das ist auch Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit. Wir halten an dem Ziel fest, durch Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme, besonders im Bereich der Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, die Sozialversicherungsbeiträge insgesamt unter 40 Prozent zu senken. Durch die Ökosteuer haben wir die Lohnnebenkosten bei der Rentenversicherung bereits um 1,5 Prozentpunkte reduziert.

Wir wollen die Sozialversicherungen zu Bürgerversicherungen weiterentwickeln. Das ist ein Schritt zur Beitragsgerechtigkeit und zur Senkung der Lohnnebenkosten. Dazu gehört die Einbeziehung von Selbständigen und Beamten, die Anhebung der Bemessungsgrenzen sowie

die Einbeziehung von Einkünften aus Nichterwerbsarbeit – etwa aus Vermietung, Verpachtung oder Kapitaleinkünften.

Wir wollen eine angemessene steuerliche Gleichbehandlung von Alterseinkünften durchsetzen und dabei gleichzeitig die unterschiedlichen Eigenschaften der verschiedenen Altersversorgungssysteme berücksichtigen. Unser Ziel ist die vollständige Steuerfreistellung der Sozialversicherungsbeiträge in Verbindung mit einer konsequenten nachgelagerten Besteuerung. Für die allermeisten Rentnerinnen und Rentner wird es durch diese vom Bundesverfassungsgericht geforderte Veränderung zu keinen Verschlechterungen kommen.

Solidarische Gesundheitspolitik für die Zukunft

Die vorhandenen Wirtschaftlichkeitsreserven werden wir für die Versorgung der Patientinnen und Patienten nutzbar machen.

Für ein präventiv orientiertes Gesundheitswesen: Umweltbelastungen, gesundheitliche Risiken am Arbeitsplatz sowie durch Freizeitverhalten und Fehlernährung, psychosozialer Stress, soziale Benachteiligungen und Diskriminierungen stellen individuell nur schwer beeinflussbare Krankheitsauslöser dar. Nachhaltige Gesundheitspolitik benötigt daher die Einbettung in eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik.

Das heutige Gesundheitssystem ist einseitig kurativ ausgerichtet. Wir werden Gesundheitsförderung, Prävention sowie Rehabilitation stärken. Die Präventionsleistungen der Krankenkassen und anderer Akteure müssen ausgebaut und verzahnt, betrieblicher Gesundheitsschutz sowie präventiver Arbeitsschutz verbessert werden. Ein Schwerpunkt sollen Vorsorgeprogramme in der frühesten Kindheit sowie Gesundheits-erziehung in Kindergärten und Schulen sein. In der medizinischen Forschung sollen neue Prioritäten im Sinne der Prävention gesetzt werden. Wir wollen, dass Menschen mit schadstoffbedingten Krankheiten bessere Rahmenbedingungen im beruflichen und privaten Umfeld bekommen. Die Therapie umwelt- und schadstoffbedingter Krankheiten muss einen adäquaten Platz in der medizinischen Versorgung bekommen.

Für ein solidarisches Gesundheitswesen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Weg in die Zweiklassenmedizin ab. Ein zukunftsorientiertes Gesundheitswesen garantiert eine hochstehende medizinische und gesundheitliche Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Einkommen, sozialer Stellung und Wohnort. Der Zugang zu gesundheitsrelevanten Leistungen nach dem heutigen Sachleistungsprinzip muss allen in Deutschland lebenden Menschen offen stehen. Mit den Grünen ist eine Aufteilung in Grund- und Zusatzleistungen nicht zu ma-

chen. Wir wollen bestehende Versorgungsstrukturen weiterentwickeln, Versorgungslücken schließen und die Selbstverwaltung reorganisieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die finanziell Leistungsstarken an der solidarischen Krankenversicherung beteiligen. Mit der demografischen Entwicklung verändert sich auch die Einkommenssituation der Menschen. Einkommen aus Erwerbsarbeit werden an Bedeutung verlieren. Mit Beginn der kommenden Wahlperiode werden Möglichkeiten der Einbeziehung anderer Einkommensarten wie Zinsen, Mieten und Spekulationsgewinne sowie die Auswirkung auf die Beitragssätze untersucht und Möglichkeiten der sukzessiven Umsetzung entwickelt. Der Kreis der Versicherten muss verbreitert werden. Die solidarische Krankenversicherung soll mittelfristig zu einer echten beitragsgerechten Bürger- und Bürgerinnenversicherung werden, in der alle versichert sind. Vorrangig gesellschaftliche Aufgaben, die bisher von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) getragen wurden, sind über eine Steuerfinanzierung zu sichern.

Für ein an den Patientinnen und Patienten orientiertes Gesundheitswesen: Grüne setzen sich für mündige Patientinnen und Patienten ein. Wir werden vorhandene Ansätze der Selbstorganisation und Selbsthilfe stärken. Die Rechte der Patienten und Patientinnen sollen weiterentwickelt und in einem Schutzgesetz zusammengefasst werden. Bei Bedarf muss durch unabhängige institutionalisierte Beratung die Inanspruchnahme geltenden Rechts erleichtert werden. Eine Stiftung Gesundheitstest kann – analog zur Stiftung Warentest – das Angebot auf dem Gesundheitsmarkt transparent und vergleichbar machen. Die erbrachten Leistungen und deren Bezahlung müssen transparent, der Leistung entsprechend und für die Patientinnen und Patienten nachvollziehbar sein. Ein Institut für Qualitätssicherung im Gesundheitswesen soll die Aktivitäten des Qualitätsmanagements aller Leistungsanbieter und -anbieterinnen auf gesetzlicher Grundlage koordinieren. Gläserne Patientinnen und Patienten lehnen wir ab.

Die integrierte Versorgung ist für uns die Regel: Wir wollen an den Patientinnen und Patienten orientierte, integrierte, kooperative und berufsübergreifende Angebote erreichen. Dabei sollen qualifizierte Hausärzte und -ärztinnen eine zentrale Rolle spielen. Die Angebote sind stärker an zielgruppenspezifischen Bedarfen auszurichten. Wohnortnahe stationäre wie ambulante Versorgung muss sichergestellt werden. Zudem werden wir Gesundheitszentren (nach World Health Organization WHO) und ambulante regionale Versorgung im Sinne von Polikliniken fördern. Eine umfassende gemeindepsychiatrische Versorgung im

Sinne der Psychiatrie-Enquete ist umzusetzen. Wir wollen die sprechende Medizin wesentlich stärken. Kern der gesundheitlichen Versorgung ist der persönliche Umgang „von Mensch zu Mensch“. Die nichtärztlichen Gesundheitsberufe müssen durch stärkere inhaltliche wie finanzielle Autonomie aufgewertet werden. Dazu gehört die volle rechtliche Absicherung der außerklinischen Geburtshilfe. Wir setzen uns dafür ein, dass auch sinnvolle Leistungen der besonderen Therapierichtungen solidarisch finanziert werden. Wir streben die Übernahme europäischer Richtlinien für psychotherapeutische Verfahren an. Der Arzneimittelmarkt muss energischer von Mitteln mit fragwürdiger Wirkung gereinigt werden. Die Positivliste ist endlich in Kraft zu setzen. Wir wollen die Medikamentensicherheit für Kinder und Jugendliche verbessern.

Behindertenrecht weiterentwickeln

Die mit dem neuen Rehabilitationsrecht begonnene Reform des Behindertenrechts muss fortgesetzt werden. Ziel ist die Verankerung eines Rechts auf persönliche Assistenz und ein Leistungsgesetz für behinderte Menschen, durch das die Eingliederungshilfe aus den Beschränkungen der Sozialhilfe herausgelöst wird.

Selbstbestimmung und Grundrechte in der Pflege sichern

Bedingungen für eine menschenwürdige Pflege sind Sicherung der Selbstbestimmung und Grundrechte sowie das Primat der Rehabilitation im Sinne der Förderung der vorhandenen individuellen Ressourcen. Wir müssen der Gewalt gegenüber pflegebedürftigen Menschen und der Verletzung von Menschenrechten in der Pflege entgegenwirken. Nötig ist es auch, die Angebote in der Versorgung auf die individuelle Bedürfnislage pflegebedürftiger Menschen zu orientieren. Darüber hinaus müssen wir die Arbeitsbedingungen in der professionellen, ehrenamtlichen sowie familiären Pflege entscheidend verbessern und den vorhandenen Pflege- und Personalnotstand beseitigen. Es geht darum, ein gemeinsames integriertes Berufsbild Pflege mit einer entsprechenden Pflegeausbildung zu schaffen. Wir wollen ein bundeseinheitliches Personalbemessungssystem für die stationäre Pflege entwickeln, das sich an den gesellschaftlich erwarteten Qualitätsanforderungen orientiert. Die Finanzierungsgrundlage für die Pflege, insbesondere der Pflegeversicherung, muss deutlich erweitert, und Probleme aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeit für Pflege- und ergänzende Hilfeangebote müssen beseitigt werden. Hierzu gehört auch eine bessere Absicherung der häuslichen Krankenpflege nach § 37 des 5. Sozialgesetzbuches. Der Leis-

tungskatalog der Pflegeversicherung ist unter der Voraussetzung eines ganzheitlichen Pflegebegriffes zu verbessern. Hierzu gehört auch, dem pflegerischen Mehrbedarf demenziell erkrankter Menschen Rechnung zu tragen. Behandlungspflegerische Leistungen gehören grundsätzlich in die Leistungspflicht der Krankenkassen. Die Aufrechterhaltung der Fachkraftquote sichert die Qualität der Pflegeversorgung auch in Zukunft; Tarifabschlüsse müssen in den Vergütungsverhandlungen unumstößlicher Bestandteil bleiben. Wir setzen uns für die Einrichtung einer „Enquete der Heime“ ein. Ziel ist es, das Heimsystem auf den Prüfstand zu stellen und individuelle personenzentrierte Angebotsformen in der Versorgung weiterzuentwickeln.

Haushalt konsolidieren und in die Zukunft investieren

Wir stehen für Generationengerechtigkeit. Deshalb lehnen wir Blankoschecks auf die Zukunft ab und beenden den Schuldenwahn. Ausgaben und Einnahmen müssen auf allen staatlichen Ebenen ins Gleichgewicht gebracht werden. Haushaltskonsolidierung ist die Basis für eine dauerhafte Geldwertstabilität, für niedriges Zinsniveau und für günstige gesamtwirtschaftliche Bedingungen. Nur über einen entschiedenen Kurs der Haushaltskonsolidierung bekommen wir Luft für Zukunftsinvestitionen wie Ökologie, Bildung oder Kinderbetreuung. Generationengerechtigkeit und nachhaltige Wirtschaftspolitik bedeuten für uns, der nächsten Generation weder einen Schuldenberg noch baufällige Schulen und unzureichende soziale Infrastruktur zu hinterlassen.

Die Kommunen stärken

Wir wollen die Zukunftsfähigkeit unserer Städte sichern und die Entwicklung der Kommunen nachhaltig gestalten. Die Kommunen sind die Gemeinwesen, in denen Politik konkret gelebt und von den Bürgern mitgestaltet wird. Sie erbringen unverzichtbare Dienstleistungen für die Bürger und stellen die notwendige Infrastruktur zur Verfügung.

Wir wollen die Finanzkraft der Kommunen stärken und auf eine breite und solide Basis stellen, wir wollen das Band zwischen örtlicher Wirtschaft und Gemeinde festigen. Deshalb wollen wir im Konsens aller Beteiligten eine tragfähige Gewerbesteuerreform als wesentliches Element der Gemeindefinanzreform umsetzen. Dabei muss eine ungerechte Ungleichbehandlung zwischen Stadt- und Landbewohnern ausgeschlossen sein. Wir lehnen Entlastungen des Bundes und der Länder auf Kosten der Gemeinden entschieden ab.

Der kommunale Anteil an der Einkommensteuer soll nicht mehr ausschließlich nach dem Wohnortprinzip verteilt werden, sondern zu Teilen auch dem Arbeitsort zugute kommen. Wir wollen die Grundsteuer als wichtige Kommunalsteuer stärker ökologisch ausrichten.

Die Finanzen neu ordnen

Um Spielräume für Reformprojekte – wie die Entlastung der Kommunen, die soziale Grundsicherung oder eine neue Kinderpolitik – zu öffnen, brauchen wir eine Neuordnung der föderalen Finanzverteilung. Wir wollen die Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt überprüfen. Auch darf der Bund den Kommunen im Zuge neuer Aufgaben keine weiteren Kosten aufbürden. Dieses Prinzip muss bei der Reform der Finanzverfassung verankert werden.

Fairer Steuerwettbewerb in Europa und weltweit

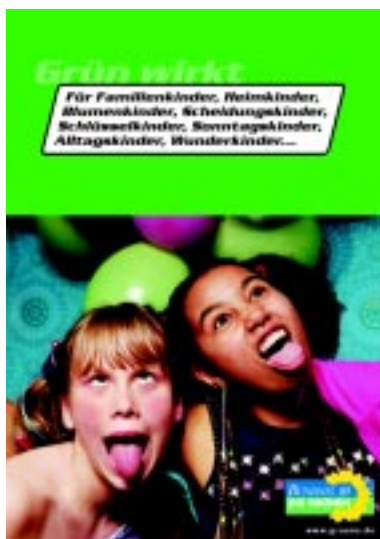
Der EU-Binnenmarkt benötigt faire Wettbewerbsbedingungen und kein Steuerdumping. Bei den direkten Steuern setzen wir uns für die Harmonisierung von Mindeststeuersätzen und eine einheitliche Bemessungsgrundlage der Körperschaftssteuer ein. Die einheitliche steuerliche Erfassung der Zinsen in Europa muss endlich Realität werden. Auch bei den Öko- und Energiesteuern streben wir europäische Regelungen an. Steuerpolitische Fragen dürfen nicht länger durch das Einstimmigkeitsprinzip blockiert werden.

Steueroasen wollen wir austrocknen. Wir streben auf internationaler Ebene an, die Steuerpolitik zu harmonisieren und die Möglichkeiten zu Steuerhinterziehung und zum Wettlauf um Steuersenkungen zwischen den Ländern einzuschränken.

Was in Deutschland an ökologisch-sozialer Modernisierung erfolgreich ist, soll auch internationales deutsches Regierungshandeln leiten. Wir wollen Erneuerbare Energien und den Mittelstand stärker fördern und bei Entscheidungen über Exportbürgschaften und Garantien mehr Transparenz durch frühzeitige Information von Parlament und Öffentlichkeit herstellen. Die Weltbankstandards müssen bei Bürgschaftsentscheidungen eingehalten werden, und es muss eine verbindliche Prüfung von Menschenrechtsverletzungen und Verschuldungswirkung erfolgen. Dies muss auch für die gesamte Kreditvergabe im Ausland der staatlichen Landesbanken und der Kreditanstalt für Wiederaufbau gelten. International setzen wir uns für die Vereinheitlichung dieser Kriterien innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein.

2.2. Kinderfreundliches Land

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, die Lebensbedingungen von Kindern und ihren Eltern zu verbessern. Eine verantwortliche Politik für Kinder verlangt von uns, heute schon an morgen zu denken. Politik für Kinder ist eine Aufgabe, die nur im Zusammenspiel aller Politikbereiche gelingen kann. Kinderpolitik ist Querschnittsaufgabe. Wir stehen für Generationengerechtigkeit und ein kinderfreundliches Land. Wir wollen die aktive Reformpolitik zugunsten von Kindern und ihren Eltern fortsetzen und ihr neuen Schub geben.



Kinder haben Rechte

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen Kinder als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft an Entscheidungen, die sie betreffen, in altersgerechter Form beteiligt werden. Wo das ausnahmsweise nicht möglich ist, müssen ihre Belange berücksichtigt werden. Behinderte Kinder haben das Recht auf Integration. Alle Kinder profitieren vom Aufwachsen in Vielfalt und Verschiedenheit. Wir werden keine Form von Diskriminierung zulassen, weder im Bildungswesen noch im gesellschaftlichen Miteinander. Das betrifft insbesondere das Recht des Kindes auf Mutter und Vater. Gerade für nichteheliche Kinder und Kinder nach Trennung und Scheidung müssen Konzepte entwickelt werden, die den kontinuierlichen Umgang mit dem getrennt lebenden Elternteil gewährleisten. Kinder haben das Recht, heute und morgen in einer intakten Umwelt aufwachsen zu können. Dazu gehören der Klimaschutz ebenso wie die Orientierung von Schadstoffgrenzwerten an den Belangen von Kindern, die Ursachenforschung über Erkrankungen von Kindern durch Umweltgifte ebenso wie Spielstraßen und Tempo 30 in Wohngebieten. Wir wollen ein Land, in dem Kinder

Freiräume zum Spielen, Lärmen und Toben haben, ohne dass die Eltern Klagen wegen Lärmbelästigung fürchten müssen.

Vor allem aber haben Kinder ein Recht auf eine Kindheit und Jugend ohne Gewalt. Wir wollen deshalb das Recht auf gewaltfreie Erziehung konsequent weiterentwickeln und den Schutz der Kinder vor Einflussquellen von Gewalt wie etwa Kriegsspielzeug oder Gewaltdarstellungen im TV-Vorabend- und frühen Abendprogramm deutlich verbessern.

Pluralität der Lebensentwürfe: Auf die Kinder kommt es an

Frauen und Männer entscheiden frei, ob sie allein oder in Partnerschaft, ob sie mit oder ohne Kinder leben wollen. Uns geht es nicht um den Vorrang eines Lebensentwurfs vor anderen. Sowenig der Staat in diesem Bereich Vorgaben zur individuellen Lebensentscheidung machen darf, sowenig darf die Entscheidung für das Leben mit Kindern mit Nachteilen verbunden sein oder zum Armutsrisiko werden. Unsere Politik gilt allen Kindern, ganz egal in welchen Lebensgemeinschaften sie aufwachsen. Gerade die Alleinerziehenden und ihre Kinder brauchen mehr Unterstützung durch Staat und Gesellschaft. Wir wollen Eltern durch an ihren Bedürfnissen orientierte Angebote beispielsweise zur Gesundheitsförderung oder zum Konfliktmanagement unterstützen.

Vereinbarkeit von Kindern und Beruf verbessern – Kinderbetreuung flächendeckend ausbauen

Das regionale Versorgungsgefälle bei der Kinderbetreuung in Deutschland ist nicht länger hinnehmbar. Trotz regionaler Unterschiede vor allem zwischen West- und Ostdeutschland bleibt insgesamt viel zu tun. Dabei können auch die alten Länder aus den Erfahrungen der neuen Länder hinsichtlich der flächendeckenden Versorgungsstruktur im Kinderbetreuungsbereich viel lernen. Der Wunsch der Eltern nach Betreuungsangeboten für ihre Kinder fängt nicht erst mit drei Jahren an und hört nicht mit sechs Jahren plötzlich wieder auf. Gerade die ersten Jahre nach der Geburt entscheiden oft über die weiteren Berufsperspektiven vor allem von Frauen. Wir wollen, dass die Erziehungszeiten besser zwischen den Eltern aufgeteilt werden können. Als ein Instrument wollen wir in der nächsten Legislaturperiode das schwedische Modell prüfen, Lohnersatzleistungen an Eltern zu zahlen und an die Aufteilung der Erziehungszeit zwischen Frauen und Männern zu binden. Wir werden innerhalb der nächsten sechs Jahre den bedarfsgerechten Ausbau des Kinderbetreuungsangebots für alle Kinder von 0-14 Jahren durchsetzen.

Als Schritt dorthin wollen wir in der nächsten Legislaturperiode einen spürbaren Ausbau zwischen 0 und 3 Jahren, das verlässliche Angebot eines Mittagessens in Kindergärten und Kindertagesstätten und die flächendeckende Einführung von Ganztagsangeboten an Schulen. Wir wollen das Recht der Eltern stärken, sich frei zu entscheiden, ob sie ihr Kind in einem staatlichen oder freien Angebot, einer kirchlichen Einrichtung oder einer Elterinitiative betreuen lassen oder es selbst betreuen. Auch die individuelle Betreuung der Kinder insbesondere unter 3 Jahren durch Tagesmütter ist als ergänzendes Angebot ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir setzen uns ein für eine Mindestqualifikation von Tagesmüttern und für die Aufnahme von Tagesmüttern in das öffentliche Erziehungs- und Betreuungssystem.

Wir wollen erreichen, dass der Besuch von Kindertagesstätten kostenfrei ist. Wegen der Bedeutung der vorschulischen Bildung wollen wir als ersten Schritt den Besuch von Kindergärten und Kindertagesstätten ab dem 5. Lebensjahr in einer Kernzeit von fünf bis sechs Stunden beitragsfrei stellen. Wir streben an, dass der besondere Bedarf von Alleinerziehenden verfassungskonform im Steuerrecht berücksichtigt wird. Wir wollen außerdem die steuerliche Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten ab dem ersten Euro.

Eine bessere Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die von uns vorgeschlagenen Verbesserungen werden fünf Milliarden Euro pro Jahr kosten. Wir sind der Ansicht, so viel müssen uns unsere Kinder und die Lebenssituation der Eltern wert sein. Die von uns angestrebten Veränderungen dürfen nicht zu Lasten der Länder und Kommunen finanziert werden.

Kinderbetreuung aufwerten, Bildungsauftrag ernst nehmen

Die Aufgaben der Erzieherinnen und Erzieher in unserem Land gehen längst weit über Betreuung hinaus. Kindergärten und Kindertagesstätten haben mittlerweile ein doppeltes Mandat – sie sind Bildungs- und Entwicklungsstätte für Kinder und Dienstleister für Eltern. Gerade wegen der wachsenden Bedeutung der vorschulischen Bildung wollen wir den Erzieherberuf aufwerten. Wir streben deshalb an, dass Erzieherinnen und Erzieher künftig auch an Fachhochschulen ausgebildet werden. Für die Erzieherinnen und Erzieher sind die entsprechenden Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten. Die verantwortungsvolle Tätigkeit muss sich auch in einer besseren Bezahlung widerspiegeln.

Schule als Lebensort – Konsequenzen aus der PISA-Studie ziehen

Kinder wollen lernen. Die Freude am Lernen zu erhalten und zu fördern ist für uns Auftrag aller Bildungseinrichtungen. Grund- und weiterführende Schulen bereiten unsere Kinder schlechter als in anderen Ländern auf Leben und Beruf vor. Unsere Schulen brauchen eine neue Lernkultur. Dazu gehört auch eine Reform der Lehrerausbildung. Sie sollen Kindern und Jugendlichen vielfältige Lernerlebnisse, Anregungen und soziale Kontakte ermöglichen. Auf ungleiche Ausgangsbedingungen, wie soziale Herkunft oder Bildungsstand der Eltern, wird bislang zuwenig eingegangen.

Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung bleibt so unverwirklicht. Dies gilt in hohem Maße für Kinder aus Migrantenfamilien und erschwert erheblich deren Integration. Wie der internationale Vergleich zeigt, gelingt die individuelle Förderung sowohl von leistungsschwachen als auch leistungsstarken Schülerinnen und Schülern im gemeinsamen Lernverband besser als durch allzu frühzeitige Trennung der Kinder. Es ist unerlässlich, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Vordergrund der Unterrichtspraxis zu rücken. Dazu gehört selbstverständlich die Integration von Kindern mit Behinderungen. Eine neue Lernkultur kann aber ohne eine Reform der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer nicht wachsen.

Kinderarmut bekämpfen – Kindergrundsicherung schaffen

Kinderarmut ist ein Skandal. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in der nächsten Legislaturperiode die Kinderarmut in der Bundesrepublik bekämpfen. Dazu werden wir diejenigen unterstützen, die am stärksten benachteiligt sind: die Kinder aus einkommensschwachen Familien. Unser Modell einer Kindergrundsicherung bewirkt einen Zuschlag zum Kindergeld für diese Familien und stockt das Kindergeld um bis zu 100 Euro auf. Durch unsere Vorschläge zur Anrechnung von Transfereinkommen auf Erwerbseinkommen werden Anreize zur Aufnahme von Erwerbsarbeit gestärkt. Über 4 Millionen Kinder würden von der Kindergrundsicherung profitieren. Die Kosten von 2,5 Milliarden Euro wollen wir durch ein konsequentes Abschmelzen des Ehegattensplittings im oberen Einkommensbereich finanzieren.

Leistungen für Kinder bündeln, Kinderkasse einführen

Das Leben mit Kindern wird von einer unübersichtlichen Vielzahl staatlicher Stellen auf unterschiedliche Weise gefördert. Wir wollen diese Leistungen bündeln und in einer Kinderkasse (KiKa) zusammenfassen. Die Kinderkasse soll im Rahmen der Neuordnung des föderalen Finanzausgleichs ohne höhere Belastungen für die Städte und Gemeinden nach dem Subsidiaritätsprinzip auf kommunaler Ebene angesiedelt sein. Eltern müssen so nicht mehr einen zeitraubenden Hürdenlauf absolvieren bevor sie staatliche Unterstützung bekommen.

Unser Land braucht einen Kindergipfel

Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen berühren die Zuständigkeiten der Länder und Kommunen. Dennoch darf sich der Bund nicht aus seiner – auch finanziellen – Verantwortung stellen. Für eine wirkungsvolle Förderung des Lebens mit Kindern bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung aller drei staatlicher Ebenen, von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir brauchen einen Aktionsplan zur Förderung des Lebens mit Kindern. Auf diesen Plan sollen sich Bund, Länder und Kommunen, Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie die in diesem Bereich aktiven gesellschaftlichen Gruppen auf einem Kindergipfel in der nächsten Legislaturperiode unter Federführung der Bundesregierung verständigen. Wenn der Bund neue Aufgaben zum Beispiel bei der Kinderbetreuung festlegt, muss er den Kommunen und Ländern bei der Finanzierung entsprechend helfen.

2.3. Gute Bildung, Verantwortliche Forschung, Lebendige Kultur

Bildung und Forschung sind die entscheidenden Grundlagen für den Zugang zur Wissensgesellschaft und die aktive gesellschaftliche, politische und ökonomische Teilhabe jedes einzelnen Menschen. Im Mittelpunkt steht dabei der Mensch mit seinen individuellen Interessen und Fähigkeiten. Seit 1998 haben wir deshalb nach jahrelangem Bildungsabbau die bildungspolitische Trendwende eingeleitet. Die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung wurden trotz Haushaltskonsolidierung um 15,5 Prozent erhöht. Das neugeregelte BAföG ermöglicht wieder mehr Menschen, ein Studium aufzunehmen. Die Novelle des Hochschulrahmengesetzes schafft durch die Einführung der Juniorprofessur die Voraussetzung für moderne und international anschlussfähige Hoch-

schulen und erleichtert den Quereinstieg zu einer Professur. In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns stärker für die Autonomie der Bildungseinrichtungen bei gleichzeitiger staatlicher Qualitätskontrolle und Ausbau der Beratungsangebote einsetzen.

Eine neue Bildungsreform starten

Wir stehen für Teilhabe an Bildung für alle. Dazu gehört auch, Unterschiede bei den Bildungszugängen von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern zu berücksichtigen. Unser Ziel ist es, die Menschen dabei zu unterstützen, ihre Bildungsziele zu erreichen und so zugleich die Abbruchquote zu senken. Wir wollen die Qualität der Bildung für die Lernenden verbessern und zugleich Zugangshürden abbauen, um so zur Chancengleichheit beizutragen. Als ein Mittel dafür sehen wir den Wettbewerb der Bildungseinrichtungen untereinander. Dieser darf aber kein Wettbewerb sein, der ungleiche Startchancen fortschreibt statt sie auszugleichen. Statt zurück zu frühzeitiger Selektion und zur Abschottung von Bildungszugängen zu gehen, setzen wir auf ein Mehr an individueller Förderung, auf Lehrende, die ihre Stärken zeigen können, und auf eine größere Vielfalt der Bildungseinrichtungen. Dafür brauchen sie mehr inhaltliche, personelle und finanzielle Autonomie, mehr Unterstützung der Lehrenden in Form von Qualifizierung und Weiterbildung sowie verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Autonomie für die Bildungseinrichtungen ist für uns immer auch mit der Forderung nach partizipativer Selbstverwaltung nach innen und Transparenz nach außen verbunden. Zur inneren Selbstverwaltung gehört die Beteiligung von Lehrenden und Lernenden und dort, wo es sinnvoll ist, auch die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure. Transparenz ist eine wichtige Grundlage dafür, dass eine staatliche Qualitätssicherung für Bildung möglich bleibt. Alle Bildungseinrichtungen sollen klar definierten Qualitätsstandards genügen, die für alle transparent ausgewiesen werden, beispielsweise durch ein Qualitätssiegel. Evaluationen von Bildungseinrichtungen sollen zum Standard werden, ohne zum bloßen Vergleich angeblicher Leistungsindikatoren zu verkommen. Erst der Dreiklang aus Autonomie, Partizipation und Transparenz über Struktur und Bildungserfolg der Bildungseinrichtungen schafft die Grundlage dafür, unser Bildungssystem kontinuierlich zu verbessern. Je vielfältiger das Bildungsangebot wird, desto stärker wächst die Nachfrage nach objektiver Beratung. Hier sehen wir eine wichtige staatliche Aufgabe. Bildungsberatung muss dabei aktiv auf die Menschen zugehen und darf sich nicht auf das Bereitstellen von Informationen beschränken.

Die bisherigen Strukturen zur Verbesserung unseres Bildungssystems – besonders die Kultusministerkonferenz – sind ihrer Verantwortung nicht ausreichend gerecht geworden. Föderalismus dient auch dem Wettbewerb um die beste Lösung. Wo er zu einem Schwarzer-Peter-Spiel zwischen den Ländern oder zu Stillstand zu Lasten unserer Kinder führt, ist der Bund in der Pflicht. Wir setzen uns unter Wahrung der Kulturhoheit der Länder für eine stärkere Moderatorenrolle des Bundes in Fragen der vorschulischen und schulischen Bildung ein.

Lebensbegleitendes Lernen

Lernen findet nicht mehr in einem klar abgegrenzten Lebensabschnitt statt, sondern ist ein andauernder Prozess. Die Bedeutung der Weiterbildung in späteren Lebensphasen wächst. Das wirkt sich auf den Aufbau des Bildungssystems aus. Der Zugang zum Bildungssystem muss auf allen Stufen geöffnet und die Übergänge zwischen den Teilbereichen müssen vereinfacht werden. Auch für Weiterbildung und für lebensbegleitendes Lernen gilt, dass wir uns für eine Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel und unabhängig von der sozialen Herkunft einsetzen. Die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Bildungsangeboten oder zwischen Phasen der Erwerbsarbeit und der Weiterbildung zu wechseln, werden wir weiter ausbauen. Lebensbegleitendes Lernen findet nicht nur in Bildungseinrichtungen statt. Dem wachsendem Stellenwert von Distance Learning wollen wir gerecht werden.

Schule und kulturelle Vielfalt

Die Trennung in „Inländer“ und „Ausländer“ ist institutionalisiert in Gesetzen, und sie prägt die Gesellschaft und ihre Einrichtungen. Schulen und Bildungseinrichtungen bilden hier keine Ausnahme – so einer der alarmierenden Befunde der PISA-Studie, die den Zusammenhang zwischen den Bildungschancen und der Herkunft der Jugendlichen noch einmal eindrücklich belegt hat. Jugendliche aus sozial schwachen Verhältnissen schneiden am schlechtesten ab und haben es in der Schule offenbar am schwersten. In ganz besonderem Maße trifft dies auf Jugendliche mit Migrationshintergrund zu. Nach wie vor sind nicht-deutsche Jugendliche an den Hauptschulen überproportional vertreten und an Realschulen sowie Gymnasien stark unterrepräsentiert.

Qualität der Hochschulen verbessern

In der Wissensgesellschaft müssen Hochschulen zu einem zentralen Ort werden. Damit verbunden wachsen die Ansprüche der Gesellschaft an

die Hochschulen. Neben der Erstausbildung werden Hochschulen auch zu Institutionen der Fort- und Weiterbildung der Gesellschaft. Hochschulen und Gesellschaft müssen sich in einem breit angelegten Prozess darüber verständigen, welche Aufgaben den Hochschulen in Zukunft zukommen und wie diese gewährleistet werden können. Wir werden diesen Prozess anstoßen und uns aktiv in ihn einbringen. Ziel muss es sein, zu einer neuen Hochschulreform zu kommen und Hochschulen insbesondere auch für Studierende aus „bildungsfernen Schichten“ attraktiver zu machen. Veränderten Studienwünschen und Lebensbedingungen muss in einer Studienreform dabei ebenso Rechnung getragen werden wie der weiteren Sicherung kreativen und flexiblen wissenschaftlichen Lernens. Bausteine dafür sind die Öffnung des Hochschulzugangs und flexibler zugeschnittene Studienangebote genauso wie eine stärkere Unterstützung von Tutor- und Mentorprogrammen sowie von Projekten des eigenverantwortlichen Lernens und Forschens. Mit der leistungsbezogenen Besoldung für Professorinnen und Professoren belohnen wir nun endlich auch das Engagement in der Lehre finanziell.

Wir setzen uns für die Ausweitung des Angebots von Frauenstudiengängen ein. Außerdem muss die Frauen- und Genderforschung als dauerhafter Bestandteil in Studium und Lehre integriert werden. Feministische Wissenschaftskritik macht die Kategorie Geschlecht zum Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse. Um kreative Forschungsansätze in die Wissenschaft einzubringen, streben wir die Einrichtung einer Frauenhochschule in Deutschland an, die innovativ und international ausgerichtet sein soll. Die Mobilität von Lernenden und Forschenden muss unterstützt werden und darf nicht an bürokratischen oder finanziellen Hürden scheitern. Das Bildungsangebot im Inland muss eine starke internationale Perspektive erhalten, und internationale Studiengänge werden weiter gefördert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Studienort Deutschland für ausländische Studierende, Forscherinnen und Forscher attraktiver wird. Dazu müssen die arbeits- und ausländerrechtlichen Bestimmungen weiter geöffnet sowie im Ausland erworbene Abschlüsse anerkannt werden.

Wissenschaft als Beruf

Wir wollen Menschen, die sich für eine wissenschaftliche Laufbahn entscheiden, besser fördern. Auch deswegen dürfen Hochschulen nicht darauf verzichten, schon im Studium Möglichkeiten des eigenständigen wissenschaftlichen Arbeitens zu eröffnen und bisherige Freiräume im

Studium auszubauen. Besonders wichtig ist uns die bessere Unterstützung von Doktorandinnen und Doktoranden. Ein eigener Wissenschafts-tarifvertrag – der auch studentische Hilfskräfte umfassen sollte – könnte den spezifischen Anforderungen von Hochschul- und Forschungseinrichtungen besser Rechnung tragen. Starre Regulierungen lehnen wir ab. Die Auswirkungen der in der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes geschaffenen neuen Karrierewege wie der Juniorprofessur wollen wir evaluieren und weiter verbessern. Die Förderung des zukünftigen wissenschaftlichen Nachwuchses darf nicht zu Lasten des gegenwärtigen Nachwuchses gehen.

Beim Anteil weiblicher Hochschullehrkräfte bildet Deutschland das Schlusslicht. Wir wollen, dass sich mehr Frauen für eine wissenschaftliche Laufbahn entscheiden. Deshalb wollen wir familienfreundliche Hochschulen. Studieren und wissenschaftliche Forschung mit einem Leben mit Kindern zu verbinden, soll nicht mehr durch unzureichende Betreuungsmöglichkeiten behindert werden. Der anstehende Generationswechsel an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss zu einer deutlichen Steigerung des Frauenanteils in wissenschaftlichen Führungspositionen genutzt werden.

Demokratie und Engagement fördern

Wir wollen Hochschulen als Stätten lebendiger Diskussion und des engagierten Austausches mit der Gesellschaft, nicht als reine Lern- und Forschungsfabriken. Deshalb befürworten wir Initiativen zur verstärkten Öffnung der Hochschulen für ihr Umfeld.

Die Verfasste Studierendenschaft als Weg zur Artikulation und Einbringung der studentischen Interessen innerhalb der Hochschule halten wir für wichtig.

Mehr Geld für Bildung und Forschung

Wir werden die Mittel für Bildung und Forschung weiter erhöhen. Wir wollen dabei die Rechte der Bildungsteilnehmer stärken. Die eingesetzten Mittel sollen stärker den Menschen und ihren Entscheidungen für das jeweilige Bildungsangebot folgen. Wir wollen nicht, dass durch Studiengebühren eine soziale Selektionswirkung stattfindet. Dies lehnen wir ab. Insbesondere das Studium bis zum ersten Abschluss muss gebührenfrei bleiben. Ebenso halten wir weiter an einer grundlegenden Reform des BAföG fest. Eine zeitgemäße Studienfinanzierung muss noch stärker elternunabhängige Anteile enthalten, muss die heutige Lebensrealität der Studierenden berücksichtigen und breite Bevölkerungs-

schichten erreichen. Die Förderungen von Bildungs- und Forschungseinrichtungen wollen wir stärker mit Zielvereinbarungen verknüpfen.

Aktive Forschungspolitik für Mensch und Umwelt

Die Forschung legt wichtige Grundlagen für die Welt von morgen und ist ein unverzichtbarer Baustein für eine nachhaltige Politik. Neben der anwendungsorientierten Forschung hat auch die Grundlagenforschung an den Hochschulen für uns einen hohen Stellenwert. Unsere Forschungspolitik will die Chancen neuer Technologie nutzen, thematisiert aber auch ihre Risiken. Nicht alles, was technisch machbar ist, darf auch gemacht werden. Eine mündige Bürgergesellschaft muss bewusst entscheiden, welche Technologien sie nutzen und welche Risiken sie dafür in Kauf nehmen will. Daher werden wir uns für eine weitere Stärkung der Technikfolgenabschätzung einsetzen. Technikfolgenabschätzung muss sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Kriterien gegeneinander abwägt. Ohne die Verbindung mit den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften laufen die Ingenieur- und Naturwissenschaften Gefahr, an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt vorbei zu forschen. Für die praxisorientierte interdisziplinäre Forschung, in der Human- und Natur-/ Technikwissenschaften kooperieren, soll eine eigenständige Förderstruktur aufgebaut werden. Feministische Wissenschaftskritik macht die Kategorie Geschlecht zum Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse. Deshalb wollen wir die dauerhafte Verankerung von Frauenstudien und Frauenforschung in den Hochschulen und der Wissenschaft.

Bei der Medizinforschung muss die Vielfalt therapeutischer Ansätze gesichert werden. Gentechnische Ansätze sind hierbei eine von mehreren Möglichkeiten. Wir wollen mehr Geld in Forschung für den Umgang mit Krankheit, besonders chronischen Erkrankungen sowie für die Gesundheitsvorsorgeforschung bereitstellen.

Wegen der möglichen weitreichenden Auswirkungen von Gentechnik bzw. der modernen Biomedizin müssen Grenzen gesetzt werden. Fremdnützige Forschung an Nichteinwilligungsfähigen lehnen wir genauso ab wie verbrauchende Embryonenforschung, das Klonen von Menschen einschließlich des therapeutischen Klonens sowie verpflichtende Gentests, weil sie die Menschenwürde bedrohen.

Trotz deutlicher Verbesserungen seit 1998 gibt es im Bereich der Umwelt-, Frauen- und Friedensforschung weiter Nachholbedarf. Angesichts ungelöster Umweltprobleme, der noch unverwirklichten Gleichberech-

tigung zwischen Mann und Frau und der neuen friedenspolitischen Herausforderungen wollen wir hier Schwerpunkte setzen. Die Notwendigkeit einer weiteren thematischen Umorientierung auf Nachhaltigkeit gilt insbesondere auch für die Großforschungseinrichtungen, deren bisherige Ausrichtung auf die Nuklear- oder Fusionsforschung beendet werden muss. Weitere forschungspolitische Prioritäten sehen wir bei neuen Werkstoffen, der Nanotechnologie, Erneuerbaren Energien und Energieeinsparung, ökologischer Landwirtschaft, nutzerorientierten Informations- und Kommunikationstechnologien, bei Innovationen für die Dienstleistungsgesellschaft sowie der Forschung zum Thema „Leben im Alter“.

Kultur ist Lebenselixier der Gesellschaft

Künstlerische Äußerungen sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverzichtbares Fundament des gesellschaftlichen Lebens. Bildende Kunst, Theater, Film, Musik, Tanz und Literatur beleben Ausdruck und Kommunikation einer offenen Gesellschaft. Wir setzen uns deshalb weiter dafür ein, dass Künstlerinnen und Künstler in Deutschland gute Rahmenbedingungen vorfinden, der künstlerische Nachwuchs gefördert und steuerliche und rechtliche Bestimmungen verbessert werden.

Wir stehen dafür, Freiräume für Kunst und Kreativität zu sichern und zu fördern. Kultur und Kunst gehen von den Menschen aus, nicht vom Staat. Wir wollen allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen. Privates Engagement wollen wir dabei besonders unterstützen. Demokratische Kulturpolitik basiert auf der Gleichberechtigung vielfältiger kultureller Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Deutschland sowie der Gleichwertigkeit traditioneller, „klassischer“ Kulturinstitutionen und innovativer Kunstformen, gerade auch der künstlerischen Avantgarde und freien soziokulturellen Projekten. Der Staat hat die Aufgabe, kulturellen und künstlerischen Anliegen in der Gesellschaft Raum zu geben und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich Kunst und Kultur frei entfalten können. Dazu gehört insbesondere die Verantwortung für die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen. Auch die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft verdient besondere Aufmerksamkeit von Staat und Bürgergesellschaft. Wir befürworten zudem die Einführung des freiwilligen Jahres im Denkmalschutz und des freiwilligen kulturellen Jahres.

Die lebendige und vielfältige Kulturlandschaft ist ein eindrucksvoller Beleg für den Erfolg des deutschen Kulturföderalismus. Um ihrer gewachsenen Bedeutung gerecht zu werden, wollen wir deshalb in aus-

drücklicher Anerkennung der Kulturhoheit der Länder die Kulturpolitik des Bundes aufwerten und Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten eine prägnante und kompetente Wahrnehmung kultureller Aufgaben auf der Bundesebene und setzen sich für die Schaffung eines Bundeskulturministeriums ein. Im Sinne von mehr Transparenz und Effizienz wollen wir die kulturpolitischen Kompetenzen von Bund und Ländern neu bestimmen und die Kooperation zwischen Bund und Ländern und Gemeinden entscheidend verbessern. Wir setzen uns für die Fortführung und den Ausbau bestehender, von Bund und Ländern gemeinschaftlich getragener Stiftungen ein.

Unsere Geschichte ist Ort der Auseinandersetzung und des Lernens. Wir müssen wissen, woher wir kommen, um zu wissen, wohin wir gehen. Wir stehen daher zu unserer Verantwortung für die Folgen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes, die in einer aktiv gestalteten Erinnerungskultur immer wieder neu reflektiert werden müssen. Dies gilt auch für den Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Das kulturelle Erbe in der Vielfalt seiner Mahnmale, Museen, Gedenkstätten, Archive und baulichen Zeugnisse zu erhalten, ist daher ein zentrales Ziel unserer Kulturpolitik.

Vor einer besonderen Aufgabe steht die Kulturpolitik in Ost- und Westdeutschland durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Sie stellt sich den Erfahrungen künstlerischer Förderung und kultureller Arbeit in der DDR und der BRD und besonders der Sicherung der kulturellen Infrastruktur in den ostdeutschen Bundesländern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die aktive Begegnung der Kulturen der Welt verstärken. Daher befürworten wir den offensiven Ausbau von Goethe-Instituten und Inter-Nationes sowie die Intensivierung des internationalen Kulturaustauschs. Wir begreifen kulturelle Verständigung als einen Schlüssel nicht nur für das zusammenwachsende Europa. Für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben auch in Deutschland liegt unser Augenmerk auf dem Dialog der Kulturen und der Förderung von Kunst und Kultur der hier lebenden MigrantInnen.

2.4. Selbstbewusstes Ostdeutschland

Wir wollen in den nächsten vier Jahren das Zusammenwachsen hin zu einem solidarischen Gesamtdeutschland weiter voranbringen. Wir setzen auf ein selbstbewusstes Ostdeutschland. Wir setzen auf gesamtdeutsche Gerechtigkeit – und wollen deshalb den sozialen Abstand zwischen Ost und West weiter verringern. Wir setzen auf mehr Arbeit für

Ostdeutschland – und wollen deshalb die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur verbessern. Wir setzen auf ein demokratisches Ostdeutschland – und wollen deshalb Vertrauen in die Demokratie stärken und bürgerschaftliches Engagement fördern. Wir setzen auf ein nachhaltiges Gesamtdeutschland – und wollen deshalb Wissenschaft und Zukunftstechnologien fördern. Wir setzen auf die Jugend in Ost- und Westdeutschland – und wollen deshalb in Bildung und Ausbildung investieren. Staat und Gesellschaft müssen sich daran messen lassen, dass bis in ihre Führungsebenen hinein Verantwortung von Ost- und Westdeutschen gemeinsam wahrgenommen wird.

Vom Osten lernen

Ostdeutschland hat allen Grund zu Selbstbewusstsein. Die Bürgerbewegung hat 1989 maßgeblich zur friedlichen Revolution beigetragen. Viele Menschen in Ostdeutschland haben nach dem Fall der Mauer und der deutschen Vereinigung ihre Chancen genutzt. Sie haben in den vergangenen 12 Jahren ihre Veränderungsbereitschaft und ihre Offenheit für neue Lösungen unter Beweis gestellt. Durch Eigeninitiative und solidarische Unterstützung ist viel erreicht worden.

Für ein solidarisches Gesamtdeutschland

Mit der Fortführung des Solidarpakts haben wir die finanziellen Grundlagen für den Aufbau Ost bis 2020 geschaffen. Das war die wichtigste Weichenstellung für Ostdeutschland seit langem. Jetzt kommt es darauf an, die Fördermittel verstärkt für die Entwicklung industrieller und wirtschaftlicher Kerne einzusetzen. Denn was gut für den Thüringer Wald ist, muss nicht gut sein für die Mecklenburgische Seenplatte. Wir wollen die Förderung daher stärker auf die unterschiedlichen Regionen ausrichten. Regionale Besonderheiten sind künftig mehr zu beachten. Darüber hinaus wollen wir die Verzahnung von europäischen und deutschen Förderungsinstrumenten verbessern.

Wir fordern – unter Achtung der Tarifautonomie – die Tarifparteien auf, wie in einigen Tarifbereichen bereits geschehen, feste Fahrpläne für die Angleichung der Ost- an die West-Tarife zu vereinbaren.

Arbeitsplätze für Ostdeutschland

Ostdeutschland braucht eine Offensive gegen die Arbeitslosigkeit. Wir wollen die Standortbedingungen in Ostdeutschland verbessern – denn nur dann entstehen neue Arbeitsplätze. Wir müssen die ostdeutsche Infrastruktur stärken. Eine insgesamt attraktivere soziale Infrastruktur

trägt dazu bei, die in den letzten Jahren wieder steigende Abwanderung zu stoppen. Das gilt nicht nur für Verkehrswege und Telekommunikation. Das gilt vor allem für soziale Infrastruktur wie Bildung und Wissenschaft, Kinderbetreuung, Schule, Sport- und Jugendeinrichtungen, Kultur- und Freizeitangebote. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen bleiben jeweils kritisch zu prüfende aber notwendige Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland – vor allem dort, wo die soziale Infrastruktur nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Nur auf Initiative des Staates werden die Arbeitsplätze nicht entstehen. Wir wollen deshalb das ostdeutsche Unternehmertum verstärkt fördern. Wir widmen uns insbesondere dem Problem der noch relativ geringen Eigenkapitaldecke der Unternehmenden in den neuen Bundesländern.

Die ostdeutsche Wohnungswirtschaft stützen

Mit den Sonderabschreibungen der Kohlregierung wurden Wohnungen, Büros und Gewerbeareale am Bedarf vorbei gebaut. Dies und der Bevölkerungsrückgang hat zu mehr als 1 Mio. leer stehenden Wohnungen geführt, die die ostdeutschen Wohnungsunternehmen in hohem Maße wirtschaftlich bedrohen. Mit der Reform des Altschuldenhilfegesetzes und dem Programm „Stadtumbau Ost“ haben wir für die Zeit bis 2009 den Grundstein für eine erfolgreiche Lösung des Leerstandsproblems und zur Aufwertung der Städte gelegt. Wir setzen uns für die weitere Verbesserung des Programms Stadtumbau Ost ein, ebenso wie für weitere Entlastungen der Wohnungswirtschaft bei den Altschulden, für einen Grundsteuererlass bei dauerhaftem Leerstand und für die Befreiung von Grunderwerbssteuern bei leerstandsbedingten Gesellschaftsübernahmen und Verschmelzungen.

Medizinische Versorgung verbessern

Die gesundheitliche Versorgung in den neuen Bundesländern muss dringend verbessert werden. Die Unterfinanzierung der Leistungserbringer trägt dazu bei, dass zunehmend Ärztinnen und Ärzte im ambulanten und ländlichen aber auch im klinischen Bereich fehlen. Modellregionen, die auf den Vorwenderfahrungen der Verzahnung von ambulant und stationär aufbauen, können für die Gesundheitsreform beispielgebend sein.

Die boomende Umweltbranche für Ostdeutschland nutzen

Mit ökologischen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben. Im Bereich der Erneuerbaren Energien wurden in den letzten Jahren Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Hier besteht ein innovativer Markt, der seine Grenzen noch lange nicht erreicht hat. Ostdeutschland kann zum Vorreiter bei ökologischen Zukunftstechnologien und Pioniermärkten werden. Hier wollen wir ganz gezielt investieren, fördern und unterstützen. Wir wollen unter dem Motto „Ideen und Wissen schaffen Arbeitsplätze und Märkte“ mit der Einführung einer Innovationszulage ein neues Instrument der Förderpolitik schaffen. Damit sollen Erfindungen und Innovationen gefördert sowie Anreize für die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten geschaffen werden.

Forschungs- und Bildungsschwerpunkt Ostdeutschland

Wir wollen in ostdeutsche Hochschulen und Forschung investieren – denn innovative Produkte und Dienstleistungen schaffen Arbeit. Wo ein dichtes Netz aus Forschung und Wissenschaft vorhanden ist, lassen sich neue Firmen nieder und schaffen Arbeitsplätze. Wir wollen den Technologietransfer aus den Hochschulen und Forschungsinstituten in die Unternehmen stärken. Innovative Unternehmensgründungen und -erweiterungen wollen wir fördern. So können Regionen entstehen, in denen vernetzt gelernt, geforscht und produziert wird. Die Vernetzung von Innovationszentren ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen. Auch dem Defizit von Forschungszentren der Großunternehmen in Ostdeutschland soll entgegengewirkt werden.

Eine Perspektive für die Jugend

Wir wollen die Perspektiven von Jugendlichen verbessern. Ob Jugendliche nach ihrer oftmals überbetrieblichen Berufsausbildung ihre Heimat in Ostdeutschland verlassen, hängt auch von ihrer Lebensqualität und von ihren Perspektiven ab. Wir wollen die kulturellen Angebote für junge Frauen und Männer stärken und ausbauen, die politische Bildung verbessern sowie die offene Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit fördern. Deshalb planen wir den Wettbewerb „Die Jugend kommt und bleibt“. Hier sollen innovative und kreative Jugendprojekte sowie Beispiele für die Gestaltung des Lebens- und Wohnumfelds junger Menschen ausgezeichnet werden. Das stärkt das Selbstwertgefühl und die Bindung an die eigene Region.

Für Toleranz und demokratisches Miteinander

Wir treten dem Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – in Ost und West – entschlossen entgegen. Das Bestehen „national befreiter Zonen“ werden wir nicht dulden. Gewalt gegen alles „Fremde“ ist ein Anschlag auf Menschenwürde und Demokratie.

Wir engagieren uns entschieden für den Schutz von Minderheiten, für Toleranz und ein demokratisches Miteinander und unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement. Daher werden wir die auf die Stärkung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland zielenden Programme wie CIVITAS verstetigen und noch deutlicher den ostdeutschen Bedingungen entsprechend ausbauen.

Chancen der Osterweiterung

Wir wollen die Vorteile Ostdeutschlands im zusammenwachsenden Europa nutzen: Ostdeutschland entwickelt sich zu einer Verbindungsregion im Zentrum Europas. Wir wollen diese Entwicklung sozial und solidarisch gestalten. Und wir wollen die kulturellen und wirtschaftlichen Chancen, die sich daraus für Ostdeutschland ergeben, ausschöpfen. Insbesondere wollen wir Anreize für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, zusammen mit Partnern in den künftigen neuen EU-Mitgliedsländern gemeinsame Firmen zu gründen.

3. Gesellschaftliche Demokratisierung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei der Freiheits- und der Bürgerrechte. Wir haben seit unserer Gründung viel für die demokratische Öffnung der Gesellschaft, die Rechte von Minderheiten und die Selbstbestimmung der Menschen erreicht. Unsere Wurzeln liegen im Engagement der Demokratie- und Bürgerrechtsbewegungen in Ost und West. Die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler von BÜNDNIS 90 haben wesentlich zur Überwindung der SED-Diktatur und zu einer lebendigen Demokratie in Ostdeutschland beigetragen. Während die anderen Parteien

Modernisierung immer nur ökonomisch buchstabieren, haben wir in den letzten vier Jahren die gesellschaftliche Modernisierung angeschoben: Das neue Staatsbürgerschaftsrecht, die Eingetragene Lebenspartnerschaft oder der verbesserte Schutz vor häuslicher Gewalt sind einige Beispiele.

Selbstbestimmung und Demokratie gehören zu unseren Grundwerten. Gleiche Rechte, die Pluralität der Lebensformen, Minderheitenschutz und Wahrung der Menschenrechte bestimmen unser Handeln.

Es gibt viel zu tun: Wir wollen demokratische Mitwirkungsrechte ausbauen und die Gerechtigkeitslücke zwischen Frauen und Männern schließen. Wir gestalten Einwanderung, schützen das Asylrecht und fördern Integration. Wir erweitern das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und wahren die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit. Jeder Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellen wir uns entgegen.



Am 22. September 2002 entscheiden Sie: Unseren Entwurf einer multikulturellen, weltoffenen, lebendigen Demokratie stellen wir der konservativen Idee einer deutschen Leitkultur und der neoliberalen Wertebeliebigkeit entgegen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für den gesellschaftlichen Aufbruch.

3.1. Lebendige Demokratie

Demokratie lebt von Einmischung und gesellschaftlichem Engagement. Wir wollen ein großes Demokratiepaket für Deutschland, indem wir das Einwanderungsland gestalten, die Bürgerrechte ausbauen, Diskriminierungen beseitigen und die Balance von Freiheit und Sicherheit gewährleisten.

Einwanderungsland Deutschland gestalten

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen Einwanderung aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen. Außerdem bietet Migration die Chance zur Erweiterung und kulturellen Bereicherung unserer Gesellschaft. Die Fehler der alten „Gastarbeiterpolitik“ dürfen nicht wiederholt werden. Wir wollen eine Integrationsoffensive. Dauerhaft hier lebende Ausländerinnen und Ausländer müssen gleichberechtigten Zugang zum gesellschaftlichen und politischen Leben haben. Migrantinnen bedürfen hierzu einer besonderen Förderung.

Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und kostet Geld. Aber jeder Euro ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Sprachkompetenz ist eine Voraussetzung für den Erfolg in Schule und Beruf sowie für soziale Anerkennung. Die Sprachförderangebote des Bundes für Migrantinnen und Migranten sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler müssen vereinheitlicht und weiterentwickelt werden. Ziel muss sein, Angebote für alle Migrantinnen und Migranten sowie für Flüchtlinge zu öffnen und nach unterschiedlichem Bildungsstand zu differenzieren. Interkulturelle Erziehung in Kindergärten und Schulen muss zur Regel werden – und zwar zum Nutzen aller Kinder. Integration erfolgt immer auch über den Arbeitsprozess. Der öffentliche Dienst soll deshalb eine Vorreiterrolle bei der Ausbildung und Einstellung von Einwanderinnen und Einwanderern übernehmen. Die Staatsbürgerschaftsreform wollen wir weiterführen, für die erste Generation der Einwanderer die Möglichkeit des so genannten Doppelpasses einführen und die Einbürgerung von Kindern weiter erleichtern. Arbeitsmigration darf nicht gegen den menschenrechtlich begründeten Flüchtlingsschutz ausgespielt werden.

Das Asylrecht ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Wir sind die Garanten des Asylgrundrechts unserer Verfassung und setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass sowohl die deutsche als auch die europäische Flüchtlingspolitik auf der uneingeschränkten und umfassenden Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention aufbaut. Die Anerkennung von geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung und von Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität ist ein Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir setzen uns für eine durch Toleranz und Menschlichkeit geprägte Altfallregelung für Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt ein. Roma, Sinti und Aschkali sollen von der europäischen Union als europäisches Volk anerkannt werden. Flüchtlingspolitik heißt für uns zum einen, Fluchtursachen zu beseitigen, und zum anderen, Menschen auf der Flucht bei uns menschenrechtlich und rechtsstaatlich gesicherten Schutz zu gewähren. Faire, effektive und zügige Asylverfahren sind im Interesse der Asylsuchenden wie der Behörden. Deshalb wollen wir die Asylanerkennungsverfahren weiter verbessern. Vor der Asylantragstellung müssen umfassende und unabhängige Beratungsmöglichkeiten eingerichtet werden. Das Flughafenverfahren wollen wir abschaffen, die Abschiebehaft so weit wie möglich vermeiden. Auch Flüchtlinge müssen Zugang zu Arbeitsplätzen haben, die ihrer Qualifikation entsprechen. Das Auseinanderklaffen von Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir durch eine soziale Grundsicherung überwinden. Die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Sammelunterkünften und das Sachleistungsprinzip sind auf Dauer menschenunwürdig, deshalb wollen wir sie abschaffen. Die Strafbarkeit der Verletzung der Residenzpflicht soll fallen. Menschen, die in Deutschland aufgewachsen sind, hier ihren Lebensmittelpunkt haben und hier straffällig geworden sind, dürfen nicht abgeschoben werden, weil sie dadurch doppelt bestraft würden. Das wollen wir vermeiden. Illegalisierten Menschen dürfen elementare Rechte wie z. B. die medizinische Versorgung und der Schulbesuch der Kinder nicht länger vorenthalten werden. Den Vorschlag aus der katholischen Kirche, in einem einmaligen Akt Illegale („sans papiers“) zu legalisieren, halten wir für unterstützenswert. Um die Schutzlücke für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge zu schließen, wollen wir, dass die Bundesregierung die Vorbehalte gegen die Kinderkonvention der Vereinten Nationen zurücknimmt.

Bürgerrechte und Demokratie ausbauen

Eine moderne, aktive Bürgergesellschaft muss die Bürgerinnen und Bürger überall in politische Entscheidungen einbeziehen. Wir setzen uns für ein Gesetz ein, das die Parteien verpflichtet, auf ihren Wahllisten deutlich mehr Frauen zu berücksichtigen als das heute der Fall ist. Dies soll bei der staatlichen Parteienfinanzierung Berücksichtigung finden. Durch die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene wollen wir die direkte Beteiligung ausbauen. Grundrechte und Minderheitenschutz müssen durch die Abstimmungsverfahren ausdrücklich gewährleistet sein. Wir wollen eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre durchsetzen; weiter engagieren wir uns für eine Verfassungsänderung, die allen EinwanderInnen mit Niederlassungsrecht das aktive und passive Wahlrecht in den Kommunen gewährt.

Für eine lebendige demokratische Gesellschaft ist unverzichtbar, dass jeder und jede frei demonstrieren und öffentlich protestieren kann. Das Demonstrationsrecht hat seine Grenze, wo Menschen das Existenzrecht oder die Menschenwürde abgesprochen werden. Aber die Einrichtung demonstrationsfreier Zonen lehnen wir weiter ab. Das generelle Vermummungsverbot wollen wir aufheben.

Im Petitionsrecht wollen wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger stärken. Bei Wahlen, Abstimmungen und Petitionen wollen wir Formen der elektronischen Demokratie verstärkt nutzen. Dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem Freiwilligen Ökologischem Jahr (FÖJ) haben wir einen rechtlichen Rahmen gegeben. Wir werden das bürgerschaftliche Engagement weiter fördern und wollen ein „Freiwilligen-Gesetz“ verwirklichen, das freiwillige Tätigkeit von der Erwerbsarbeit abgrenzt und ihr die erforderliche Anerkennung sichert. Wir wollen die kulturellen Angebote für junge Frauen und Männer stärken und ausbauen, die politische Bildung verbessern und die offene Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit sowie die Kinder- und Jugendverbandsarbeit fördern. Wir wollen selbstbestimmte Strukturen in der Gesellschaft, die auch bei Kommunikation, Kunst, Wissenschaft und Jugendkultur nicht aufhören. Wir wollen transparente und kooperierende staatliche Strukturen und die Verwaltung weiter modernisieren. Das Bau- und Planungsrecht muss sich am Allgemeinwohl orientieren und die Rechte der Einzelnen wahren. Die Bevorzugung der Projektträger durch Verkehrswegebeschleunigungs- und Investitionsvorranggesetze ist durch eine Stärkung der Beteiligungsrechte der von der Planung Betroffenen im Planungsver-

fahren und im gerichtlichen Kontrollverfahren auszugleichen. Das Verbandsklagerecht für anerkannte Naturschutzverbände ist ein erster Schritt zur Schaffung demokratischen Planungsrechts.

Bürgerrechte sind das Fundament der Demokratie. Die Rechte der Einzelnen als Personen oder als Teil einer gesellschaftlichen Minderheit müssen gegen unverhältnismäßige Eingriffe staatlicher und privater Stellen verteidigt werden. Wir wollen die Bürgerinnen- und Bürgerrechte auch in Europa stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundrechtecharta endlich rechtsverbindlich und Teil einer europäischen Verfassung wird. Die wachsenden Zuständigkeiten der EU im Bereich der Justiz- und Innenpolitik dürfen nicht dazu führen, dass demokratische und bürgerrechtliche Standards darunter leiden. Daher treten wir für eine umfassende Demokratisierung und insbesondere die Mitentscheidung des europäischen Parlaments ein. Des Weiteren wollen wir mehr parlamentarische und justizielle Kontrolle für Europol. Auch der Bundestag muss mehr Einfluss auf europäische Prozesse erhalten.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein elementares Grundrecht, das mit der rasanten Entwicklung in der Informationsgesellschaft Schritt halten muss. Durch ein Auskunfts- und Widerrufsrecht bei der Erhebung von Daten wollen wir mehr Transparenz schaffen und den Schutz im Internet – etwa bei der Erhebung von Kundendaten – verstärken. Das Recht der Bürgerinnen und Bürger zu erfahren, an wen und für welchen Zweck ihre Daten weitergegeben werden, muss ausgebaut werden. Durch Schaffung einer zentralen Anlaufstelle soll sichergestellt werden, dass jede Person einen vereinfachten Zugang zu allen über sie von staatlichen Stellen gespeicherten und weitergeleiteten Daten erhält. Gegen die zunehmende Überwachung in der Arbeitswelt bedarf es eines Gesetzes zum Schutz der Daten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die Möglichkeiten genetischer Tests stellen auch neue Anforderungen an den Datenschutz. In einem Gentestgesetz müssen die Regeln für die Zulassung von genetischen Tests außerhalb der Identitätsfeststellungen niedergelegt werden. Neben der Festlegung von Standards der Information und des Rechts auf Nichtwissen muss vor allem der Zugriff von Dritten wie ArbeitgeberInnen oder Versicherern auf die Gendaten gesetzlich ausgeschlossen werden.

Datenschutz und Sicherheit im Cyberspace

Wir haben den großen Lauschangriff immer abgelehnt. Deswegen wollen wir die tatsächliche Anwendung zurückdrängen und die Berichtspflichten der Länderbehörden erheblich ausweiten. In Deutschland wer-

den weltweit am meisten Telefone abgehört. Die Telefonüberwachung muss auf ein notwendiges Mindestmaß reduziert werden. Ihre Anordnung muss an höhere gesetzliche Hürden gebunden werden. Wir stehen für eine demokratische Fortentwicklung des Cyberspace. Demokratie und Bürgerrechte dürfen vor dem Cyberspace nicht Halt machen. Wir erkennen die Bedeutung der Informationsfreiheit als zentrale Voraussetzung für eine freie und möglichst gut informierte demokratische Öffentlichkeit an. Für die Leistungsfähigkeit eines demokratischen Verfassungsstaates ist es notwendig, eine möglichst offene Kommunikationsstruktur zu erhalten. Deswegen lehnen wir zentrale Sperrungen von Webseiten ab. Diese sind technisch und demokratisch schwer zu kontrollieren und bergen mehr Gefahrenpotenziale als Nutzen für unsere Demokratie. Wir lassen uns nicht von populistischen Lösungen beeinflussen, die einen vermeintlichen Jugendschutz suggerieren. Stattdessen setzen wir auf Medienkompetenz und Selbstkontrolle. Mögliche Bedrohung ziviler Datennetze durch Hackerangriffe und die Gefahren virtueller Kriegsführung nehmen wir ernst. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine friedliche Nutzung des Cyberspace ein. Ähnlich wie bei atomaren Waffen muss es auch für den Cyberspace ein international abgestimmtes Moratorium bei der Entwicklung von Cyberwaffen und Cyberkriegskonzepten geben. Mittelfristig wollen wir eine internationale Konvention zur friedlichen Nutzung des Cyberspace erreichen. Gegen Hackerangriffe wollen wir keine Überwachung im Cyberspace, sondern mehr IT-Sicherheit. Dazu fordern wir eine Produkthaftung der Hersteller und Vielfalt von Betriebssystemen und Software. Durch Förderung von open-source-Systemen, besonders in der Verwaltung, wollen wir darüber hinaus monopolistische Tendenzen durchbrechen und die Teilhabe aller am Nutzen der neuen Technologien ermöglichen. Deshalb lehnen wir auch Softwarepatente ab, die auf Kosten der großen Mehrheit Marktbarrieren in einer der Schlüsselbranchen des 21. Jahrhunderts schaffen sollen.

Neue Drogenpolitik

Wir wollen weiter den Weg in eine neue Drogenpolitik gehen. Die bisherige Drogenpolitik der generellen Strafverfolgung von Konsumenten und Konsumentinnen ist gescheitert und muss beendet werden. Ein unkontrollierter Schwarzmarkt verschlimmert die Probleme nur. Wer Probleme mit Drogenkonsum hat, braucht Hilfe, nicht Strafe. Deshalb setzen wir auf ein gutes, zielgruppenspezifisches und niedrigschwelliges Hilfesystem, das sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert

und Selbsthilfestrukturen unterstützt. Hier ist auch weiterhin gute und umfassende Aufklärungsarbeit nötig. Hierzu zählen auch Angebote zur chemischen Inhaltsstoffanalyse (Drugchecking) von illegalen Drogen wie Ecstasy-Tabletten, um die Risiken des unkontrollierten Drogenschwarzmarkts einzudämmen. Risikominimierung und bewusster Umgang mit allen Drogen – also auch Alkohol und Tabak – sind dabei maßgebend. Es muss auch Schluss damit sein, dass bereits der bloße Besitz von Cannabis ohne jeglichen Bezug zum Straßenverkehr den Führerschein kosten kann. Wir setzen uns für eine Legalisierung von weichen Drogen wie Haschisch und Marihuana ein. Die Werbung für legale Drogen aller Art ist einzuschränken.

Diskriminierung beseitigen

Niemand darf wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität diskriminiert werden. Deswegen wollen wir ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, mit dessen Hilfe sich die Betroffenen gegen Diskriminierung im Alltag mit zivilrechtlichen Mitteln wehren können. Selbstbestimmte Strukturen auf den Gebieten der Beratung, Kommunikation, Kunst, Wissenschaft und Jugendkultur wollen wir stärken und fördern.

Wir Bündnisgrünen treten für die Glaubens- und Gewissensfreiheit ein. Wir wollen mit den Kirchen einen Dialog über die Stellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei kirchlichen Wohlfahrtseinrichtungen führen. Hier streben wir die Geltung des allgemeinen Arbeits-, Sozial- und Tarifvertrags an.

Wir wollen die rechtliche Stellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften verbessern. Rechte und Pflichten sollen in ein faires Verhältnis kommen.

Nach der erfolgreichen Durchsetzung des Gleichstellungsgesetzes von Menschen mit Behinderung wollen wir das Prinzip der Barrierefreiheit weiter im Alltag verankern. Es bedarf weiterer Reformen, etwa im Recht der Geschäftsfähigkeit oder bei der Telekommunikation. Das Sexualstrafrecht muss Behinderte wirkungsvoll vor sexuellen Übergriffen schützen. Transsexuellen und intersexuellen Menschen muss es ermöglicht werden, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen. Deshalb wollen wir das Transsexuellengesetz reformieren.

Gleiches Recht für Schwule und Lesben

Wir treiben die Gleichstellung von Schwulen und Lesben voran und sind Garant dafür, dass das Erreichte nicht nur verteidigt, sondern aus-

gebaut wird. In einer zweiten Runde wollen wir die Eingetragene Lebenspartnerschaft durch das Ergänzungsgesetz weiter anreichern, z.B. bei der Hinterbliebenenversorgung und im Steuerrecht.

Schon im Interesse des Kindeswohles ist es geboten, die rechtliche und finanzielle Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften mit Kindern zu beenden. Dazu gehört es auch, das Adoptionsrecht für eingetragene Partnerschaften zu öffnen.

Wir setzen uns ein für die historische Aufarbeitung der Homosexuellen-Verfolgung. Als Ausgleich für die entschädigungslose Zerschlagung der schwul-lesbischen Bürgerrechtsbewegung der Weimarer Republik wollen wir eine Bundesstiftung, die international den Einsatz für Menschenrechte von Lesben und Schwulen und die historische Erinnerungsarbeit unterstützen soll. Wir wollen ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen im Zentrum von Berlin.

Rechtsextremismus entschieden bekämpfen



Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden wir konsequent bekämpfen und verfolgen. Dies gilt auch für rechtsextreme Organisationen und Parteien. Auch dabei setzen wir auf den Dreiklang von Prävention, Intervention und Repression. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht und Rassismus und Antisemitismus ächtet. Opferberatungsstellen, das Bündnis für Demokratie und Toleranz und den Aufbau und die Vernetzung von Vereinen für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen

Fremdenfeindlichkeit wollen wir weiter finanziell fördern. Die Erziehung junger Menschen zu Toleranz und Demokratie ist nicht nur Aufgabe der Familie, sondern auch Pflicht des Staates. Deshalb werden wir uns im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes für entsprechende Programme einsetzen. Dazu gehört insbesondere eine verstärkte Berücksichtigung

dieser Zielgruppe bei der Konzeption von Gedenkstätten und Ausstellungen in der Verantwortung des Bundes.

Freiheit und Sicherheit

Die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit, besonders der Schutz vor Gewalt, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaats. Die öffentliche Sicherheit ist Bedingung dafür, dass Menschen sich angstfrei entfalten können. Dies ist entscheidend für die Lebensqualität. Der Erhalt und Ausbau des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland ist Ziel unserer Sicherheits- und Innenpolitik. Um individuelle Freiheitsrechte zu gewährleisten dürfen staatliche Eingriffsbefugnisse nur maßvoll und verhältnismäßig eingesetzt werden. Lebensqualität ist nicht vorstellbar ohne das Gefühl von Sicherheit. Wir brauchen einen Dreiklang aus Prävention, Intervention und Repression. Unsere Kriminalpolitik setzt auf Prävention, rasche Aufklärung, angemessene Strafverfolgung, Opferchutz, Resozialisierung und die Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens. Prävention bedeutet bessere Schulen, bessere Bildung und mehr soziale Sicherheit. Der Kampf gegen die Unwirtlichkeit unserer Städte und eine integrative Kommunalpolitik ist ein wichtiger Beitrag zur Vorbeugung von Alltagskriminalität.

Das Sanktionenrecht wollen wir grundlegend reformieren. Gefängnisse sind teilweise mit Personen belegt, die ihre Geldstrafe nicht bezahlen können. In diesen Fällen und bei kurzen Freiheitsstrafen soll gemeinnützige Arbeit eine Alternative sein. Ein fester Prozentsatz von Geldstrafen soll Einrichtungen der Opferhilfe zugute kommen. Die Ansprüche der Opfer müssen Vorrang haben vor der Vollstreckung von Geldstrafen.

Im Jugendstrafrecht verteidigen wir den Erziehungsgedanken und die Strafmündigkeitsgrenze von 14 Jahren. Den Strafprozess wollen wir ohne eine Einschränkung von Rechtsmitteln reformieren. Wir wollen den Schutz und die Rechte der Opfer im Strafprozess deutlich stärken – minderjährigen Opfern muss grundsätzlich anwaltlicher Beistand garantiert sein.

Der Kauf und das Tragen von Waffen müssen unter wirksame Kontrollen gestellt werden. Die Bekämpfung von wirtschaftlicher und politischer Korruption ist für die Stabilität der Demokratie entscheidend.

Korruption bekämpfen

Politik darf auch in unserem Land nicht käuflich sein. Die Bekämpfung von Korruption ist für die Wiederherstellung von Vertrauen in Politik und

für die Stabilität der Demokratie entscheidend. Schon in den achtziger Jahren haben die Grünen durch zwei erfolgreiche Klagen beim Bundesverfassungsgericht und die Arbeit im Flick-Untersuchungsausschuss maßgeblich dazu beigetragen, die Parteienfinanzierung gerechter und transparenter zu gestalten.

Mit der Beteiligung an der Aufklärung der Spenden- und Korruptionsaffären von CDU/CSU und SPD, dem Untersuchungsausschussgesetz und dem neuen Parteiengesetz haben wir die Arbeit fortgesetzt und eine gute Grundlage dafür geschaffen, dass Verstöße gegen das Gesetz nicht ohne Konsequenz bleiben. Aber die Aufklärung muss weitergehen. Die Finanzen der Parteien müssen transparent sein.

Abgeordnete müssen Gremientätigkeiten für Unternehmen und bezahlte Berater- und Gutachtertätigkeit öffentlich machen. Aber nicht nur gegen Vorteilsnehmer muss hart vorgegangen werden – auch gegen die, die mit Millionen bestechen. Wir wollen das Korruptionsregister wirksam machen. In Korruption verstrickte Unternehmen dürfen keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten. Vergabeverfahren müssen transparent sein. Für Bestechung von Mitgliedern einer Landes- oder der Bundesregierung muss der Generalbundesanwalt zentral zuständig werden.

Gegen die Geldwäsche und illegale Finanzmachenschaften setzen wir auf die Lockerung des Bankgeheimnisses und auf ein europäisches Vorgehen unter Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte, um der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.

Der Internationale Terrorismus stellt den Rechtsstaat und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger vor neue Herausforderungen. Freiheitsrechte und Sicherheitsmaßnahmen dürfen aber nicht in Gegensatz zueinander gebracht werden. Wir werden die Gesetze, die im Rahmen der Sicherheitspakete gegen den Terrorismus verabschiedet wurden, immer wieder daraufhin bewerten, ob sie wirksam sind, verhältnismäßig die Balance von Sicherheit und Freiheit wahren.

Politisches Strafrecht liberalisieren – Geheimdienste reformieren

Nach diesen Grundsätzen werden wir auch die sogenannten Terrorismusgesetze der siebziger und achtziger Jahre wie die der Kontaktsperre, Trennscheibe in Haftanstalten und Einschränkung der Verteidigungsrechte überprüfen und zurückführen.

Dem Prinzip der Befristung und rechtsstaatlichen Qualitätskontrolle, das wir in den Sicherheitspaketen durchgesetzt haben, wollen wir auch künftig Geltung verschaffen.

Geheimdienste sind für eine offene demokratische Gesellschaft immer ein Problem. Die Geschichte der bundesdeutschen Geheimdienste ist auch eine Geschichte von Skandalen. Immer wieder wurden sie auch politisch missbraucht oder gebraucht, von der Klaus-Traube-Affäre über die Ausspähung von Grünen zu Wahlkampfzwecken bis zur Beteiligung an rechtsradikalen Aktionen. Wir wollen die Geheimdienste durch eine unabhängige Geheimdienst-Struktur-Kommission – ihre Kosten und ihre Schaden und Nutzen für die Politik – überprüfen. Aufgaben, Befugnisse und Struktur müssen neu bestimmt und im Hinblick auf die Landeskompetenzen sinnvoll eingegrenzt werden. Wir wollen mindestens Schritt für Schritt den Einsatz von unkontrollierbaren V-Leuten und von Abhörgeräten, also von nachrichtendienstlichen Mitteln, einschränken. Betroffene müssen nach Abschluss der Vorgänge Einsicht in ihre Akten erhalten. Journalisten und Forschung müssen nach einem Zeitablauf Einsicht in die Unterlagen unter Berücksichtigung des Schutzes von Persönlichkeitsrechten erhalten. Die Arbeit der parlamentarischen Kontrollgremien muss offener und demokratischer gestaltet werden. Ein Geheimdienstbeauftragter soll vom Bundestag eingesetzt werden. Durch diese Öffnung wollen wir die Ämter zu demokratisch kontrollierten Instrumenten der Information und Beratung von Politik und Öffentlichkeit umgestalten.

Wir wollen durch eine Klarstellung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erreichen, dass die historische und politische Aufarbeitung der DDR-Diktatur unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte weitergehen kann.

3.2. Die Hälfte der Macht den Frauen

Frauen beanspruchen heute ganz selbstverständlich Führungspositionen in Politik und Wirtschaft. Hieran hat unsere Frauenpolitik einen wichtigen Anteil. Aber immer noch ist unsere Gesellschaft weit davon entfernt, Frauen die Hälfte der Macht zuzugestehen. Die Hälfte der Macht für die Frauen, das bedeutet aber auch: Die Hälfte der Verantwortung für die Männer. Aber selbst Männer, die dieser Verantwortung gerecht werden wollen, stoßen noch immer auf zahlreiche Hindernisse. Unserem Ziel sind wir in unserer Partei durch die Frauenquote sehr nahe gekommen und nehmen eine Vorreiterrolle für die Gesellschaft ein.

Die Gerechtigkeitslücke zwischen Frauen und Männern wollen wir schließen. Dies betrifft zum Beispiel die Forderung nach gleichem Lohn



für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer und insbesondere die Teilhabe an Entscheidungs- und Machtpositionen. Um die notwendige demokratische Modernisierung unserer Gesellschaft voranzutreiben, setzen wir auf einen offensiven Paradigmenwechsel von einer reinen Frauenpolitik hin zu einer geschlechtergerechten Politik, die auch Männer in den Blick und in die Verantwortung nimmt. Mit dem Gewaltschutzgesetz haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt: Häusliche Gewalt wird nicht weiterhin als Privatangelegenheit betrachtet und es garantiert, dass nicht

mehr die Opfer, sondern die Täter die gemeinsame Wohnung verlassen müssen. Wir haben das Aufenthaltsrecht für ausländische Ehefrauen verbessert, und durch das Prostitutionsgesetz die Stellung der Prostituierten gegenüber den Freien verbessert und die Doppelmoral zulaufen der Frauen beendet. Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz bringt Männern und Frauen Vorteile bei der Organisation des Familienalltags.

Wir stehen für eine Gesellschaft, die Frauen und Männer ermutigt und ihnen die Chance eröffnet, ihre eigenen Lebensentwürfe zu verwirklichen.

Chancengleichheit und Karriere

Frauen haben nach wie vor schlechtere Berufs- und Karrierechancen als Männer, auch wenn sie vielfach besser qualifiziert sind. Um diese zu überwinden brauchen wir auch frauenfreundliche Strukturen in den Betrieben, die die spezifischen Qualifikationen und Ansprüche von Frauen anerkennen und in die Personalplanungen einbeziehen. Zusätzlich sind es meist die Frauen, die einen Karriereknick im Anschluss an Kindererziehungszeiten zu bewältigen haben. Patriarchale Strukturen und gesellschaftliche Vorurteile behindern Frauen in ihrem beruflichen Werdegang. Aber auch Männer brauchen eine Veränderung der Arbeitsstruk-

turen, wenn sie Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Menschen übernehmen.

Durch das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst wurden den Frauen neue Ein- und Aufstiegschancen eröffnet. Wir fordern mit Nachdruck auch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Die Selbstverpflichtung der Wirtschaftsverbände wird Deutschland nicht vom europäischen Schlusslicht beim Anteil von Frauen in Führungspositionen an die Spitze katapultieren. Wir brauchen verbindliche Vorgaben für die Einstellung und Beförderung von Frauen, gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit, quotierte Ausbildungsplätze und für Frauen und Männer die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Wir treten dafür ein, bei Stellenbesetzungen klare Qualifikationsanforderungen festzulegen, die Frauen nicht diskriminieren.

Die Koppelung der Vergabe öffentlicher Aufträge an die tatsächliche Frauenförderung eines Betriebes schafft zusätzliche Anreize, den innerbetrieblichen Prozess der beruflichen Gleichstellung zu beschleunigen. Junge Frauen wollen wir ermutigen, in zukunftsfähige und vor allem existenzsichernde Berufe einzusteigen.

In Wissenschaft und Forschung sind Frauen trotz besserer Abschlüsse in allen Positionen unterrepräsentiert. Auf dieses Potenzial gut ausgebildeter Frauen wollen wir aber nicht verzichten. Daher setzen wir uns für die verbindliche Durchsetzung einer Quotierungsregelung ein. Alle Personalentscheidungen sind auch daraufhin zu überprüfen, ob sie zu diesem Ziel beitragen. Die gleichberechtigte Beteiligung der Frauen in den Wissenschaften bedeutet mehr als nur soziale Gerechtigkeit. Frauenförderung und Frauenforschung sind eng miteinander verbunden.

Frauen und Gesundheit

Fraudiskriminierung macht vor dem Gesundheitswesen nicht halt. Es fehlt eine kontinuierliche Berichterstattung über die gesundheitliche Situation von Mädchen und Frauen. Diese unzureichende Datenlage führt zu fehlender oder falscher Medikamentierung und nicht angemessenen Behandlungsmethoden. Geschlechtsspezifische Aspekte müssen auch in der Aus- und Weiterbildung bei Gesundheitsberufen berücksichtigt werden. Sexualisierte und strukturelle Gewalt sind auch eine Ursache für Krankheit. Wir brauchen mehr Geld in der Frauengesundheitsforschung und mehr Frauen in entscheidenden Positionen.

Brustkrebs hat den Status einer Volkskrankheit erreicht. Um die Früherkennung zu verbessern werden wir die Standards bei Mammographien verbessern und nach europäischen Leitlinien ausgestalten. Dazu ge-

hört eine regelmäßige Qualitätskontrolle der Geräte, hohe Qualifikation und Spezialisierung des medizinischen Personals sowie die Auswertung der Früherkennungsbeurteilung durch zwei SpezialistInnen. Die Behandlung von Brustkrebs soll nur von zertifizierten und dem internationalen Vergleich standhaltenden interdisziplinär arbeitenden Brustzentren durchgeführt werden. Zur Qualitätssicherung ist die ambulante und stationäre Behandlung eng miteinander zu verzahnen. Außerdem fordern wir ein flächendeckendes, bevölkerungsbezogenes Krebsregister und Möglichkeiten für alternative Vorsorgeuntersuchungen.

Selbstbestimmungsrecht der Frau

Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Dazu gehört das Recht, sich selbstbestimmt und ohne äußeren Druck für oder gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden. Nicht die strafrechtliche Verfolgung von Schwangerschaftsabbrüchen, sondern freiwillige, qualifizierte und ergebnisoffene Beratung ist geeignet, die Frauen im Konfliktfall bei ihrer Entscheidung zu unterstützen. Nach wie vor fordern wir die Abschaffung des § 218 StGB.

Auch die von uns geforderte Verbesserung der Rahmenbedingungen für ein Leben mit Kindern ist für viele Frauen eine wichtige Hilfe bei der Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft.

Wir treten dafür ein, dass qualifizierte, persönliche Beratungs- und Hilfsangebote auf freiwilliger Basis gewährleistet bleiben.

Fortpflanzungsmedizin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind kritische BegleiterInnen, die der Modernisierung im Bereich Fortpflanzungsmedizin und Gentechnik eine an der Menschenwürde, den Bürgerrechten und an der Vielfältigkeit des menschlichen Lebens orientierte Richtung geben wollen. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir treten dafür ein, dass das hohe Schutzniveau des Embryonenschutzgesetzes erhalten bleibt. Präimplantationsdiagnostik muss weiterhin verboten bleiben. Die Möglichkeiten der vorgeburtlichen (pränatalen) Diagnostik bergen für Frauen neue Möglichkeiten, aber auch Gefahren. Durch qualifizierte, ergebnisoffene Beratung müssen Frauen in die Lage versetzt werden, selbstbestimmt zu entscheiden, ob und welche Diagnostik sie in Anspruch nehmen. Das vom Grundgesetz garantierte Diskriminierungsverbot muss auch bei den Beratungen im Zusammenhang mit der Pränataldiagnostik umgesetzt werden.

Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe

Frauenpolitik ist Querschnittspolitik. Um Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herzustellen, braucht es als Ergänzung zu gezielten Frauenfördermaßnahmen neue Strategien und neue Bündnisse. *Gender Mainstreaming* ist der Prozess, der konsequent alle Maßnahmen und politische sowie wirtschaftliche Entscheidungen daran misst, ob sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und damit zu mehr Demokratie führen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Umsetzung von *Gender Mainstreaming* als Methode der Überprüfung von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in allen Bereichen beschleunigt und verstärkt wird und dass die Bundesregierung über getroffene Maßnahmen regelmäßig berichtet.

Auch wenn öffentliche Gelder ausgegeben werden, muss das Geschlechterverhältnis in Rechnung gestellt werden. Dazu muss bekannt sein, ob und wie sich Investitionen oder Kürzungen in bestimmten Bereichen auf Männer und Frauen auswirken. Nur so können gezielte Maßnahmen zur Förderung von Frauen ergriffen werden. Wir treten dafür ein, dass die Haushalts- und Finanzpolitik dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet ist.

Fortbildungen und Trainingsmaßnahmen bleiben dabei besonders in Verwaltung und Ministerien unerlässlich.

Ein „*Gender-Audit*“ im öffentlichen Dienst soll Vorbild dafür sein, welche Kriterien in der Frauen- und Familienförderung gelten und wie *Gender Mainstreaming* als Prozess organisiert werden kann. Wie beim „Öko-Audit“ soll die Wirtschaft motiviert werden, sich freiwillig daran zu beteiligen, nicht zuletzt aus werbewirksamen Gründen der Standortqualität.

Frauenrechte sind Menschenrechte

Wir setzen uns dafür ein, den Frauenrechten weltweit Geltung zu verschaffen. Der Frauen- und Mädchenhandel ist international zu einem blühenden Geschäft geworden. Auch in der Bundesrepublik werden durch diese neue Form der Sklaverei große Gewinne erzielt. Zeuginnen, die den Mut aufbringen gegen die Täter auszusagen, brauchen ein sicheres Aufenthaltsrecht in Deutschland. Um Frauen und Mädchen auch bei uns wirksam zu schützen, müssen Zwangsheirat und Zwangsarbeit wie der Menschenhandel verboten werden.

Wir setzen uns für die ausdrückliche weltweite Ächtung der genitalen Verstümmelung von Mädchen und Frauen ein. Das gesamte Instrumen-

tarium der Außen- und Außenhandelspolitik wollen wir darauf ausrichten, Menschenrechtsverletzungen an Frauen zu unterbinden. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit müssen frauenspezifische Belange neben ökologischen und sozialen Standards im Mittelpunkt stehen.

Auch und gerade im Zusammenhang mit Globalisierung ist es notwendig, Haushalts- und Ausgabenpolitik von Staaten und internationalen Institutionen auf die Auswirkungen für Frauen und Männer zu prüfen. Nur so können geschlechtergerechte und nachhaltige Strategien für die Entwicklung eines Landes entwickelt werden. In die Reform des Internationalen Währungsfonds muss das Instrument des *Gender Budgeting* einfließen, damit sich dessen Politik nicht allein an Zahlungsbilanzen, Zinsraten und Geldwertstabilität orientiert.

4. Gerechte Globalisierung und Europäische Demokratie

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei der gerechten Globalisierung und Europäischen Demokratie. Der Globalisierung eine gerechte Gestalt zu geben, Konflikte gewaltfrei zu lösen und Krisen nach den Regeln des Völkerrechts zu bewältigen, zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte beizutragen, Europa sicher und stabil zu machen und die transatlantischen Beziehungen mit kritischer Solidarität sowie unter dem Ziel militärischer Abrüstung zu gestalten – das sind unsere Ziele, denen wir bereits ein gutes Stück näher gekommen sind.

Mit der Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder haben wir zahlreichen Ländern wieder Luft verschafft. Die Abkommen zum Klimaschutz und zum weltweiten Verbot der zwölf giftigsten Stoffe waren ein Schritt zu mehr globaler ökologischer Nachhaltigkeit. Wir haben die Debatte um eine europäische Verfassung angestoßen. Mit der Grundrechtecharta und dem Verfassungskonvent ist die Basis für ein bürgerrechtliches und demokratisches Fundament für die Europäische Union gelegt. In Mazedonien ist es durch frühzeitiges und geschlossenes Eingreifen der Staatengemeinschaft unter Führung der EU und mit Unterstützung von NATO und OSZE gelungen, einen drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Zur Stärkung der Politik der Prävention wurde die Dimension der Krisenprävention in der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt, der Zivile Friedensdienst gefördert, die Qualifizierung von Experten für internationale Friedensmissionen aufgenommen und die Deutsche Stiftung Friedensforschung ge-



gründet. Südosteuropa wurde durch den Stabilitätspakt erstmals eine wirklich friedliche Perspektive eröffnet und ein Weg in Richtung Europäische Union gewiesen. Die Bundesrepublik ist führend am Wiederaufbau Afghanistans und der Eindämmung des 22-jährigen Kriegschaos beteiligt. Wir haben der neuen Afrikainitiative „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NePAD) zur notwendigen deutschen und internationalen Unterstützung verholfen, damit Afrika seine Krisen besser überwinden kann. Die für Asylverfahren entscheidenden Lageberichte wurden neu gefasst und restriktive Rüstungsexportrichtlinien beschlossen.

Die Globalisierung stellt unsere Gesellschaft und die internationale Politik vor völlig neue Herausforderungen. Wir wollen nicht, dass die Globalisierung die Welt spaltet und die Probleme der Armut, der Ungleichheit, der Umweltzerstörung und kriegerischer Auseinandersetzungen verschärft. Die Europäische Union ist ein wichtiger Schlüssel zur Lösung dieser Aufgaben. Die europäische Integration hat Westeuropa eine lange Friedensperiode beschert. Nachdem die Teilung des Kontinents überwunden ist, eröffnet sie die Möglichkeit eines dauerhaften friedlichen Zusammenlebens in ganz Europa. Durch die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Demokratien in die Europäische Union wird der Prozess hin zu mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft in Europa in den nächsten Jahren einen weiteren wichtigen Schritt machen.

Aber immer noch sind wir von einer stabilen Friedensordnung weit entfernt. Regionale und innerstaatliche Kriege, privatisierte Gewalt sowie der internationale Terrorismus bedrohen die internationale Sicherheit und den Weltfrieden. Wir haben Einsätzen der Bundeswehr zugestimmt, ohne uns vom Ziel der Gewaltfreiheit zu verabschieden. Unsere Priorität ist eindeutig: Wir wollen die internationalen Beziehungen zivilisieren und setzen vorrangig auf den Ausbau der Krisenprävention und die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen.

Ökologie, Selbstbestimmung, Demokratie und Gerechtigkeit gelten für uns auch international. Menschenrechte und Gewaltfreiheit folgen aus unseren Grundwerten. Deshalb lassen wir uns von den Grundprinzipien der Zivilisierung und Entmilitarisierung der internationalen Politik und dem Ziel einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaftsordnung leiten.

Es gibt viel zu tun. In den nächsten Jahren stehen weit reichende Entscheidungen für die europäische und internationale Politik an. Wir wollen die zügige Erweiterung der EU. Wir wollen ein demokratisiertes Eu-

ropa und eine starke Europäische Union. Deswegen brauchen wir die europäische Verfassung. Wir wollen die internationalen Institutionen so ausbauen, dass sie zu Trägern und Motoren einer gerechten und ökologischen Entwicklung werden.

Am 22. September 2002 entscheiden Sie: Wir wollen eine Politik der globalen Gerechtigkeit, der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und des dauerhaften Friedens. Diese setzen wir den Vorstellungen der anderen Parteien von Renationalisierung oder von ungehemmter Globalisierung entgegen.

4.1. Gerechte Globalisierung

Die Globalisierung kann Chancen für alle eröffnen. Aber die ökonomische Globalisierung, die an Wachstum und Profit ausgerichtet ist, nützt vor allem den multinationalen Unternehmen und Global players. Die Mehrheit der Menschheit profitiert bisher nicht von ihr. Internationale Politik muss aber heute die kooperative Lösung globaler Fragen durch die Weltgesellschaft befördern. Die Grenze zwischen Arm und Reich verläuft zunehmend zwischen Gewinnern und Verlierern der wirtschaftlichen Globalisierung. Das gilt für Staaten und Regionen, aber auch für die unterschiedlichen Chancen von Männern und Frauen.

Die drei reichsten Menschen der Erde verfügen über ein größeres Vermögen als das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt der 49 ärmsten Länder. Die Einkommensdifferenz zwischen dem reichsten Fünftel der Weltbevölkerung und dem ärmsten Fünftel lag 1997 bei einem Verhältnis von 74 zu 1. Das wollen wir ändern. Die Globalisierung ist nicht an allem schuld. Aber eine nicht ökologisch und sozial verantwortliche Globalisierung trägt entscheidend dazu bei, dass Hunger und Umweltzerstörung, Rassismus und Gewalt, die Unterdrückung von Frauen und die Ausbeutung von Kindern immer größer werden. Deshalb ist Widerstand gegen diese Globalisierung richtig und notwendig. Nur eine gerechte Globalisierung reduziert Armut, sichert die ökologischen Ressourcen und schafft mehr Sicherheit.

Wir brauchen ein erweitertes Verständnis von Sicherheit. Wer den internationalen Terrorismus dauerhaft besiegen will, muss die Lebensgrundlagen der Menschen verbessern, den „Dialog der Kulturen“ ernsthaft führen und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung aufbauen. Wir setzen uns auch in Parlament und Regierung ein für die Verankerung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien in der Weltwirtschaft. Aber als Teil einer Bewegung, die aus der Sorge um die weltweiten ökologischen und sozialen Folgen der Globalisierung entstan-

den ist, unterstützen wir ebenfalls das gewaltfreie außerparlamentarische Eintreten für den gerechten Ausgleich der Interessen aller, Umweltschonung und soziale Gerechtigkeit. Dem Primat der Ökonomie setzen wir den Primat der Politik entgegen, um die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Primat der Politik bedeutet, dem Wirtschaftshandeln der global agierenden Unternehmen Grenzen zu setzen.

Das Recht auf ausreichende Ernährung, sauberes Wasser und intakte Umweltbedingungen darf nicht der Gewinnerzielung untergeordnet werden. Frauen werden unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung stärker marginalisiert. Es entstehen neue Formen der Unterdrückung. Wir setzen uns auch deshalb für die Stärkung ihrer gesellschaftlichen Stellung überall in der Welt ein.

Ökologische Modernisierung und internationale Umweltpolitik

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet Mensch und Natur und schafft Armut. Der Schutz von Wald und Wasser, die Bekämpfung der Wüstenausbreitung hat in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine bedeutsame Rolle erhalten und muss weiter ausgebaut werden. International muss sich Umweltpolitik mehr und mehr mit der Globalisierung auseinandersetzen. Deshalb wollen wir auch die UN-Umweltorganisation (UNEP) stärken. Die internationale Umwelt- und Klimapolitik geht über das Kyoto-Protokoll hinaus. Weitere Schritte zur Minderung der klimaschädlichen Emissionen sind nötig.

Auf dem Weg zur Energiewende und zum Klimaschutz hat rot-grün sowohl im nationalen Rahmen wie auch in der Entwicklungszusammenarbeit notwendige Reformen eingeleitet. Das wollen wir fortsetzen. Wir sagen Ja zu Erneuerbaren Energien und zur Ausrichtung der Export- und Außenwirtschaftsförderung auf Zukunftstechnologien, ökologische und soziale Standards. Wir sagen Nein zur deutschen Beteiligung an wirtschaftlich, ökologisch und sozial fragwürdigen Projekten.

Gerechter Welthandel und Agrarwende

Wir müssen den Welthandel gerecht gestalten, damit auch die Menschen in den Entwicklungsländern eine Chance der Beteiligung erhalten. Entwicklung erfordert die Einräumung von Exportchancen für die ärmeren Länder. Deshalb setzen wir uns für einen erweiterten Marktzugang für Entwicklungsländer ein, für den Abbau ökologisch und sozial schädlicher Subventionen, den Schutz der biologischen Vielfalt und den weltweit verbesserten Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten. Vor

allem müssen Exportsubventionen der Industrieländer abgebaut werden. Allein im Agrarbereich werden bisher siebenfach höhere Subventionen vergeben, als Mittel für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden. Mit der Agrarwende wollen wir die Exportsubventionen für die Überschüsse aus industriellen Agrarfabriken senken und Quoten und Zuschüsse für Produkte, die besser im Süden angebaut werden (Baumwolle, Zucker), deutlich abbauen. Wir wollen damit die unfaire Konkurrenz des Nordens gegenüber den Bauern im Süden beenden.

In den Vereinbarungen zum Welthandel (Welthandelsorganisation WTO) müssen Umweltschutz, Verbraucherschutz, Ernährungssicherung und die Entwicklung ländlicher Räume stärkere Berücksichtigung finden.

Internationale Entwicklungsziele verfolgen – Mehr politische Beteiligung für den Süden

Wir sind den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen verpflichtet, vor allem dem Ziel, die extreme Armut und den Hunger in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass das „Aktionsprogramm 2015“ der Bundesregierung, das dazu konkrete Schritte und Maßnahmen aufzeigt, zügig umgesetzt wird. Neben Reformanstrengungen in den Entwicklungsländern braucht es hierzu zusätzliche Mittel aus den öffentlichen Haushalten der Industrieländer. Deshalb wollen wir, dass die Bundesrepublik im Rahmen konkreter Zeitpläne so schnell wie möglich die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts erhöht.

Wir schlagen vor, auf die Nutzung des internationalen Luftraums und der Weltmeere Nutzungsentgelte zu erheben, um damit den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu finanzieren. Wir wollen, dass Deutschland in Europa eine Initiative zur Einführung der Tobin-Steuer und anderer geeigneter Instrumente ergreift, um die internationalen Finanzmärkte zu regulieren und die Devisenspekulationen einzuschränken. Die Erlöse der Tobin-Steuer sollen unter anderem Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und zur Erhaltung der Umwelt zugute kommen. Steuer-oasen wollen wir austrocknen.

Wir brauchen internationale Institutionen, in denen sich Industrieländer und Entwicklungsländer gleichermaßen repräsentiert sehen. Deshalb treten wir ein für eine Reform der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation. Der Internationale Währungsfonds muss die Krisenprävention ausbauen und seine Pro-

gramme auf ihre sozialen und ökologischen Folgen überprüfen. Die Welt-handelsorganisation muss die Teilhabe aller Staaten verbessern und sich für zivilgesellschaftliche Akteure öffnen. Innerhalb der WTO müssen die Verhandlungsmacht und die Durchsetzungsfähigkeit der ärmeren Ent-wicklungsländer stärker werden. Wir wollen, dass in der nächsten WTO-Verhandlungsrunde die Anliegen der Entwicklungsländer angemessen berücksichtigt werden.

Aber auch Entwicklungsländer müssen eigene Anstrengungen unternehmen. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie eine funktionierende Wirtschaftsordnung sind wichtige Grundlagen für eine selbsttragende Entwicklung.

Entwicklung braucht Entschuldung

Die Bundesregierung hat bei der Entschuldung der ärmsten Ent-wicklungsländer eine Vorreiterrolle gespielt. Unser Ziel ist es, diese Politik fortzusetzen und weiteren Entwicklungsländern durch nachhaltige Ent-schuldung eine neue Chance zu geben. Frei werdende Mittel müssen für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Es gibt jedoch auch an-dere Länder, deren Entwicklung von einer nicht tragbaren Verschuldung verhindert wird. Wir fordern die Einführung eines transparenten und fairen Verfahrens zur Bereinigung der Überschuldung von Staaten (in-ternationales Insolvenzrecht). Wir wollen damit ein rechtsstaatliches Ver-fahren auf internationaler Ebene verankern, bei dem die Lasten zwischen Schuldner und Gläubigern angemessen verteilt werden und die Län-der die Möglichkeit zum wirtschaftlichen Neuanfang haben.

Menschenrechte schützen – Demokratie und Frieden fördern

Entwicklungszusammenarbeit ist aktive Friedenspolitik. Die Wahrung der Menschenrechte ist die Grundlage unseres entwicklungspolitischen Handelns. Die Sicherstellung der politischen Freiheitsrechte hat für uns ebenso große Bedeutung wie die wirtschaftlichen, sozialen und kultu-rellen Menschenrechte. Die Entwicklungszusammenarbeit fördert die Rechte der Frauen, kämpft gegen ausbeuterische Kinderarbeit, und setzt sich für die Rechte ethnischer oder religiöser Minderheiten ein. Kampagnen für „Fairen Handel“ und „Saubere Kleidung“, die den Produzen-ten vor Ort gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedin-gungen sichern, wollen wir finanziell und politisch verstärkt unterstüt-zen.

In vielen Entwicklungsländern konnten wir in den vergangenen Jahren demokratische Aufbrüche erleben. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Dies kann durch die Dezentralisierung von politischen Entscheidungsprozessen und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort erfolgen. Grüne Politik setzt sich für eine neue Kultur der internationalen Zusammenarbeit ein, die durch Weltoffenheit, Respekt und partnerschaftlichen Dialog gekennzeichnet ist.

Entwicklungszusammenarbeit stärken

Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik ist dann erfolgreich, wenn sie als politische Querschnittsaufgabe verstanden wird. Auch in der Wirtschaftspolitik, in der Umweltpolitik und der Außenhandelspolitik müssen entwicklungspolitische Ziele wie die Armutsbekämpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Priorität haben.

Wir wollen die begonnenen Reformen der entwicklungspolitischen Institutionen weiterführen, um die Effektivität der internationalen Zusammenarbeit zu verbessern. Die Stichworte heißen: Konzentration der Bundesregierung auf ihre Steuerungsfunktion, verstärkte organisatorische Bündelung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit, verstärkter Einsatz von Instrumenten, die die Kreativität und Eigenverantwortlichkeit der Partner fördern. Ein besonderes Gewicht haben für uns die Bildungsarbeit und die entwicklungspolitische Arbeit der Städte und Gemeinden. Wir wollen die kommunalen Agenda 21-Initiativen voranbringen und die Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erhöhen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die entwicklungspolitische Arbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu stärken und deshalb neue Wege bei der NRO-Förderung zu beschreiben.

4.2. Europäische Demokratie

Das Europa, das wir zusammen mit unseren europäischen Schwesterparteien anstreben, ist das Europa der Demokratie und der Solidarität, das eine sozial gerechte und ökologische Politik nach innen und nach außen vertritt, eine Europäische Union, die den Menschen innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen nützt. Sie spielt eine aktive Rolle bei der sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung. Sie setzt Maßstäbe für andere. Bei den Verhandlungen für den Erhalt des Klimaschutzes hat sie dieses bereits getan. Die Europäische Union ist der bisher am weitesten reichende Ansatz für eine gemeinsame Verantwortung von



Staaten, die dafür Teile der eigenen Souveränität abgeben, um neue, europäische Handlungsspielräume zu bekommen. Die Übertragung von Kompetenzen darf aber nicht zu einem Verlust an demokratischer Mitsprache und Kontrolle führen. Deutschland darf seine europäische Politik nicht auf nationale Interessen reduzieren. Wir wollen eine Politik der klugen Einbindung und der Selbstbeschränkung.

Die europäische Integration vertiefen

Die europäische Integration ist für uns der Rahmen, in dem die

Bundesrepublik Deutschland zusammen mit ihren europäischen Nachbarn am wirkungsvollsten zur Gestaltung einer europäischen und internationalen Friedensordnung beitragen kann. Unser Kernanliegen ist die Demokratisierung der EU. Damit Frauen und Männer gleichberechtigt die Demokratisierung Europas vorantreiben können, setzen wir uns dafür ein, dass einerseits durch eine koordinierte Gleichstellungspolitik jede Form der Diskriminierung von Frauen beseitigt wird und andererseits Parteiengesetze dafür sorgen, dass die politische Repräsentation von Frauen auf allen Ebenen gestärkt wird.

Einklagbare Grundrechte, eine verstärkte Einwirkungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, eine klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten in der EU sowie größere Transparenz und die Fortentwicklung des europäischen Sozialmodells sind für uns die zentralen Zielsetzungen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der seit Anfang des Jahres arbeitende Konvent einen Verfassungsentwurf vorlegt, der diesen Prinzipien folgt. Die EU muss die volle parlamentarische Verantwortung sichern. Das EU-Parlament ist zu stärken, unter anderem durch das Recht, die/den Kommissionspräsidentin/en zu wählen. Die Verfassung soll den Bürgerinnen und Bürgern in einem europaweiten Referendum vorgelegt werden. Wir müssen diese Chance für eine demokratische Erneuerung des europäischen Integrationsprozesses nutzen. Wir begrüßen die

Internationale Deklaration der Sprachen-Rechte, die der Internationale PEN-Club 1996 an die UNESCO eingereicht hat. Wir wollen, dass die regionalen und nationalen Sprachen innerhalb der EU weiterhin gepflegt werden.

Erweiterung vorantreiben

Europa wird ohne die Überwindung seiner Teilung nicht dauerhaft stabil werden. Ein geeintes Europa sichert aber nicht nur den Frieden in Europa, sondern bietet wirtschaftliche und kulturelle Perspektiven für die gegenwärtigen und zukünftigen Mitglieder der Europäischen Union sowie aller Staaten der Region. Wir setzen uns für den sorgfältigen, aber zügigen Abschluss der Erweiterungsverhandlungen und für eine schnelle Ratifizierung der Beitrittsverträge ein. Die ersten neuen Mitgliedstaaten sollen an den Europawahlen 2004 als Mitglieder teilnehmen. Wir halten an der Integrationsperspektive für die Türkei fest. Sobald sie die menschen- und minderheitenrechtlichen und demokratischen Kriterien erfüllt hat, sollten Beitrittsverhandlungen begonnen werden. Unabhängig von der Erweiterung bleibt die Ausgestaltung und die Vertiefung der engen Nachbarschaft zu Russland, der Ukraine und anderer Staaten eine wichtige Aufgabe der Europäischen Union und auch der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen nicht, dass die Bildung gemeinschaftlicher Eingreiftruppen zu Schaffung einer neuen militärischen Großmacht Europäische Union führt.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Der Ausbau der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist notwendig, um die Rolle der Europäischen Union bei der Förderung gemeinsamer Sicherheit und gerechten Friedens in der Welt zu stärken. Angesichts neuer Aufrüstungsschübe muss die Zivilmacht Europa zugleich Vorreiter für Rüstungskontrolle und Abrüstung werden und vorrangig ihre Fähigkeiten zur nichtmilitärischen Krisenbewältigung ausbauen. Wir setzen auf eine Priorität ziviler Konfliktbearbeitungsinstrumente. Im Sinne der besseren demokratischen Kontrolle und Handlungsfähigkeit ist eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments und der Kommission in allen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik erforderlich.

Südosteuropa stabilisieren

Südosteuropa ist seit dem Umbruch von 1989 die Krisenregion Europas. In keiner anderen Region der Welt ist Deutschland auf mittlere Sicht

in vergleichbarer Weise in Konfliktprävention und Krisenbewältigung engagiert. Die Perspektive der europäischen Integration ist mehr und mehr zum Ordnungsfaktor in Südosteuropa geworden. Die Fortführung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa ist ein wichtiges Element, um die grenzüberschreitende Kooperation in der Region zur Grundlage ihrer politischen und wirtschaftlichen Verflechtung zu machen.

4.3. Dauerhafter Frieden

Kriege zu verhindern, Gewalt einzudämmen und Frieden zu fördern ist und bleibt Kern unserer Politik. Deshalb wollen wir, dass Prävention Vorrang hat. Wir machen uns stark für die von Kofi Annan geforderte „Kultur der Prävention“ und den „Dialog der Kulturen“.

Dazu gehört das Bemühen, zur Entspannung regionaler Konflikte, z.B. im Nahen und Mittleren Osten, beizutragen. Dazu zählt, die nationalen und internationalen Fähigkeiten der Zivilen Konfliktbearbeitung zu stärken und ihren Rückstand gegenüber den militärischen Fähigkeiten aufzuholen.

Angemessene Frühwarn- und Analysekapazitäten benötigen eine bessere Personalausstattung des Auswärtigen Amtes und wachsende Förderung der Friedensforschung. Sollen Friedensmissionen von UN und OSZE wirksam sein, brauchen sie mehr qualifiziertes und schnell verfügbares Fachpersonal. Die Schlüsselaufgabe internationaler Polizeieinsätze ist ohne zusätzliches qualifiziertes Personal bei Bund und Ländern nicht mehr zu bewältigen. Um gesellschaftliche Verständigungsprozesse in Krisenregionen nicht nur punktuell, sondern in der Breite zu fördern, müssen Fachkräfte und Projekte des Zivilen Friedensdienstes und anderer gesellschaftlicher Akteure in den nächsten Jahren vervielfacht werden.

Der systematische Aufbau der Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung braucht einen Aktionsplan, stetig wachsende Friedensinvestitionen und auch regionale Ausbildungsstätten (z.B. Friedensakademien).

Die Vereinten Nationen stärken

Aus unserer Sicht bilden die Vereinten Nationen den Hauptrahmen für eine weltweite Ordnungspolitik, bei der die Menschenrechte im Zentrum stehen. Deshalb wollen wir die UN als wichtigste internationale Institution zur Lösung globaler Probleme und Konflikte stärken. Wir wollen das Völkerrecht im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen weiterentwickeln. Dazu gehört auch eine Reform des Sanktionsregimes der UN. Der Sicherheitsrat muss reformiert werden. Die angemessene

Repräsentanz der Staaten muss auch im Sicherheitsrat gewährleistet sein. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und ihrer Einzelorganisationen muss gefördert werden. Angesichts der Zunahme von Konflikten sind die Anforderungen an die UN dabei wesentlich komplexer geworden. Wir werden uns deshalb nachdrücklich für den Ausbau von Ansätzen regionaler Sicherheitskooperation in der OSZE und in außer-europäischen Regionen einsetzen, um die Fähigkeiten und Instrumente zur Konfliktprävention in den Krisenregionen selbst zu stärken. Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, dass der Internationale Strafgerichtshof sich zu einer unabhängigen und wirkungsvollen globalen Gerichtsbarkeit entwickeln kann.

Bundeswehr reformieren – die Wehrpflicht beenden

Aufgabe der Bundeswehr ist, zur Gewalteinämmung und -vorbeugung im Dienste gemeinsamer Sicherheit beizutragen und im Rahmen des Bündnisses Sicherheit gegenüber äußeren militärischen Bedrohungen zu gewährleisten. Einsätze der Bundeswehr sind nach klaren und engen Kriterien zu entscheiden. Dazu gehört ein eindeutiges Mandat der Vereinten Nationen. Militärinterventionen zu Gunsten von Machtinteressen lehnen wir ab. Der Bundestag muss jeden Einzelfall prüfen und entscheiden. Ein „Entsendegesetz“ lehnen wir ab. Wir werden uns dafür einsetzen, durch eine Verfassungsänderung solche Entscheidungen an eine 2/3-Mehrheit des Bundestages zu binden.

Die Bundeswehr muss mit begrenzten, aber qualitativ hochwertigen Beiträgen zur Stärkung der Zielsetzung und Fähigkeiten der Vereinten Nationen im Rahmen internationaler Friedenssicherung beitragen können. Dieses erfordert, gerade auch unter dem Eindruck der Anschläge vom 11. September 2001, eine Weiterentwicklung der bisherigen Reform der Bundeswehr. Wir wollen eine verkleinerte, moderne Bundeswehr mit maximal 200.000 SoldatInnen und die Abschaffung der Wehrpflicht. Die Weizsäcker-Kommission hat mit ihrem Vorschlag einen konstruktiven Beitrag zur Debatte um die Bundeswehrreform geleistet. Die Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht mehr legitimierbar und blockiert eine finanzierbare Bundeswehrreform.

Wir sind für die Anpassung der Inneren Führung und des Leitbildes vom „Staatsbürger in Uniform“ an die neuen Aufgaben der Bundeswehr und die Bedürfnisse einer Freiwilligenarmee, damit die Integration in die Gesellschaft und die demokratische Kontrolle weiterhin gewährleistet sind.

Unser Ziel ist der deutliche Abbau militärischer Potenziale in unserem Land.

Wir wollen schrittweise die finanziellen Mittel zur Förderung der Entwicklungszusammenarbeit, der Friedens- und Konfliktforschung, vielfältiger Dialoginitiativen, der Ausbildung von Polizeikräften für internationale Friedensmissionen und des Zivilen Friedensdienstes spürbar erhöhen.

Für den Einsatz im Zivilen Friedensdienst zur Vermittlungs- und Versöhnungsarbeit in Krisengebieten müssen außerdem ausreichende rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die Bundesrepublik muss sich vom Zivildienst, nicht aber von sozialen Dienstleistungen verabschieden. Wir wollen die Abhängigkeit vom Zivildienst abbauen und feste Jobs im Bereich der sozialen Dienstleistungen schaffen. Die jetzt für den Zivildienst aufgewendeten Finanzmittel wollen wir erhalten, um Schritt für Schritt diese Stellen in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln und das freiwillige Engagement von Jugendlichen fördern.

Abrüstung vorantreiben

Wir wenden uns gegen einen neuen Rüstungswettlauf. Wir wollen eine aktive Abrüstungspolitik, die auf den bereits erreichten und vertraglich fixierten Erfolgen aufbaut und Antworten auf neue bzw. neu erkannte Bedrohungen formuliert. Diese reichen von der Kontrolle und Vernichtung konventioneller Kleinwaffen und Landminen bis hin zur Zerstörung von Massenvernichtungswaffen und der drastischen Reduzierung der Nuklearpotenziale. Die Verträge zur Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, das Chemiewaffenübereinkommen, das B-Waffen-Übereinkommen und das Regime der Nichtverbreitung von Trägerwaffentechnologie wollen wir wirkungsvoller gestalten und stärken. Wir wollen Rüstungsexporte weiter begrenzen und Entscheidungsverfahren transparent gestalten. Wir setzen uns für einen regelmäßigen Bericht zur Rüstungsfolgenabschätzung ein. Abrüstung und Bundeswehrstrukturreform machen auch Konzepte der zivilen Umwandlung (Konversion) bisheriger militärischer Einrichtungen erforderlich; dazu müssen auf allen Ebenen angemessene Mittel bereitgestellt werden.

Index

Symbole

325-Euro-Jobs 37

A

Abrüstung 77, **88**
Agenda 21 83
Agrarsubventionen **27**
Agrarwende 27, **80**
Aktionsprogramm 2015 81
Alter 29, **33**, 34, 40
Antidiskriminierungsgesetz 67
Antisemitismus 60, 62, 68
Arbeit 7, 19, 56
Arbeitslosigkeit 30, **31**, 34
Arbeitsplätze 8, 11, 12, **30**, **57**
Arbeitsvermittlung 32
Armut 34, 78, 82, 83
Asylrecht 61, 62, 63, 78
Atomausstieg 7, 8, 10, **13**
Atomtransporte 14
Aufbau Ost 29, 57

B

Bahn **16**
BAföG 49, 53
Behinderte **42**, 45, 67
Bergbau 20
Bildung 7, 8, **49**, **53**, 57, **59**
Biodiversitätskonvention 21
Biomedizin 54
Brustkrebs 73
Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ 16
Bundeswehr 78, **87**
Bürgerbewegung 57, 61
Bürgerrechte 7, 8, 61, **64**
Bürgerversicherungen 39

C

Cannabis 67
Cyberspace 65

D

Datenschutz 65
Demokratie 7, 53, 57, 61, **62**, 65, 70, **82**, 83
Demonstrationsrecht 64
Deutsche Stiftung Friedensforschung 77
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) 21
Dialog der Kulturen 56, 79, 86
Diskriminierung 45, **67**
Doppelpass 62
Dosenpfand 23
Drogenpolitik **66**

E

Ehegattensplitting 48
Einbürgerung 62
Eingetragene Lebenspartnerschaft 7, 61, 68
Einwanderung 8, 48, 51, 56, 61, **62**
Eltern 45, 46, 47
Embryonenforschung 54, 74
Emissionshandel 12
Energiewende 7, 12, 14
Entmilitarisierung 78
Entschuldung 77, **82**
Entwicklungsländer, -zusammenarbeit 28, 76, 77, 80, 81,
82, 83
Erinnerungskultur 56
Ernährung **24**
Erneuerbare Energien 10, 13, 19, 31, 55, 59, 80
Erziehungszeiten 46
Europa, EU, Europäische Union 23, 27, 39, 44, 56, 60, 65, 77,
78, 84
Europäische Außen- und Sicherheitspolitik **85**
Europäische Demokratie 7, 8, **77, 83**
Europäische Verfassung 65
Existenzgründerinnen 37

F

- Fahrrad 16, 18
- Familien 16, 32, 36, 45
- Flugverkehr 18
- Förderprogramm Altbaumodernisierung 13
- Forschung 38, **49, 53, 59**, 73
- Forschungspolitik **54**
- Fortpflanzungsmedizin **74**
- Frauen 7, 8, 16, 27, 29, 46, 53, 64, **71**, 79, 84
- Frauen- und Genderforschung 52, 54, 73
- Frauen- und Mädchenhandel 75
- Frauenhochschule 52
- Frauenpolitik 71
- Frauenquote 71
- Frauenrechte **75**
- Freiheit **69**
- Freiwilligen-Gesetz 64
- Freiwilligenarmee 87
- Frieden 7, **82, 86**
- Friedensforschung 54

G

- Gedenkstätten 69
- Geheimdienste 70
- Gemeindefinanzreform 43
- Gender budgeting 76
- Gender Mainstreaming **75**
- Gender-Audit 75
- Generationengerechtigkeit 7, 11, 29, 43
- Genetische Tests 65
- Genfer Flüchtlingskonvention 63
- Gentechnik 26, 54, 74
- Gerechtigkeit 7, **29**, 56, 79
- Geschlechtergerechtigkeit 7, 29, **75**
- Gesellschaftliche Demokratisierung 7, **61**
- Gesundheit 26, **40**, 73
- Gewalt, -freiheit 7, 46, 61, 78, 86
- Gewerbesteuerreform 43
- Gleichstellungsgesetz 7, 73
- Gleichstellungspolitik 84
- Globalisierung 7, 8, 39, 76, **77, 79**, 83

Goethe-Institute 56
 Großer Lauschangriff 65
 Grundrechte 65, 77, 84
 Grundsteuer 15

H

Handwerk 37
 Haushaltskonsolidierung 7, 30, **43**, 44
 Hochschule **51**, 59
 Hochschulrahmengesetz 49, 53

I

Informationelle Selbstbestimmung 61, 65
 Informations- und Kommunikationstechnologien 55
 Informationsfreiheitsgesetze 35
 Inline-Skater 18
 Innovationszulage 59
 Integration 8, 61, 62
 Interkulturelle Erziehung 62
 Internationale Entwicklungsziele **81**
 Internationale Polizeimissionen 86
 Internationale Umweltpolitik **23**, **80**
 Internationaler Strafgerichtshof 87
 Internationaler Terrorismus 70, 78, 79
 Internationaler Währungsfonds 76, 81

J

Jagdrecht 21
 Jugend 27, 33, 46, 51, 55, 57, **59**, 73
 Jugendstrafrecht 69
 JUMP-Programm 33
 Juniorprofessur 49, 53

K

Kinder 8, 18, 26, 35, **45**, 48, 55, 62, 73, 79
 Kinderarmut **48**
 Kinderbetreuung **46**
 Kindergeld 7, 29, 36, 48
 Kindergipfel **49**
 Kindergrundsicherung, -kasse 8, **48**, 49
 Kirche 67

Kleine und mittlere Unternehmen 30, **36**
Klimaschutz 7, 10, **11**, 77, 80, 83
Klonen von Menschen 54
Kommunen 30, **43**
Korruption **35**, **69**
Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK) 13
Krankenversicherung 41
Krieg 78, 86
Kriminalpolitik 69
Krisenprävention 78
Kultur **49**, **55**
Kultur der Selbständigkeit **37**
Kunst 55
Kyoto-Protokoll 12, 80

L

Lärm 18
Lebensbegleitendes Lernen **51**
Lebensformen 8, **46**, 61
Lehrerbildung 48
Lesben 7, 67
LKW-Maut 17
Lohnnebenkosten 18, 30, **39**

M

Männer 7, **71**
Massenvernichtungswaffen 88
Medizinforschung 54
Medizinische Versorgung **58**
Meere 21
Menschen mit Behinderung 67
Menschenrechte 7, 42, 61, **75**, 77, **82**
Militärinterventionen 87
Minderheitenschutz 61, 64
Mitarbeiterbeteiligung **38**
Mitbestimmung 8
Mittelstand 36
Mobilität 34
Müll **22**
Multikulturelle Demokratie 8

N

Nachhaltigkeit 7, 10, 77
 Naher und Mittlerer Osten 86
 Naturerbe 21
 Natur- und Landschaftsschutz 10, **20**
 Neubauförderung 15
 Neue Landwirtschaft 7, 10, 20, 22, **24**, 26, 44
 Neue Lernkultur 48
 Neue Technologie 54
 Nichteheleliche Lebensgemeinschaften 67
 Nichtmilitärische Krisenbewältigung 85
 Nichtregierungsorganisationen (NRO) 83
 Nuklearpotenziale 88

O

Öffentlicher Nahverkehr 16
 Offshore-Windparks 14
 Ökologie 7
 Ökologiebewegung 10
 Ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung 78
 Ökologische Finanzreform 12, **18**, 30, 31
 Ökologische Modernisierung 7, **10**, 44, **80**
 Ökologische Verkehrspolitik 12
 Ökosteuer **18**, 29, 31
 Opferschutz 69
 Organisierte Kriminalität 70
 Ostdeutschland 16, 31, **56**
 OSZE 44, 77, 86

P

Parteiengesetz 70
 Pflege **42**, 43, 73
 PISA-Studie **48**, 51
 Präimplantationsdiagnostik 74
 Primat der Politik 80
 Privathaushalte **36**
 Produzierendes Gewerbe 19
 Programm „Stadtumbau Ost“ 16, 58
 Prostitutionsgesetz 72

Q

Qualifizierung 31, 33, 50

R

Rassismus 60, 62, 68, 79
Rechtsextremismus 60, 62, **68**
Rechtsstaatlichkeit 69, 82
Rentenreform 7, 29
Rüstungsexporte 78, 88

S

Schule **48**, 51, 68
Schwangerschaft 74
Schwule 7, 67
SED-Diktatur 61
Selbstbestimmungsrecht der Frau **74**
Sexualstrafrecht 67
Sicherheit **69**, 79
Sicherheitsrat 86
Solares Zeitalter 10, 12, **13**
Solidarpakt 29, 57
Sozial-ökologische Marktwirtschaft **18**
Sozialabgaben 31
Soziale Grundsicherung 30, **34**
Soziale Infrastruktur 58
Soziale Sicherheit **30**, 39
Sozialversicherung **39**
Sozialhilfe 34
Spenden- und Korruptionsaffären 70
Staatsbürgerschaftsrecht 7, 61
Städte 43
Stasi-Unterlagen-Gesetz 71
Steueroasen 44, 81
Steuerpolitik 18, 29, 36
Strom 24
Studiengebühren 53
Südosteuropa 85

T

Technikfolgenabschätzung 54

Teilhabegerechtigkeit 29
 Teilzeitarbeit 7, 32
 Tempolimit 18
 Terrorismusgesetze 70
 Tierschutz, -haltung 10, 26, **27**
 Tobin-Steuer 81
 Tourismus **20**
 Transsexuellengesetz 67

U

Umweltschutz, -politik 11, 54, **59**, 79, 83
 Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) 24, 80
 UN 78, 81, **86**
 Unternehmen 59, 70
 Untersuchungsausschussgesetz 70

V

Verbandsklagerecht 65
 Verbraucherrechte, -schutz 7, 8, **24**, 25
 Vermögensteuer 37
 Volksbegehren, -entscheid 64

W

Wahlalter 64
 Wald 21
 Wehrpflicht **87**
 Weltbank 44, 81
 Welthandel 27, 28, **80**, 81
 Wettbewerb 38, 50
 Windkraftnutzung 13
 Wirtschaftliche Erneuerung 29
 Wirtschaftspolitik 83
 Wissenschaft **52**, 57, 73
 Wissensgesellschaft 38, 49, 51
 Wohnen, Wohnungswirtschaft 15, **58**

Z

Zivildienst 88
 Zivile Konfliktbearbeitung 86
 Ziviler Friedensdienst 77, 86
 Zukunftstechnologien 80